



SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT



DIALOG GLOBAL

GUTACHTEN ZU MIGRATION UND ENTWICKLUNG
AUF KOMMUNALER EBENE 2020

**Stand und Potenziale der Zusammenarbeit von migrantischen
Akteurinnen und Akteuren und Kommunen | Nr. 63**

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Telefon +49 228 20717 2670

info@service-eine-welt.de

www.service-eine-welt.de

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), Heft 63

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Projektleitung: Kevin Borchers, Dorea Pfafferott

Texte: Christopher van den Hövel, Marla Hinkenhuis und Marie Borowski, IMAP GmbH, Düsseldorf,
vandenhoevel@imap-institut.de

in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Uwe Hunger, Universität Münster/Hochschule Fulda,

hunger@uni-muenster.de/uwe.hunger@sk.hs-fulda.de

Titelfoto: Martin Magunia

Gestaltung: designlevel 2, www.designlevel2.de

Druck: Bonifatius GmbH

Bonn, November 2021

Das Gutachten gibt die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Dialog Global“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung der Geschlechter gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Sofern sich aus dem Kontext nicht explizit anderes ergibt, sind bei allen geschlechtsbezogenen Bezeichnungen selbstverständlich immer alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen.

DIALOG GLOBAL

GUTACHTEN ZU MIGRATION UND ENTWICKLUNG
AUF KOMMUNALER EBENE 2020

**Stand und Potenziale der Zusammenarbeit von migrantischen
Akteurinnen und Akteuren und Kommunen | Nr. 63**

INHALT

Vorwort	5
1. Einleitung	6
2. Formen der Zusammenarbeit von Kommunen und Menschen mit Migrationsgeschichte	9
2.1. Kommunale Entwicklungspolitik	9
Geschichtliche Entwicklung	9
Potenziale	12
Handlungsfelder	14
2.2. Entwicklungspolitische Arbeit von Menschen mit Migrationsgeschichte	16
Zum Zusammenhang von Migration und Entwicklung	16
2.3. Arten von migrantischen Entwicklungsbeiträgen	18
Migrantische Akteurinnen und Akteure	20
Veränderung der Zuwanderungsstruktur	23
2.4. Kooperation im Bereich Entwicklungspolitik	28
Beiträge zur Strukturierung des Feldes	28
Exemplarische Bereiche der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene	31
3. Stand der Zusammenarbeit von Kommunen und Menschen mit Migrationsgeschichte	34
3.1. Bedeutung migrantischer Beteiligung	36
3.2. Wahrnehmung der konkreten Zusammenarbeit	41
Art der Partnerinnen und Partner und gegenseitige Kenntnis	41
Potenziale, die in den migrantischen Partnerinnen und Partnern gesehen werden	42
Bereiche der Zusammenarbeit	47
Aufwand, Qualität und Nutzen	49
Herausforderungen in der Zusammenarbeit	55
3.3. Strukturelle Verankerung von Migration und Entwicklung	62
Strukturelle Verankerung in der Kommune	62
Verhältnis von Migration und Entwicklung zum Bereich Integration	66
Einbindung in Eine-Welt-Netzwerke	68
4. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen	70
Anhang	
Abbildungsverzeichnis	79
Abkürzungsverzeichnis	81
Literaturverzeichnis	82
Verzeichnis der Befragten Qualitative Interviews	87
Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	89

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

bereits seit 2007 beschäftigt sich die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) mit der Frage, wie Kommunalverwaltung und -politik und Menschen mit Migrationsgeschichte ihre Potenziale und Kräfte bündeln können, um die kommunale Entwicklungspolitik zu stärken. Zu Beginn unserer Arbeit zum Themenfeld Migration und Entwicklung konnten wir zu diesem Ansatz nur wenige Akteurinnen und Akteure identifizieren. Eine so gelagerte Zusammenarbeit war sehr selten. Auch deshalb, weil die unterschiedlichen Gruppen nicht voneinander wussten.

Die daraufhin in der Praxis etablierte Vernetzungsarbeit der SKEW, die im Laufe der Jahre durch verschiedene Angebote und Maßnahmen stetig erweitert werden konnte, wurde bereits in den Jahren 2007 und 2012 durch Gutachten zum Themenfeld Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene gestärkt. Die Gutachten betrachteten die Erfahrungen der entwicklungspolitischen Akteurinnen und Akteure und lieferten wichtige Erkenntnisse, die sich positiv auf die Weiterentwicklung des Themenfeldes auswirkten. Gleichzeitig gewann die kommunale Entwicklungspolitik als solche, insbesondere in den letzten zehn Jahren, mehr und mehr an Bedeutung. Das wirkte sich auch positiv auf das Themenfeld Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene aus. Daher ist nun erneut ein guter Zeitpunkt, die Entwicklung seit Erstellung des letzten Gutachtens 2012 zu dokumentieren, zu beurteilen und daraus nötige Schritte für die Zukunft abzuleiten. Parallel zu diesem Gutachten, das einen breiteren Blick auf das Themenfeld wirft, wurde auch ein Großteil der SKEW-Projekte zu Migration und Entwicklung extern evaluiert. Die Ergebnisse können im *Executive Summary*¹ nachgelesen werden.

Unser großer Dank geht an die vielen Expertinnen und Experten, die uns in Form von Interviews zur Verfügung standen, sowie an die Mitarbeitenden aus Vereinen und Kommunalverwaltungen, die sich an unserer Onlinebefragung beteiligt haben. Durch sie konnte eine qualitative und quantitative Erhebung gewährleistet werden, die eine Beurteilung der aktuellen Situation im Themenfeld Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene zulässt. Diesbezüglich geht natürlich auch ein großer Dank an die Gutachterinnen und Gutachter, die diese vielfältigen Informationen in der hier vorliegenden Form aufgearbeitet haben.

An dieser Stelle möchten wir bereits einen kurzen Blick in die Zukunft werfen. Unter dem Titel „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Kommunen“ werden wir neue Angebote entwickeln, bei denen sich Kommunen zukünftig zu den Themen gute lokale Regierungsführung, kommunale Dienstleistungen und kommunale Daseinsvorsorge sowie dem Themenkomplex Demokratieförderung international austauschen und ihre Kompetenzen einbringen können. Teil des Themas gesellschaftlicher Zusammenhalts ist auch der Aspekt der Partizipation, der bisher bereits bei der Einbindung von Migrantinnen und Migranten, aber auch weiterer in der Kommune ansässiger Menschen, Gruppen und Institutionen, starke Berücksichtigung fand.

Auch für diesen weiter gefassten Blick auf die kommunale Entwicklungspolitik bilden die Ergebnisse dieses Gutachtens eine hervorragende Basis. Es würde uns sehr freuen, wenn Sie sich (weiterhin) für unsere Arbeit interessieren und wir Sie in Ihrem Engagement unterstützen können.



Dr. Stefan Wilhelmy

Leiter Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

¹ Evaluation ausgewählter Angebote des Handlungsfeldes „Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene“ – Executive Summary, verfügbar unter: <https://www.engagement-global.de/mediathek-publikationen-detail.html?mid=283>

1. EINLEITUNG

6

„Was läge näher, als engagierte Menschen aus Entwicklungsländern, die in deutschen Städten leben, in die Eine-Welt-Arbeit der lokalen Initiativen und Kommunen einzubeziehen: zum Beispiel in eine Städtepartnerschaft mit einer Kommune ihres Heimatlandes oder in einzelne Projekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, die ihre ehemaligen Landsleute, Verwandte und Freunde betreffen? Und andersherum gefragt: Was läge für Initiativen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit näher, als sich ihrerseits in entwicklungsorientierte Vorhaben von hiesigen Migrantenselbstorganisationen einbinden zu lassen, wenn diese die gleichen Ziele im gleichen Land verfolgen?“ (InWEnt 2008)

„In der Theorie: Nichts, [...] in der Praxis: Welten“, hieß es im Gutachten 2008 der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) zum Thema Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene (ebd.). Als Grund für diesen ernüchternden Befund wurde angeführt, dass beide Gruppen kaum voneinander wüssten und entsprechend kaum oder gar nicht miteinander kooperieren würden. Dies sei sehr schade, da „solchen Kooperationen von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und organisierter Diaspora große Potenziale für die Qualität der Zusammenarbeit, für die Entwicklung der südlichen Partner und für die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“ zugeschrieben werden könne.

Gutachten 2012

2012, also vier Jahre später, hieß es im aktualisierten Gutachten, „dass sich in den letzten Jahren viel bewegt hat“. So würden die spezifischen Potenziale von Migration und migrierten Personen verstärkt wahrgenommen, und das Thema Migration und Entwicklung sei „in vielfältiger Form auf der Agenda relevanter Akteure der Eine-Welt-Arbeit und der Integrationsförderung“ gelandet (Engagement Global, 2012). Migrantische Organisationen würden mehr und mehr „die vielfältigen Förder- und Kooperationsangebote“ wahrnehmen und träten „selbstbewusst als Kooperationspartner auf“ beziehungsweise würden als „interkulturelle Wissensträger und Experten“ in Maßnahmen der kommunalen Entwicklungspolitik eingebunden (ebd.).

Allerdings gäbe es auch noch Herausforderungen und Verbesserungspotenziale. So wurde in dem Gutachten auch konstatiert, dass eine solche positive Perspektive auf die Potenziale von Migration

und migrierten Personen noch keine Selbstverständlichkeit in den Kommunen sei. Vielmehr bedürfe es oftmals noch „entsprechender Impulse oder Anreize“ von außen, um solche Kooperationen anzustoßen (ebd.). Auch eine „strukturelle, personelle und finanzielle Verankerung des Handlungsansatzes“ sei in vielen Kommunen noch nicht selbstverständlich, was aber eine wesentliche Voraussetzung sei, damit eine Kooperation zustande komme. Insgesamt wurde deutlich, dass das entwicklungspolitische Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte und migrantischen Organisationen „noch zu sehr im Verborgenen“ blühe. Die Vielfalt der Aktivitäten und Akteurinnen und Akteure sei den Kommunalverwaltungen wie den lokalen Öffentlichkeiten noch zu wenig bewusst und die kommunalen und „deutschen“ zivilgesellschaftlichen Strukturen „den Migrant*innenorganisationen noch zu wenig zugänglich“.

Gutachten 2020

Im vorliegenden Gutachten 2020 wollen wir versuchen, die Entwicklung seit 2012 in dem Feld von Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene weiter zu dokumentieren und zu beurteilen. Gerade in den letzten acht Jahren hat sich viel um das Thema Migration und Entwicklung ereignet, so dass beide Themenbereiche noch einmal verstärkt ins Zentrum der politischen und wissenschaftlichen Diskussion gerückt sind. Insbesondere die Fluchtbewegungen in den letzten Jahren haben deutlich gemacht, dass wir in einer Welt leben, in der die Lebens- und Wirtschaftsweisen im Globalen Norden Auswirkungen auf die Lebensbedingungen im Globalen Süden hat und umgekehrt. Die damit verbundenen Herausforderungen werden auf kommunaler Ebene besonders sichtbar und spürbar (Witteler-Stiepelmann, 2016). Vor diesem Hintergrund hat das Thema Migration und Entwicklung für die Kommunen weiter an Bedeutung gewonnen. Denn ihr entwicklungspolitisches Engagement ist nicht nur ein Beitrag zur internationalen Solidarität mit dem Globalen Süden, sondern ist auch im eigenen Interesse der Kommunen.

Ansatz des Gutachtens

Für die erste und zweite Ausgabe des Gutachtens zu Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene stand ein qualitativer Ansatz im Vordergrund, bei dem ausgewählte Kommunen befragt wurden, die bereits erfolgreich im Feld der kommunalen Entwicklungspolitik mit migrantischen Partnerinnen und Partnern zusammengearbeitet haben (14 davon im Rahmen von Projekten mit der SKEW). Im Rahmen dieser Neuausgabe des Gutachtens soll eine breitere (quantitative) Erhebung im Mittelpunkt stehen, die auch Kommunen umfasst, die mit Aktivitäten in dem Bereich noch relativ am Anfang stehen.² Dies soll eine Einschätzung des Standes und der Perspektiven der Zusammenarbeit mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren in der kommunalen Entwicklungspolitik nicht nur in der Spitze, sondern auch in der Breite ermöglichen. Hierzu wurde eine Onlinebefragung von Kommunen und Zivilgesellschaft durchgeführt, von deren Reichweite und deren zentralen Ergebnissen wir weiter unten berichten. Ergänzt wurde die quantitative Erhebung durch qualitative Interviews, die mit zentralen Expertinnen und Experten im Handlungsfeld Migration und Entwicklung durchgeführt wurden. Hierbei handelte es sich vor allem um Vertreterinnen und Vertreter von Kommunalverwaltungen, der kommunalen Spitzenverbände sowie migrantischer Organisationen, inklusive der Dachverbände. Auch Vertreterinnen und Vertreter der Eine-Welt-Landesnetzwerke und einige Fachpromotorinnen und -promotoren zum Thema Migration/Flucht sowie Durchführungsorganisationen der staatlichen Entwicklungspolitik wie die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) und die SKEW selbst waren beteiligt.

² Zur Kontaktierung der Kommunen wurde der Verteiler der SKEW genutzt. Dieser umfasst Kommunen, die bereits mindestens an einer Veranstaltung der SKEW zum Thema Migration und Entwicklung teilgenommen haben.

Aufbau des Gutachtens

Im Folgenden werden die wesentlichen Ergebnisse der im Rahmen dieses Gutachtens durchgeführten Erhebungen dargestellt. Dabei wird zunächst noch einmal auf die wesentlichen Grundlagen der Zusammenarbeit im Handlungsfeld Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene eingegangen. Was umfasst kommunale Entwicklungspolitik? Worin bestehen die entwicklungspolitischen Beiträge auf migrantischer Seite? Wer sind die Akteurinnen und Akteure auf migrantischer Seite? Was sind die wesentlichen Formate der Zusammenarbeit? Und welche Rolle hat die SKEW bei der Strukturierung des Feldes gespielt? Methodisch basiert das Kapitel auf den Interviews mit den Schlüsselakteurinnen und -akteuren sowie einer intensiven Dokumenten- und Literaturanalyse einschlägiger Publikationen.³

In Kapitel 3 werden dann die Ergebnisse der Onlineumfragen dargestellt. Hierbei geht es um die Art und den Umfang migrantischer Einbindung in der kommunalen Entwicklungspolitik (Einbindung von migrantischen Akteursgruppen

in kommunale Nachhaltigkeitsstrategien und Umsetzung der Agenda 2030, Fairer Handel/Faire Beschaffung, entwicklungspolitische Informationsarbeit, Entstehung, Weiterentwicklung und Durchführung von Städte- und Projektpartnerschaften etc.). Außerdem geht es um die besonderen entwicklungspolitischen Potenziale und Beiträge migrantischer Akteursgruppen (Know-how, Rücküberweisungen, kultureller Austausch, Netzwerke etc.), die Herausforderungen in der praktischen Zusammenarbeit, die institutionelle Verankerung in der Kommune und die Einbindung migrantischer Akteursgruppen in übergeordnete Gremien der kommunalen Entwicklungspolitik, insbesondere der Eine-Welt-Netzwerke. Dabei wurden auch die Veränderungen seit 2012 berücksichtigt.

Im abschließenden praxisorientierten Teil des Gutachtens (Kap. 4) sollen schließlich die Befunde der durchgeführten Studien noch einmal kurz vor dem Hintergrund des oben geschilderten Forschungsstandes diskutiert und Handlungsempfehlungen für die Praxis abgeleitet werden.

3 Im Zentrum standen dabei vor allem Dokumente der SKEW zu den verschiedenen Programmen und Initiativen des Handlungsschwerpunkts. Zudem wurden relevante wissenschaftliche Veröffentlichungen sowie Publikationen einschlägiger Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit zu Programmen und Initiativen der internationalen Zusammenarbeit sowie zur strategischen Ausrichtung der Arbeit der Ministerien im Themenfeld herangezogen. Des Weiteren wurden Internetauftritte von für das Handlungsfeld relevanten Programmen und Initiativen (zum Beispiel returningfromgermany.de) gesichtet und ausgewertet. Zur Erhebung des Migrationsgeschehens auf internationaler Ebene dienten Publikationen der Vereinten Nationen (UN), insbesondere die International Migration Reports. Auf nationaler Ebene wurden vorrangig die Migrationsberichte des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie Daten des Statistischen Bundesamtes zur ausländischen Bevölkerung in Deutschland ausgewertet. Daneben wurden im Hinblick auf die Organisation von Menschen mit Migrationsgeschichte oder -erfahrung in Deutschland einschlägige empirische Studien zu Organisationsformen, Aktivitäten und ihrer öffentlichen Wahrnehmung analysiert. Hinzu kommen Forschungsberichte der Bundeszentrale für politische Bildung sowie Veröffentlichungen von Stiftungen, Vereinen und Verbänden.

2. FORMEN DER ZUSAMMENARBEIT VON KOMMUNEN UND MENSCHEN MIT MIGRATIONSGESCHICHTE

2.1. KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Geschichtliche Entwicklung

„Als Kommunale Entwicklungspolitik wird die Summe aller Mittel und Maßnahmen bezeichnet, die Kommunalverwaltung und -politik einsetzen und ergreifen, um eine nachhaltige Entwicklung vor Ort und in Entwicklungsländern zu fördern.“ (Fröhlich/Lämmlin, 2009:11)

1960er- bis 1980er-Jahre

Die Anfänge der kommunalen Entwicklungspolitik datieren aus den 1960er-Jahren, als viele Staaten Afrikas entkolonialisiert wurden und sich in Deutschland Strukturen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bildeten (Engagement Global, 2014). Die ersten Formen der kommunalen Entwicklungspolitik zu damaliger Zeit stellten „Städtepartnerschaften sowie Hilfen bei Krisen und Katastrophen“ dar (ebd.). Die Rolle der Kommunen war damals aber noch recht begrenzt. Erst in den 1980er-Jahren wuchs die Bedeutung der kommunalen Ebene in der internationalen Entwicklungspolitik. So wurde im Jahr 1983 in Florenz der erste internationale Kongress zum Thema „kommunale Entwicklungspolitik“ von der UNESCO durchgeführt, zu dem Kommunen aus aller Welt eingeladen wurden. 1985 folgte die zweite internationale Konferenz zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit in Köln. 1988 wurde auf Initiative des Europarats das Nord-Süd-Zentrum in Lissabon gegründet, an dem explizit auch Kommunen beteiligt wurden.

1990er-Jahre

Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro sowie der daraus resultierende Agenda-21-Prozess (Hilliges, 2001) gaben der Entwicklung einen weiteren Schub. Hier wurden Kommunen nicht nur als wichtige Akteurinnen der Umwelt- und Entwicklungspolitik genannt, sondern auch explizit dazu aufgerufen, dass sie ihrer globalen Verantwortung gerecht werden sollten (Leitermann, 2016; Engagement Global, 2014). In den erwähnten internationalen Beschlüssen wurden dabei vor allem die Stärkung von Demokratie und die Förderung der Dezentralisierung und kommunaler Selbstverwaltung als zentrale Schwerpunkte kommunaler Entwicklungszusammenarbeit genannt, wobei im Idealfall immer beide Partnerstädte voneinander lernen sollten (Leitermann, 2016). In Deutschland wurde in einem Beschluss des Deutschen Bundestags 1994 die lokale Ebene explizit bei der Umsetzung des Agenda-21-Prozesses (Hilliges, 2016) genannt, unter dem Motto „Global denken, lokal handeln.“ 1995 wurde vor diesem Hintergrund in Bonn das Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit gegründet.

2000er-Jahre

Einen weiteren Meilenstein stellt die „UN-Millenniums-Erklärung“ im Jahr 2000 mit den „Millenniums-Entwicklungszielen“ (Millennium Development Goals/MDGs) im Jahr 2001 dar (vgl. Engagement Global, 2014). „Beide Dokumente zielen auf die Armutsbekämpfung und eine gute Regierungsführung auf allen relevanten öffentlichen Ebenen – und damit auch der kommunalen Ebene. So bekräftigte der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan auf dem Sondergipfel der Vereinten Nationen zu den MDGs im Jahr 2005 ausdrücklich die zentrale Bedeutung der Kommunen für deren Erreichung“ (Engagement Global, 2014). Verschiedene internationale Zusammenschlüsse von Kommunen, wie der Weltverband der Kommunen (United Cities and Local Governments/UCLG), betonten seitdem immer wieder die besondere Rolle der kommunalen Ebene (vgl. ebd).

2001 wurde in Deutschland auch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) gegründet (Hilliges, 2016), die aus dem Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (ZKE) hervorgegangen ist.⁴ Während das ZKE noch weitgehend ehrenamtlich organisiert war, erhielt die kommunale Entwicklungspolitik mit der SKEW erstmals eine personelle und finanzielle Ausstattung (Leitermann, 2016). Auf politischer Ebene bestätigte 2004 der Deutsche Städtetag die herausgehobene Bedeutung der Kommunen (Hilliges, 2016) und 2008 folgte ein Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, in dem „die Ministerpräsidenten der Länder den kommunalen Beitrag insbesondere in der Kultur- und Bildungsarbeit, der Kooperation mit Migranten aus Entwicklungsländern, den Bereichen guter Regierungs-

führung und Dezentralisierung sowie im ‚Capacity Building‘ hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen“ sahen (Engagement Global, 2014). Auch die Europäische Kommission unterstrich 2008 noch einmal die besondere Rolle von Kommunen in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit (Leitermann, 2016).

2010er-Jahre

Ein weiterer wichtiger Meilenstein, der das Handlungsfeld maßgeblich beeinflusst hat, ist die Verabschiedung der Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) im Jahr 2015. Diese politische Maßnahme auf UN-Ebene hat, wie uns auch unsere Interviewpartnerinnen und -partner bestätigt haben, der kommunalen Entwicklungspolitik einen weiteren „Push“ gegeben. Die verschiedenen Nachhaltigkeitsziele stellen seitdem wichtige Referenzpunkte kommunaler Entwicklungspolitik dar, an denen sich Programme und Maßnahmen der Kommunen ausrichten und messen lassen können. Kommunen werden auch innerhalb der Agenda 2030 ausdrücklich als zentrale Partnerinnen bei der Umsetzung der Ziele genannt, da viele Themen und Probleme der globalen Entwicklung am deutlichsten in den Kommunen sichtbar werden und auch dort bearbeitet werden können.⁵

4 Zu Beginn lag die Trägerschaft bei der Carl Duisberg Gesellschaft e. V. (CDG). Kurze Zeit nach der Gründung der SKEW entstand aus der CDG und der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) die InWEnt gGmbH als Organisation für Weiterbildung, Personalentwicklung und Dialog, die auch die Trägerschaft der SKEW übernahm. Im Jahr 2011 wurde diese dann gemeinsam mit dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zusammengeführt (BMZ, 2020). Nachdem nun die GIZ für kurze Zeit die Trägerschaft der SKEW innehatte, wurde im Januar 2012 die Engagement Global gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen als umfassende Servicestelle von Seiten der Bundesregierung für kommunales und zivilgesellschaftliches Engagement gegründet. Diese bündelte nun die verschiedenen vom BMZ unterstützten Förderprogramme und Serviceangebote, sodass sich fortan die SKEW unter dem Dach von Engagement Global findet (BMZ, 2020; Boppel, 2016). In dieser Zeit der institutionellen Veränderungsprozesse entwickelte sich die SKEW von einem kleinen Team zu einem leistungsfähigen Kompetenzzentrum für kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland (Engagement Global, 2020).

5 Auch im Rahmen eines Beschlusses der Innenministerkonferenz zur Entwicklungspolitik wurde der Beitrag der Kommunen zur Agenda 2030 noch einmal ausdrücklich hervorgehoben.

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung

© United Nations

Für Kommunen wurde inzwischen zudem bereits ein Monitoringsystem entwickelt, mit dem überprüft werden kann, inwieweit die SDGs in deutschen Kommunen erreicht werden. Hierzu hat eine Arbeitsgruppe aus Bertelsmann-Stiftung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutschem Landkreistag, Deutschem Städtetag, Deutschem Städte- und Gemeindebund, Deutschem Institut für Urbanistik und der SKEW verschiedene Indikatoren entwickelt („SDG-Indikatoren für Kommunen“, vgl. Assmann, et al. 2018: 4 ff.), mit denen der Fortschritt in diesem Bereich dokumentiert werden soll. Hierzu zählen etwa Aspekte, wie „Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit“, „Ausgaben für fair gehandelte Produkte“, „Kommunale Programme im Bereich Eine-Welt-Politik“, „(Projekt-)Partnerschaften mit Kommunen aus Entwicklungsländern“, „Kommunen mit Politikkohärenzmechanismen für nachhaltige Entwicklung“⁶ und „Kommunale Programme im Bereich Eine-Welt-Politik mit dem Schwerpunkt Nachhaltige Entwicklung“ (alle SDG 17) (Assmann, et al., 2018:104 ff.).

Die globalen Nachhaltigkeitsziele weisen dabei auch einen direkten Bezug zu Migration auf. Ihre Bedeutung wird bereits in der Einleitung deutlich: „Wir sind uns des positiven Beitrags der Migranten zu inklusivem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung bewusst. Wir sind uns außerdem dessen bewusst, dass die internationale Migration eine mehrdimensionale Realität von großer Bedeutung für die Entwicklung der Herkunfts-, Transit- und Zielländer ist, die kohärente und umfassende Antworten erfordert“ (UN, 2015: 9). Und auch die Internationale Organisation für Migration (IOM) fordert in einem Bericht zum Thema „Migration and the 2030 Agenda: A Guide for Practitioners“ einen verstärkten Einbezug von Migration und Menschen mit Migrationsgeschichte und -erfahrung in die bestehenden Entwicklungspartnerschaften (IOM, 2018).

⁶ Das heißt, dass zum Beispiel Ausgaben und Investitionen in den Kommunen im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft werden.

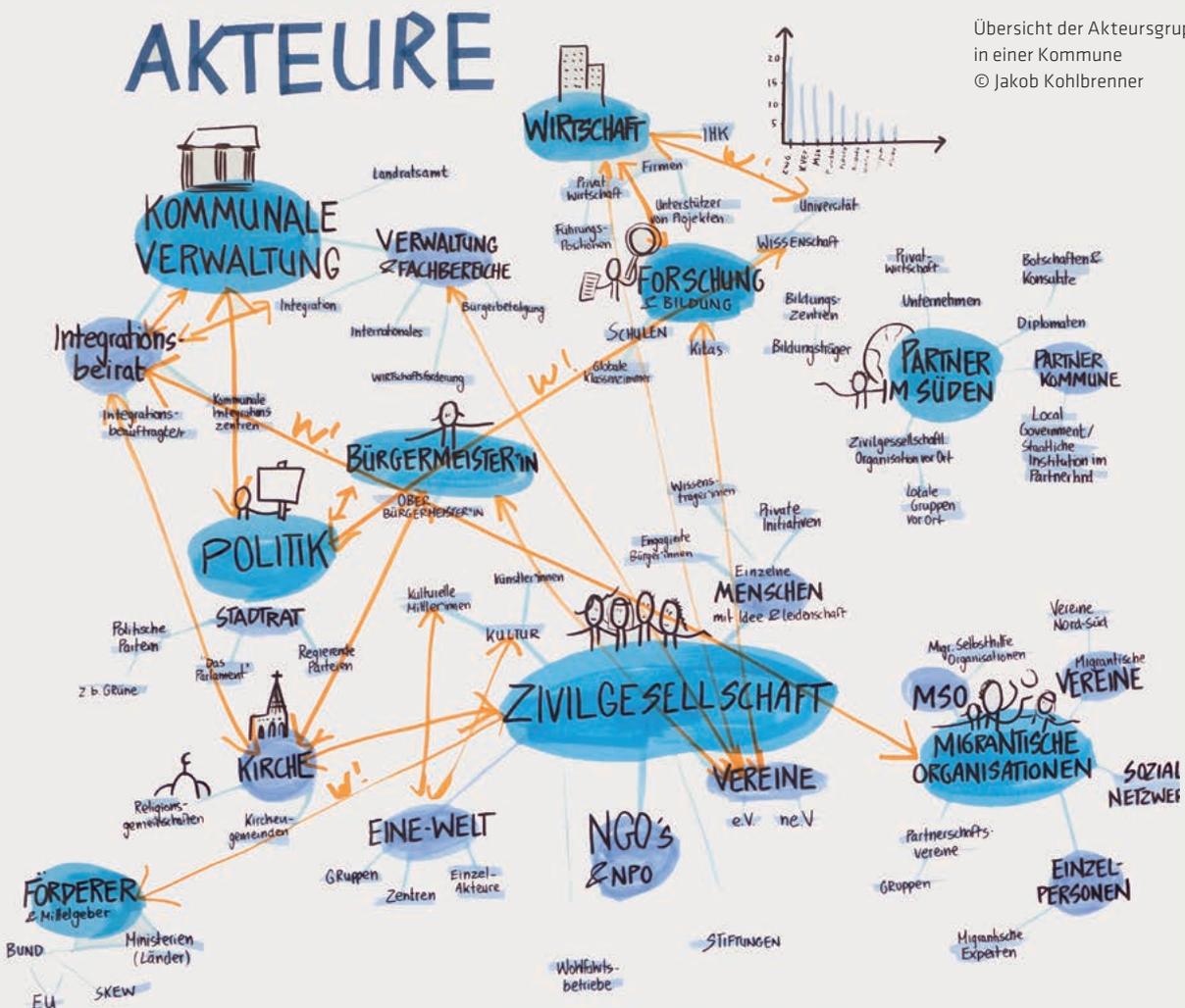
Potenziale

Die besonderen Potenziale der kommunalen Ebene in der Entwicklungspolitik werden, wie oben schon teilweise angedeutet, in folgenden Bereichen gesehen:

- 1) in ihrer großen Bürgernähe,
- 2) in ihrem großen Fachwissen und ihrer großen Erfahrung in puncto Verwaltung und Grundsätze der guten Regierungsführung
- 3) in ihrer unmittelbaren Betroffenheit der Probleme vor Ort und
- 4) in ihrer nicht unerheblichen Nachfragemacht in Bezug auf Fairen Handel und Faire Beschaffung.

Bürgernähe

In Bezug auf Bürgernähe wird hervorgehoben, dass „Kommunen [...] näher am Bürger als jede andere öffentliche Ebene“ sind. Daher könnten sie „am besten Zusammenhänge zwischen lokalem Handeln und seinen globalen Auswirkungen vermitteln“ (ebd.). Bürgerengagement für nachhaltige Entwicklung könne deshalb gut auf kommunaler Ebene gefördert und durch Beteiligungsmöglichkeiten und Kooperationen weiterentwickelt werden (s. ebd.). Bei der Umsetzung der kommunalen Entwicklungspolitik kommt daher seit jeher der Beteiligung der lokalen Zivilgesellschaft eine große Bedeutung zu. Häufig werden kommunale Entwicklungsinitiativen erst durch



Gruppen aus der Zivilgesellschaft angestoßen und sie sind auch maßgeblich an ihrer Durchführung beteiligt (Leitermann, 2016). Viele Bürgerinnen und Bürger verspürten eine internationale Verantwortung und seien bereit, sich dafür zu engagieren (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2017).

Fachwissen

Zudem verfügen die Kommunen, wie bereits mehrere Studien herausgearbeitet haben, mit ihren ca. 2,2 Millionen Mitarbeitenden über Wissen und Kompetenzen, die einen entscheidenden Beitrag zum Umgang mit den globalen entwicklungspolitischen Herausforderungen leisten können (Witteler-Stiepelmann, 2016). Dies umfasst Bereiche wie Abfallentsorgung, Recycling und Kreislaufwirtschaft, erneuerbare Energien und Klimaschutz ebenso wie die Stadtplanung, die Unterhaltung von Bildungseinrichtungen und stationären Einrichtungen der Gesundheitsversorgung sowie den Aufbau einer handlungsfähigen und bürgernahen Kommunalverwaltung (Balleis, 2017). All dies sind Kompetenzen, die Kommunen selbst in den Prozess der internationalen Entwicklungszusammenarbeit einbringen können, was über ihre Rolle als Moderatorinnen und Koordinatorinnen von Netzwerken weit hinausgeht.

Kommunale Betroffenheit

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass Kommunen immer mehr zu einem zentralen Bezugspunkt der internationalen Entwicklungszusammenarbeit selbst werden. Hierfür gibt es gleich mehrere Gründe: So lebt heute bereits mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. 2050 sollen es bis zu 70 Prozent der Weltbevölkerung sein (vgl. Engagement Global, 2014). Kommunen seien daher mehr und mehr „der Schauplatz, der Ort, wo alles passiert“, wo letztlich „alles stattfindet“, wie es einer unserer Interviewpartner ausgedrückt hat. Würden Kommunen nicht mitmachen, so unser Interviewpartner weiter, sei im Endeffekt auch „nichts möglich“. Bundes- und Landesinitiativen seien sicher wichtig, aber am Ende liege „die Wahrheit der Bemühungen“ in den Kommunen.

Nachfragemacht

Des Weiteren verfügten Kommunen über „eine gewaltige Nachfragemacht“. Nach Zahlen des letzten SKEW-Gutachtens zu Migration und Entwicklung werden „rund 50 Prozent aller öffentlichen Aufträge“ durch Kommunen vergeben. Durch die Berücksichtigung entsprechender Kriterien bei der Beschaffung könnten daher „deutliche Zeichen gegen Kinderarbeit und unfaire Arbeitsbedingungen“ gesetzt werden (ebd.). „Durch eine faire Vergabe tragen sie auch zum Erfolg des Fairen Handels sowie zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika bei“ (ebd.).

Vorteile für die Kommune selbst

Die Vorteile eines global verantwortungsvollen Handelns bestünden für die Kommunen darüber hinaus auch in einer „Profilierung und Imageverbesserung“, sowohl in Bezug auf die eigene Bevölkerung („identitätsstiftende Wirkung auf Gemeinde und Verwaltung“) als auch in Bezug auf andere Kommunen, etwa im Hinblick auf den Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen (lokal, national, international). Auch könne ein Engagement in der kommunalen Entwicklungspolitik die Personalentwicklung und -qualifizierung befruchten, etwa im Hinblick auf einen internationalen, interkulturellen sowie fachlichen Kompetenzzuwachs auf Seiten der Mitarbeitenden (vgl. ebd.). Dies schließe auch ein Süd-Nord-Lernen ein, also einen Wissenstransfer zum Nutzen deutscher Kommunen, etwa zum Thema Bürgerhaushalt (ebd.). Nicht zuletzt können sich auch Synergieeffekte im politischen Mehrebenensystem ergeben, wenn zwischen den politischen Ebenen und auch zwischen den verschiedenen Ressorts zusammengearbeitet werde (ebd.).

Handlungsfelder

Inlandsarbeit

Die Handlungsfelder kommunaler Entwicklungspolitik ergeben sich ein Stück weit aus den spezifischen Potenzialen der kommunalen Ebene. Grundsätzlich kann zwischen Inlands- und Auslandsarbeit unterschieden werden. Inlandsarbeit umfasst dabei vor allem entwicklungspolitische Informations-, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, Aktivitäten im Bereich Fairer Handel und Faire Beschaffung sowie Maßnahmen im Bereich Nachhaltigkeit und Umweltschutz (Engagement Global, 2014). Im Bereich „Fairer Handel und Faire Beschaffung“ wird dabei zum Beispiel eine faire kommunale Vergabeordnung verabschiedet. Oftmals geschieht dies auch in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Dabei wird zum Beispiel in Kooperation von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft eine spezifische „Produktpalette“ definiert, zu der eine Faire Beschaffung erfolgen soll. Auch Kampagnen, Wettbewerbe und Netzwerke zum Thema „Faire Beschaffung“ werden in Kommunen durchgeführt. Insgesamt soll dadurch ein größeres Bewusstsein für globale Zusammenhänge und die Handlungsmöglichkeiten der und des Einzelnen gefördert werden. Gleiches gilt natürlich auch für die oben erwähnten Informations-, Öffentlichkeits- und Bildungsveranstaltungen.

Auslandsarbeit

Auslandsarbeit findet dagegen vor allem in Form von kommunalen Städte- und Projektpartnerschaften, internationalen Begegnungsreisen oder dem Mitwirken in internationalen Netzwerken statt (Nitschke, 2016). So ist es wichtig, sich durch die Mitarbeit in internationalen Verbänden fachlich auszutauschen, aber auch auf internationaler Ebene Lobbyarbeit für die Kommunen zu betreiben (wie etwa im Rahmen des oben erwähnten Weltverbands der Kommunen (UCLG) oder dem UN-Habitat-Programm für menschliche Siedlungen). Auch die eingangs erwähnte Katastrophen- und Krisennothilfe spielt für Kommunen nach wie vor eine wichtige Rolle.

Schließlich ist auch der Bereich Migration und Entwicklung ein relevantes Handlungsfeld. Dabei werden, wie in der Einleitung angesprochen, Menschen mit Migrationsgeschichte immer mehr als Partnerinnen und Partner der deutschen Entwicklungspolitik wahrgenommen und in die Maßnahmen eingebunden (wie sehr soll das nächste Kapitel noch genauer verdeutlichen). Dabei spielt die lokale Ebene ebenfalls eine wichtige Rolle. Aufgrund der angesprochenen Bürgernähe ist hier der Kontakt zu der migrantischen Bevölkerung besonders eng: „Die Migranten wohnen in den Kommunen, sie engagieren sich in den Kommunen“, wie es ein Interviewpartner von uns ausdrückte. Deshalb käme Kommunen auch bei allen Bemühungen rund um das Thema Migration und Entwicklung eine zentrale Rolle zu. Eine „Involvierung der Kommunen“ sei daher „unerlässlich“ (Interviewpartner aus unserer Studie).

Politischer Handlungsspielraum der kommunalen Entwicklungspolitik

Zusammengefasst fallen also alle Maßnahmen unter kommunale Entwicklungspolitik, die die nachhaltige Entwicklung vor Ort und im Globalen Süden fördern (EPN Hessen e.V., 2019). Dabei fehlt es in den Kommunen nach wie vor an einer rechtlichen Verankerung in den Gemeindeordnungen und Verfassungen der Länder (Leitermann, 2016). Entsprechend ist die kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland keine Pflichtaufgabe, sondern stellt lediglich eine freiwillige Aufgabe dar (Witteler-Stiepelmann, 2016). Wie eine Expertise der SKEW zum Stand und zu den Perspektiven kommunaler Entwicklungspolitik aus dem Jahr 2014 zudem zeigte, fehlt es in den Kommunen nicht selten an den „finanziellen und personellen Ressourcen für die Durchführung von Auslandsprojekten, aber auch von entwicklungspolitischer Inlandsarbeit“ (ebd.). Als freiwillige Aufgabe konkurriert sie mit anderen freiwilligen Aufgaben „wie der Kultur- oder Sportförderung“. Zudem gebe es „vor allem in mittleren und

kleineren Kommunen keine Arbeitseinheit, dem die kommunale Entwicklungspolitik als (Querschnitts-)Aufgabe zugeordnet ist“. Kommunen fehle es weiterhin nicht selten „an interkulturell und entwicklungspolitisch geschultem Personal, das in der Partnerschaftsarbeit eingesetzt werden könnte“ (ebd.). Trotz dieser Restriktionen habe die Bedeutung internationaler kommunaler Entwicklungspolitik in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die dargestellten Herausforderungen und Potenziale prägten die kommunale Entwicklungspolitik in den vergangenen Jahren und sind auch gegenwärtig präsent.



Bürgernaher Austausch in der Kommune
© Dirk Enters

2.2. ENTWICKLUNGSPOLITISCHE ARBEIT VON MENSCHEN MIT MIGRATIONSGESCHICHTE

Zum Zusammenhang von Migration und Entwicklung

Das Brain Drain-Theorem

So wie Kommunen in den letzten Jahrzehnten immer mehr in das Zentrum internationaler Entwicklungspolitik gerückt sind, so kann auch Menschen mit Migrationsgeschichte (und ihren Organisationen) in den letzten Jahrzehnten ein großer Bedeutungszuwachs attestiert werden. Allerdings ist die zentrale Rolle von Menschen mit Migrationsgeschichte für die internationale Entwicklungszusammenarbeit wesentlich später erkannt worden als die der Kommunen. So ist die Fachwelt noch bis Ende der 1990er-Jahre davon ausgegangen, dass zwischen Migration und Entwicklung ausschließlich ein negativer Zusammenhang bestehe, in dem Sinne, dass sich die Auswanderung aus Entwicklungs- in Industrieländer für die Entwicklungsländer negativ auswirken würde, insbesondere in Bezug auf Hochqualifizierte. Man sprach dabei von einem sogenannten Brain Drain, also der „Abwanderung der besten Köpfe“, der den sich entwickelnden Ländern wichtige Ressourcen für den Aufbau entziehen würde. Lange Zeit hatte man daher auch in vielen Industrieländern bewusst davon abgesehen, hochqualifizierte Personen aus weniger entwickelten Ländern abzuwerben, um deren Entwicklungsprozess nicht zu gefährden.

Vom Brain Drain zum Brain Gain

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts wird jedoch nicht mehr so eindeutig davon ausgegangen, dass sich diese Form der internationalen Migration nur negativ auf die Entwicklungsländer auswirkt. Vielmehr ist man nun der Ansicht, dass sie auch positive Effekte für die Entwicklung der Abgabelländer haben kann. Der schweizerische Migrationsforscher Paul Ladame vermutete dies bereits in

den 1970er-Jahren. Er betrachtete den Brain Drain aus Entwicklungsländern nicht als die Endstufe eines Migrationsprozesses, der den wirtschaftlichen und sozialen Niedergang von Entwicklungsländern verschärfe, sondern als eine Zwischenphase innerhalb eines längerfristigen Prozesses, der die Möglichkeit eines positiven Effekts bei Rückwanderung der Eliten in ihre Heimatländer einschloss. Außer der bekannten Auswanderung von hochqualifizierten Personen aus Entwicklungs- in Industrieländer sei auch die umgekehrte Wanderungsbewegung langfristig möglich, von der die Entwicklungsländer profitieren könnten. Denn haben sich die Eliten im Ausland erst einmal etabliert und gute berufliche Positionen erreicht, können sie ihre gewonnenen Erfahrungen, ihr erwirtschaftetes Kapital und ihre Kontakte – bei den passenden Voraussetzungen – gewinnbringend für ihr Herkunftsland einbringen, möglicherweise sehr viel effektiver, als wenn sie nie ausgewandert wären.

Man spricht daher davon, dass sich der anfängliche Brain Drain langfristig in einen sogenannten Brain Gain (also einen Gewinn für das Abgabeland) verwandeln kann (Hunger, 2000; Thränhardt, 2005). In diesem Zusammenhang prägte Ladame den Begriff der „circulation des élites“, also der Hin- und Herwanderung von Eliten, der sich heute unter dem englischen Begriff „Brain Circulation“ weitgehend etabliert hat (vgl. Hillmann/Rudolph, 1996). Viele Studien haben seitdem in der Tat gezeigt, dass die Entwicklungsländer langfristig durchaus von der Auswanderung profitieren können, aber keineswegs müssen.



Umsetzung in Deutschland

Diese Entwicklung ist ein besonders prägnanter Aspekt der Veränderung der Perspektive auf Migration und Entwicklung. Damit verbunden ist auch in Deutschland eine erhöhte Beachtung des positiven Zusammenhangs seit Beginn der 2000er-Jahre. So fand 2004 im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit zum ersten Mal eine Bundestagsanhörung statt, die den Zusammenhang von Migration und Entwicklung thematisierte, zu der auch ein ranghoher indischer Politiker eingeladen worden war. Im Anschluss wurde auf Bundesebene die damalige GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, heute GIZ – Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) beauftragt, das Thema Migration und Entwicklung verstärkt zu bearbeiten und die entwicklungspolitische Arbeit von Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland zu unterstützen. So wurden verschiedene Programme für die Förderung von migrantischen Organisationen (was es mit diesem Begriff auf sich hat, wird im folgenden Unterkapitel erläutert) oder die Förderung von zirkulären Migrationsprogrammen (sogenannte Triple win-Programme, bei denen das Aufnahmeland, die betroffenen Migrantinnen und Migranten und das Herkunftsland

profitieren sollen) ins Leben gerufen. Auch auf Landesebene haben inzwischen verschiedene Bundesländer ähnliche Initiativen auf den Weg gebracht, wie etwa Nordrhein-Westfalen mit seiner Afrika-Initiative, bei der auch afrikanische Migrantinnen und Migranten und migrantische Organisationen in NRW in ihrem entwicklungspolitischen Engagement gefördert werden.

Auch auf kommunaler Ebene ist das Thema inzwischen angekommen und wird, wie wir eben gesehen haben, als ein zentrales Handlungsfeld kommunaler Entwicklungspolitik wahrgenommen. So ist die SKEW selbst seit 2007 in diesem Themenfeld engagiert⁷ – neben den Bereichen „Global Nachhaltige Kommune“, „Fairer Handel und Faire Beschaffung“, „Kommunale Partnerschaften und internationale entwicklungspolitische Kommunalbeziehungen“. Auf die genauen Tätigkeiten der SKEW in diesem Feld gehen wir weiter unten noch ein. Zunächst wollen wir einen genaueren Blick auf die entwicklungspolitischen Beiträge von Menschen mit Migrationsgeschichte werfen und auch noch einmal genauer beleuchten, wer genau die Akteurinnen und Akteure auf migrantischer Seite sind.

⁷ Das Thema „Interkulturelle Kompetenz“ wurde zudem seit Bestehen der SKEW behandelt, bis es ab 2007 unter Migration und Entwicklung weitergeführt wurde.

2.3. ARTEN VON MIGRANTISCHEN ENTWICKLUNGSBEITRÄGEN

18

Die Beiträge von Menschen mit Migrationsgeschichte in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sind überaus vielfältig und teilweise auch so spezifisch, dass sie hier nicht umfassend dargestellt und bewertet werden können. Nichtsdestotrotz können grob drei Bereiche eingeteilt werden, in denen Menschen mit Migrationsgeschichte in der Regel entwicklungspolitische Beiträge leisten und die auch für die Herkunftsländer immer wichtiger werden. Es handelt sich hierbei um Beiträge im wirtschaftlichen (1), sozial-humanitären (2) und politischen Bereich (3). Zusätzlich gibt es Formen der entwicklungspolitischen Beiträge, die alle drei Bereiche umfassen beziehungsweise auf alle drei Bereiche ausstrahlen.

Rücküberweisungen

Eine Schlüsselrolle in der Debatte über Migration und Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich spielten historisch gesehen zunächst die Rücküberweisungen, die Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer tätigen (sogenannte Remittances). Anfang der 2000er-Jahre hatte die Weltbank mit einer Meldung für Aufsehen gesorgt, in der sie berichtete, dass die Summe der weltweiten Rücküberweisungen, die Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer jährlich tätigen, mehr als doppelt so hoch waren wie die Summe der weltweiten öffentlichen Gelder der Entwicklungszusammenarbeit. Inzwischen ist sie auf mehr als das Dreifache gestiegen. Hauptempfängerland ist Indien mit über 79 Milliarden US-Dollar im Jahr 2019.⁸

In Deutschland wurde die entwicklungspolitische Bedeutung der Remittances ebenfalls erkannt. Hier hat die GIZ zusammen mit der Frankfurt School of Finance & Management die Website www.geldtransfair.de entwickelt, auf der sich Mig-

rantinnen und Migranten über die aktuellen Kosten verschiedener Finanzinstitute für Auslandsüberweisungen informieren können. Hintergrund ist, dass internationale Banken exorbitant hohe Gebühren für die Überweisungen verlangt haben und dadurch ein Teil des entwicklungspolitischen Nutzens der Gelder verloren gegangen ist.

Die oben beschriebene enorme Abhängigkeit vieler Volkswirtschaften von Rücküberweisungen wird jedoch auch kritisch gesehen. Der Geldfluss aus dem Ausland führt nicht selten zu neuen sozialen Ungleichheiten und Spannungen. Viele Familien und teilweise auch die Staaten verlassen sich zudem auf die Überweisungen aus dem Ausland. Deswegen gerieten dringend notwendige Reformen und Anstrengungen in den Hintergrund. Hier werden die Philippinen oftmals als Beispiel genannt (Kessler/Rother, 2016).

Unternehmensgründungen und Direktinvestitionen

Neben den Rücküberweisungen sind die oben bereits angesprochenen Investitionen von migrantischen Unternehmen von enormer Bedeutung. Neben den bereits erwähnten indischen Unternehmen gibt es eine Reihe weiterer Beispiele, in denen migrantische Unternehmerinnen und Unternehmer zur wirtschaftlichen Entwicklung der Herkunftskommune, der Herkunftsregion oder sogar des Herkunftslandes beitragen. So wird zum Beispiel in China geschätzt, dass mehr als die Hälfte aller Auslandsinvestitionen im Land von den Overseas Chinese getätigt wurden, also aus China Ausgewanderten in den USA und anderen westlichen Ländern sowie in Asien (vgl. Zhu, 2007). Gleiches gilt für Taiwan, wo etwa die Hardwareindustrie, die eine Schlüsselbranche der taiwanesischen Wirtschaft darstellt, maßgeblich von aus dem Ausland zurückgekehrten Menschen

8 Die Wirkungsweise von Rücküberweisungen wurde vor allem zu Beginn des 21. Jahrhunderts detailliert wissenschaftlich untersucht. Für weiterführende Informationen siehe: Levitt, P., & Lamba-Nieves, D. (2011). Social remittances revisited. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, S. 1-22; Portes, A., Escobar, C., & Walton Radford, A. (2005). *Immigrant Transnational Organizations and Development: A Comparative Study*. Princeton University: Center for Migration and Development. Working Paper 05-07; Castles, S., & Delgado Wise, R. (2008). *Migration and development: Perspectives from the South*. Zacatecas: Universidad Autónoma de Zacatecas.

aus Taiwan aufgebaut wurde, ganz ähnlich wie die Softwareindustrie in Indien (Saxenian, 2002). Auch in Vietnam konnte in der Vergangenheit ein wirtschaftlicher Aufschwung in Zusammenhang mit den Rücküberweisungen und der Rückkehr von Vietnamesinnen und Vietnamesen aus dem Ausland festgestellt werden (vgl. Sidel, 2007).

Auch im aktuellen Fall Nordirak haben – nach dem Fall des Saddam-Regimes – viele Rückwandernde aus Europa, darunter auch aus Deutschland, in das neu aufstrebende Land investiert und Unternehmen gegründet, unter anderem auch ein Nordiraker aus Bonn, der ein Shopping-Center, die „Rhein-Mall“, im nordirakischen Erbil aufgebaut hat (Candan, 2013). Zudem spielen Migrantinnen und Migranten nicht selten bei Investitions- und bei Managemententscheidungen in großen Unternehmen eine Rolle, da sie fundierte Kenntnisse über die sozialen, kulturellen und politischen Gegebenheiten des Ziel- und des Herkunftslandes haben.

Teilweise organisieren sich Menschen mit Migrationsgeschichte auch in (ökonomisch-orientierten) Vereinen, mit denen sie transnationale Wirtschaftsbeziehungen aufbauen und ihrem Herkunftsland wirtschaftlich helfen wollen. Ein Beispiel ist der Verein „Midan – Deutsch-Irakische Mittelstandsvereinigung“, der 2003 in Naumburg gegründet wurde. Der Verein hat mittlerweile über 1.200 deutsche und irakische Mitglieder, wozu Unternehmen ebenso zählen wie Einzelpersonen. Der Verein betreibt Vertretungen in Köln, Naumburg/Saale, Erbil, Suleymania, Duhok und Kirkuk. Von Beginn an hat sich der Verein für die Vermittlung von Wirtschaftsbeziehungen in den Irak eingesetzt. In den letzten Jahren organisierte er in Kooperation mit den Industrie- und Handelskammern (IHK) in Deutschland mehrere Delegationsreisen in den Irak (vgl. Hunger et al., 2018).

Viele Herkunftsländer der Migrantinnen und Migranten haben inzwischen die Migration als strategisches Instrument für ihre Entwicklung ausgemacht und spezielle Ministerien eingerichtet oder eigene Abteilungen in den Behörden installiert, die Kontakt zu ihren Landsleuten im Ausland halten sollen (auch wenn sie teilweise gar nicht mehr die Staatsbürgerschaft des Landes besitzen, wie die sogenannten Non-Resident Indians in den

USA). Die Behörden offerieren den Rückkehrenden dabei oftmals günstige Kredite und Bauland oder Steuerreduzierungen. Dies alles versetzt sie in die Lage, wichtige Investitionen zu tätigen.

Humanitäre Hilfe und „social remittances“

Gesundheit und soziale Versorgung sind ein weiteres wichtiges Feld migrantischer Entwicklungsarbeit. So engagieren sich Menschen mit Migrationsgeschichte in vielen sozialen, kulturellen oder religiösen Projekten in ihrem Herkunftsland (vgl. Portes et al., 2005, Levitt & Lamba-Nieves, 2011). Die Aktivitäten reichen von der Organisation und Durchführung kultureller Veranstaltungen bis zur finanziellen Förderung von religiösen oder Bildungseinrichtungen. Zu diesen „social remittances“ gehört auch der Transfer von Werten und Ideen. So können durch transnationale Aktivitäten der Migrantinnen und Migranten etwa demokratische Werte in ihre Herkunftsländer transferiert werden.

Politische Einflussnahme

Viele Studien zeigen zudem, dass Menschen mit Migrationsgeschichte direkt oder indirekt Einfluss auf die politische Entwicklung ihres Herkunftslandes nehmen. Zu den direkten Möglichkeiten der Einflussnahme gehören vor allem die Teilnahme an Wahlen und die Unterstützung beziehungsweise das Organisieren von Wahlkampfveranstaltungen. Migrantische Organisationen können zudem eine wichtige Rolle im Agenda-Setting spielen, also dem Setzen von bestimmten politischen Themen im Herkunfts- beziehungsweise Zielland (Itzigsohn et al., 1999, Rivera-Salgado et al., 2005), wie etwa die Stärkung von kulturellen Rechten im Herkunftsland oder die Verbesserung der Situation im Aufenthaltsland. Zu indirekten Maßnahmen zählen die ideelle oder materielle Unterstützung von politischen Bewegungen, oftmals auch Oppositionsparteien und Minderheitengruppen. So spielte die arabische Exilbevölkerung keine unwesentliche Rolle im „Arabischen Frühling“ im Jahr 2011. Und auch die kurdischen Migrantinnen und Migranten machen durch Veranstaltungen im Ausland und Online-Aktivitäten auf die ethnische Diskriminierung der Kurdinnen und Kurden in der Türkei oder in Syrien weltweit aufmerksam (Hunger et al., 2011).

Es gibt aber auch kritische Stimmen, die einen negativen Einfluss von Migrantinnen und Migranten auf die Entwicklung ihres Herkunftslandes sehen, zum Beispiel weil diese einen Konflikt im Herkunftsland erst richtig befeuert haben (Smith/Stares, 2007). Die radikale Unabhängigkeitsbewegung innerhalb der kroatischen Diaspora ist ein Beispiel dafür, wie Diasporagemeinden Konflikte im Herkunftsland verstärken können, sei es durch Parteinahme, Lobbying oder gar Waffenlieferungen (Skrbis, 2007).

Zusammenfassung migrantischer Entwicklungsbeiträge

Zusammengefasst lassen sich also sehr unterschiedliche Formen finden, wie sich Menschen mit Migrationsgeschichte an der Entwicklung ihres Herkunftslandes beteiligen können. Das

Gemeinsame dieser Aktivitäten ist, dass sie vorwiegend über transnationale Netzwerke von migrantischen Organisationen koordiniert und ausgeführt werden. Diese „transnationalen Netzwerke“ verbinden Menschen und Organisationen über nationale Grenzen hinweg und führen zu einem intensivierten Austausch, von dem – im Idealfall – beide Seiten profitieren. Wichtig dabei ist, dass sie nicht nur auf einmaligen oder kurzfristigen Aktivitäten basieren, sondern auf permanenten und stabilen Netzwerken, die dafür sorgen, dass Migrantinnen und Migranten gleichzeitig sowohl mit dem Aufenthaltsland als auch dem Herkunftsland interagieren und damit grenzübergreifende Netzwerkstrukturen schaffen. Diese Netzwerkaktivitäten können, wie wir gesehen haben, sowohl soziokultureller als auch politischer oder ökonomischer Art sein.

Migrantische Akteurinnen und Akteure

Wie schon angedeutet wurde, können auf migrantischer Seite vor allem zwei Gruppen von Akteurinnen und Akteuren ausgemacht werden: Einzelpersonen und migrantische Organisationen. Einzelpersonen agieren nicht im Verbund und haben meistens eine spezifische familiäre oder geschäftliche Verbindung zum Herkunftsland. Beispiele für das Engagement von Einzelpersonen sind der oben erwähnte Gründer der Shopping Mall im Nordirak, der aus eigenen Stücken in den Nordirak zurückging und dort mehrere Geschäfte eröffnete. Neben den Shopping Malls gründete er noch eine Grundschule in seinem Geburtsort, ein Hotel und ein Restaurant, die er ebenfalls Rhein-Hotel beziehungsweise Rhein-Restaurant nannte. Ein anderes Beispiel ist das Engagement eines Professors aus Donaueschingen, der Anfang der 1980er-Jahre als Sechsjähriger mit seinen jesidischen Eltern aus dem Südosten der Türkei nach Deutschland kam. Seit mehr als 20 Jahren ist er in humanitären und entwicklungspolitischen Projekten in Irakisch-Kurdistan aktiv. Bundesweit bekannt wurde er 2014 im Rahmen eines Projekts der baden-württembergischen Landesregierung, bei dem über 1.000 jesidische Frauen aus der Sindschar Region im Nordirak, die durch die Terrormiliz IS gefoltert und misshandelt wurden,

für eine Therapie nach Baden-Württemberg geholt wurden. Daneben gibt es viele weitere Beispiele von Einzelpersonen, deren Engagement ganz unterschiedlich und individuell ist.

Migrantenselbstorganisationen

Wie aus den Beispielen bereits deutlich wurde, sind Migrantinnen- und Migrantenorganisationen weitere wichtige Partner in diesem Feld. Unter dem Begriff Migrantenorganisation versteht man dabei zivilgesellschaftliche Organisationen, zumeist eingetragene Vereine, die entweder von Menschen mit Migrationsgeschichte oder -erfahrung gegründet wurden oder mehrheitlich Mitglieder mit Migrationsgeschichte aufweisen und deren Vereinsarbeit sich in irgendeiner Form mit dem Thema Migration und deren Folgen befasst (Pries, 2013). Dabei werden die Begriffe Migrantenorganisation, Migrantenselbstorganisation (MSO) oder auch Migrantische Diasporaorganisation (MDO), also Vereine von und für Menschen, die in der „Diaspora“ leben, synonym verwendet. Der Begriff „Diaspora“ meint dabei „Zerstreuung“ oder „Verbreitung“ (Safran, 1991), bezieht sich also auf Menschen, die einen gemeinsamen Ursprung haben, aber überall auf der Welt verteilt



oder zerstreut sind. Wurde der Begriff ursprünglich durch die jüdische Gemeinschaft geprägt, bezieht er sich heute viel breiter auf eine im Ausland lebende Bevölkerung eines Landes beziehungsweise einer Region oder eines Kontinents (wie etwa die afrikanische Diaspora, die von der Afrikanischen Union „sechste Region“ Afrikas genannt wird).

In den letzten Jahren hat sich zunehmend das Adjektiv „migrantisch“ im alltäglichen Sprachgebrauch, bei migrantischen Organisationen und im Fachdiskurs durchgesetzt. Das von Migrantin und Migrant abgeleitete Adjektiv scheint geeignet zu sein, nicht nur die erste Generation, sondern auch die im Einwanderungsland aufgewachsenen Generationen zu umfassen. Darüber hinaus besteht bei dieser Formulierung keine so harte Grenze zwischen migrantisch und nicht-migrantisch wie zwischen Migrantinnen und Migranten und Nicht-Migrantinnen und Nicht-Migranten, sodass das Problem der Fremdzweisung zumindest abgeschwächt werden kann. Wichtig ist zudem, dass das Adjektiv „migrantisch“ zum selbstverständlichen Sprachgebrauch von Migrantinnen und Migranten gehört. Um der Vielfalt der Engagementlandschaft gerecht zu werden, wird im Folgenden von einer breiten Definition ausgegangen und daher von migrantischen Organisationen gesprochen.

Die ersten Gründungen von migrantischen Organisationen in Deutschland gehen dabei auf die sogenannte Gastarbeiterzeit zurück. So haben sich angesichts der zunehmenden sozialen Probleme und einer fehlenden staatlichen Integrationspolitik zu dieser Zeit in vielen Städten Westdeutschlands Initiativgruppen und Selbsthilfvereine gegründet. Die Zusammenschlüsse erfolgten zu Beginn häufig auf Basis einer gemeinsamen Sprache und Kultur und innerhalb einzelner Nationalitätengruppen, so dass „in den 70er Jahren [...] alle größeren MigrantInnengruppen aus der Anwerbezeit ihr Organisationswesen“ (Thranhardt/Dieregweiler, 1999: 15) hatten. Es gab von Beginn an aber auch multikulturelle beziehungsweise multinationale Zusammenschlüsse.

Sieht man von verschiedenen politischen Hintergründen ab, war die inhaltliche Ausrichtung der Selbstorganisationen zunächst sehr stark von der einwanderungsgeschichtlichen Situation der Arbeitszuwanderung geprägt. So haben sich viele Selbstorganisationen als „Arbeitervereine“ gegründet, die als Begegnungszentren für ihre Landsleute nach Feierabend fungierten. Mit der zunehmenden Einwanderung kam es jedoch zu einer immer größeren und differenzierteren Landschaft migrantischer Organisationen. Neben Arbeitervereinen haben sich religiöse Zusammenschlüsse gebildet, und es wurden immer mehr Organisationen etabliert, die sich konkret mit den Lebensproblemen der Menschen in Deutschland auseinandersetzten. So gründeten sich zum Beispiel auch Elterninitiativen, die sich um die schulische Situation ihrer Kinder kümmerten, Freizeitvereine und später auch Berufsverbände. Seit den 1990er-Jahren organisierten sich migrantische Organisationen auch immer mehr als Interessenverbände, um Einfluss auf die Politik in Deutschland zu nehmen (vgl. Hunger, 2004). Zuletzt mündete diese Entwicklung in der Gründung eines interkulturellen Wohlfahrtsverbands im Juni 2014 durch eine Gruppe von langjährigen und sehr erfolgreichen migrantischen Selbstorganisationen.

Darüber hinaus haben sich auch migrantische Organisationen gegründet, die sich explizit im entwicklungspolitischen und/oder international humanitären Bereich angesiedelt haben. Ein Beispiel ist ein deutsch-kurdischer Ärzteverein, der regelmäßig humanitäre Hilfe in kurdischen Gebieten im Nahen Osten leistet. Daneben gibt es Vereine, die Hilfsprojekte durch Spendengelder

unterstützen, Patenschaften vermitteln und Stipendien für entwicklungsorientierte Projekte vergeben. Außerdem führen sie Bildungsveranstaltungen im In- und Ausland durch – „von einer Sommersprachschule für kirgisische Kinder auf dem Land bis hin zu Erste-Hilfe-Kursen für Frauen im Nordirak“ (Winterhagen, 2015) –, schaffen im Internet Wissens- und Austauschforen, vergeben Mikrokredite (zum Beispiel an Frauen in Kenia), führen Informationsveranstaltungen, Konferenzen oder Demonstrationen durch und veröffentlichen Publikationen, wie eine Studie von Jenni Winterhagen 2015 im Auftrag der SKEW umfassend darstellt (vgl. Winterhagen, 2015).⁹

Anders als in der Bundesrepublik war in der DDR jede Form der migrantischen Selbstorganisation verboten und fand daher lediglich inoffiziell oder nicht-formalisiert statt. Erst nach der Wiedervereinigung entstanden erste Vereine, die sich für die Verbesserung der Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten und gegen den sich abzeichnenden Rechtsradikalismus einsetzten (vgl. bpb, 2021).

Öffentliche Anerkennung der Leistungen von migrantischen Organisationen

Nachdem die Rolle von migrantischen Organisationen in Wissenschaft und Politik (insbesondere mit Blick auf ihre Integrationswirkung) lange Zeit kritisch gesehen wurde, wird ihr Engagement in den letzten Jahren mehr und mehr anerkannt. Ausschlaggebend war hierfür eine Art Paradigmenwechsel im Umgang mit migrantischen Organisationen in Deutschland, der im Nationalen Integrationsplan 2007 seinen Niederschlag gefunden hat. Unter anderem heißt es dort, dass „vor allem die Unterstützung und Qualifizierung von Migrantinnenorganisationen“ (Bundesregierung, 2016: 21) erforderlich sei, um gleichberechtigte Teilhabe zu gewährleisten. Seitdem das Potenzial von migrantischen Organisationen für die Gesellschaft anerkannt wird, werden vermehrt auch Fördergelder zur Verfügung gestellt (Hunger/ Metzger, 2013).

Eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielte das Strukturförderungsprogramm des BAMF, mit dem seit einigen Jahren auch die Organisationsentwicklung von migrantischen Organisationen gefördert wird. Neben der finanziellen Förderung wird auch eine fachliche Beratung in verschiedenen Bereichen angeboten (BAMF, 2017), was migrantische Organisationen in Deutschland seit langem gefordert haben (vgl. Özer & Keser, 2011). In der aktuellen Förderperiode 2017 bis 2020 werden zudem Organisationen gefördert, die sich im Bereich Migration und Entwicklung engagieren, wie der Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e. V. (VDSH), das Bundesnetzwerk TANG – The African Network of Germany e. V. – oder der Zentralrat der Afrikanischen Gemeinde in Deutschland e. V. (ZAGD).

⁹ Über die hier genannten Beispiele hinaus gibt es noch eine Reihe weiterer Formen und Beispiele entwicklungspolitischen Engagements von migrantischen Organisationen (vgl. Winterhagen, 2015).

Veränderung der Zuwanderungsstruktur

Sensibilisierung von internationalen Zusammenhängen und Interdependenzen

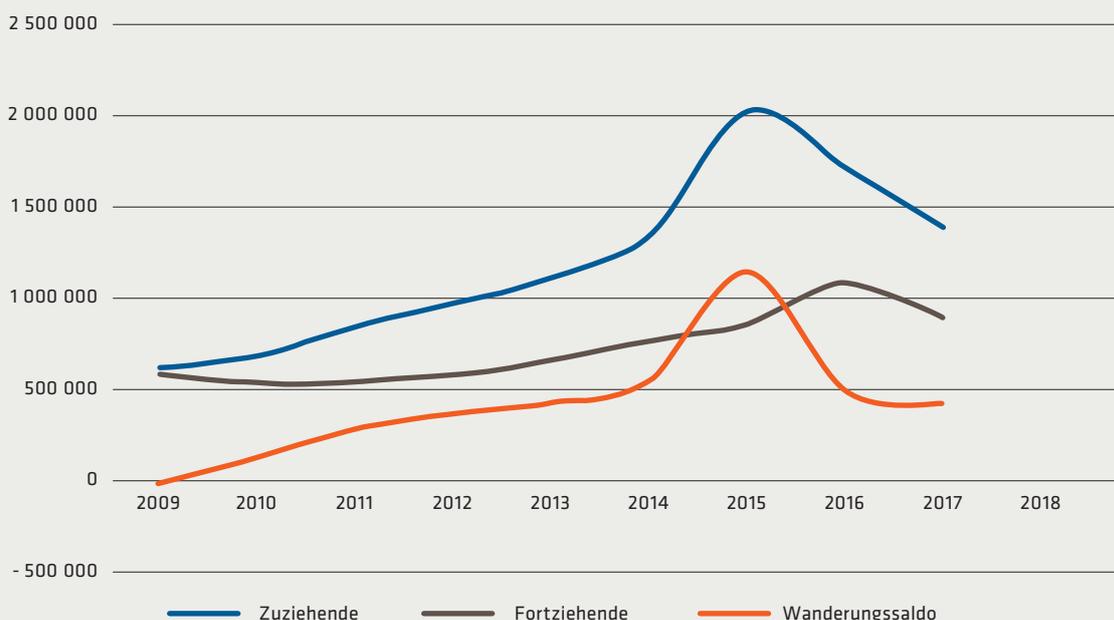
Eine der wichtigsten Veränderungen im Handlungsfeld Migration und Entwicklung in den letzten zehn Jahren betrifft den Bereich Migration selbst. Insbesondere die Fluchtmigration in den Jahren 2014 bis 2017 hat die Bundesrepublik Deutschland und den Blick auf das Thema Migration deutlich verändert. Allein 2015 wanderten mehr als 2 Millionen Menschen in die Bundesrepublik Deutschland ein (BAMF, 2016). Die meisten von ihnen kamen aus Fluchtgründen. Nach Abrechnung der Abwanderungen lag das Wanderungssaldo von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit 2015 noch bei über 1,1 Millionen Menschen (BAMF, 2016). Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kamen so viele Menschen nach Deutschland. Dies hat die Aufmerksamkeit für die Themen Migration, Entwicklungspolitik und Fluchtur-

sachen, aber damit verbunden auch für globale Zusammenhänge wie Klimawandel und Fairer Handel deutlich erhöht und die Dringlichkeit des Handelns vor Augen geführt. Dies gilt insbesondere für die Kommunen, die im Zentrum des Migrationsgeschehens der letzten Jahre standen.

Zuwanderungsstruktur nach Herkunftsländern

Auch sind mit der gestiegenen Zuwanderung neue Zuwanderungsgruppen nach Deutschland gekommen, insbesondere aus Syrien aber auch aus dem Irak, Afghanistan und aus vielen afrikanischen Ländern, die nach wie vor häufig enge Beziehungen zu ihren Herkunftsländern haben (BAMF, 2018) und damit langfristig wichtige Partner in dem Feld darstellen können. Insbesondere die syrische Diaspora in Deutschland ist in den letzten Jahren um ein Vielfaches gewachsen. Ende 2018 lebten über 745.000 Menschen mit

Abbildung 1: Entwicklung der Zu- und Abwanderung von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Deutschland 2009 bis 2017



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des BAMF (2018: 40)

syrischer Staatsbürgerschaft in Deutschland (Statistisches Bundesamt, 2019). Damit ist Syrien zum drittgrößten Herkunftsland ausländischer Staatsangehöriger in Deutschland geworden. Das Durchschnittsalter lag Ende 2018 bei 24,4 Jahren (ebd.). Auch Menschen aus Afghanistan gehören mittlerweile zu den zehn größten Herkunftsnationen in Deutschland. Ende des Jahres 2018 lebten mehr als eine Viertelmillion Menschen afghanischer Herkunft in Deutschland (Statistisches Bundesamt, 2019). Mit 24,7 Jahren ist es eine ähnlich junge Gruppe (Statistisches Bundesamt, 2019), sodass davon auszugehen ist, dass diese Gruppen das Bild der zugewanderten Bevölkerung in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten weiterhin stark prägen werden. Die Gruppe der Irakerinnen und Iraker ist durch die Migration in den letzten Jahren ebenfalls stark gewachsen und umfasst bereits fast eine Viertelmillion Menschen. Sie belegen aktuell Platz elf der größten Herkunftsländer.

Hinzu kommt, dass auch die Zuwanderung von verschiedenen afrikanischen Migrantinnen- und Migrantengruppen in den letzten Jahren stetig angestiegen ist. Ende des Jahres 2018 lebten über 570.000 Menschen mit afrikanischen Staatsangehörigkeiten in Deutschland (Statistisches Bundesamt, 2019). Die Menschen kamen dabei vor allem aus Ländern West- und Ostafrikas (Zuwachs Westafrika zwischen 2014 und 2018: 77 Prozent; zum Vergleich Nordafrika: Zuwachs um 22 Prozent). All die Menschen aus diesen Ländern stellen in Zukunft fraglos ein wichtiges Potenzial für die Entwicklungspolitik dar und kommen sicher für die Kommunen als Partnerinnen und Partner von morgen in Frage.

Tabelle 1: Die häufigsten Staatsangehörigkeiten von Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland 2008 und 2018

2008	2018
Türkei	Türkei
Italien	Polen
Polen	Syrien
Griechenland	Rumänien
Kroatien	Italien
Russische Föderation	Kroatien
Ehem. Serbien und Montenegro ¹⁰	Griechenland
Österreich	Bulgarien
Bosnien Herzegowina	Afghanistan
Serbien (mit und ohne Kosovo) ¹¹	Russische Föderation

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Bundesamtes (2012 & 2019).

¹⁰ Vor 2004 war die Staatsangehörigkeit von „Serbien und Montenegro“ mit der des früheren Jugoslawiens identisch; ab August 2006 werden auch die Staatsangehörigkeiten der beiden Nachfolgestaaten Serbien und Montenegro nachgewiesen. Ab 01.05.2008 wird Kosovo getrennt nachgewiesen. Serbien ist vor und nach Ausgliederung des Kosovo in den Tabellen zusammen ausgewiesen.

¹¹ Siehe vorhergehende Fußnote.

Neue Potenzial für die kommunale Entwicklungspolitik

Ein zentraler Effekt der Migration in den letzten Jahren ist, dass nun auch mehr Kommunen mit dem Thema Migration und Entwicklung in Berührung gekommen sind als noch vor zehn Jahren. Insbesondere das Thema Fluchtursachenbekämpfung und Entwicklung der Herkunftsländer hat an Bedeutung gewonnen, da durch die Migration plötzlich ein Handlungsdruck direkt in den Kommunen wahrgenommen wurde. Dies betrifft vor allem Kommunen in Ostdeutschland, die nun auch mehr zum Zielpunkt von Zuwanderung geworden sind. In den westdeutschen Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen sind die Anteile ausländischer Bevölkerung durch die Zuwanderung seit 2015 ebenfalls noch einmal deutlich angestiegen.

Ehrenamtliches Engagement der Zivilgesellschaft/Entstehung einer neuen Freiwilligenszene

Durch die starke Zuwanderung und den hohen Handlungsdruck ist in den Kommunen eine neue Freiwilligenszene im Kontext von Migration entstanden, die die Kommunen seit dem Jahr 2015 massiv unterstützt hat. Der „Stresstest Zuwanderung“ hat letztlich auch dazu geführt, dass in den Kommunen viele neue interkulturelle Begegnungen stattgefunden haben und neue Netzwerke entstanden sind, die auch Anknüpfungspunkte zum Thema Entwicklungspolitik haben und in Zukunft weiter ausgebaut werden können. Dabei rückte auch das entwicklungspolitische Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte in den Kommunen stärker in den Mittelpunkt. Auf dem Höhepunkt der Fluchtzuwanderung zeigten viele Menschen in Deutschland ein hohes ehrenamtliches Engagement. Menschen mit Migrationsgeschichte wurden verstärkt als Personen wahrgenommen, die beide Seiten der Migration kennen und den Ankommenden so besonders gut helfen können. Daraus erwächst allerdings auch eine zentrale Herausforderung für migrantische Organisationen: Während sie vor der starken Fluchtmigration auf Augenhöhe mit entwicklungspolitischen Partnern arbeiten konnten und sich Sichtbarkeit erarbeitet hatten, wurden die migrantischen Organisationen zuletzt eher auf ihr Herkunftsland im Kontext Flucht reduziert.

Starke Emotionalisierung des Themas

Dies hatte zum Teil auch negative Effekte, da das Thema Migration vielfach sehr emotional und in weiten Teilen der Bevölkerung auch sehr kritisch diskutiert wurde. In der Interviewstudie mit unseren Expertinnen und Experten wurde in diesem Zusammenhang auch die Befürchtung geäußert, dass dies die Weiterentwicklung des Handlungsfeldes Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene in Zukunft in gewisser Hinsicht hemmen könnte. So führe eine zunehmende Emotionalisierung der Themen Migration und Flucht nach Meinung eines unserer Interviewpartner zu einer Rückkehr zu einer eher defizitorientierten Perspektive. Migration und Flucht würden nun mehr als ein Ausdruck einer misslungenen beziehungsweise fehlenden Entwicklung in den Herkunftsländern wahrgenommen. Von „Migration für Entwicklung“ habe sich der Fokus auf „Entwicklung für Migrationsverhinderung“ verschoben.

Fokus Rückkehrmigration

Betrachtet man die Programme, die im Bereich Migration und Entwicklung in den letzten Jahren von den Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit (zum Beispiel BMZ, GIZ) auf den Weg gebracht wurden, so scheint es, als habe sich diese Befürchtung tatsächlich schon teilweise bewahrheitet. So hat sich der Fokus der meisten Programme in diesem Bereich tatsächlich auf die Verhinderung von Migration und parallel dazu auf die Förderung von Rückkehrmigration verschoben. Programme, die die Potenziale der Menschen mit Migrationsgeschichte vor Ort in Deutschland fördern sollen, gibt es zwar immer noch, sie stehen aber nicht mehr so im Vordergrund wie zuvor.

Organisationsentwicklung und Strukturförderung von migrantischen Organisationen

Auch im Bereich der Organisationsentwicklung hat sich in den letzten zehn Jahren viel verändert. So haben sich im Zuge der Neuzuwanderungen neue migrantische Organisationen gebildet, und bereits bestehende haben sich weiter etabliert und ihre Strukturen professionalisiert. Gerade im Kontext der Fluchtmigration haben migrantische Organisationen durch ihren Beitrag insbesondere hinsichtlich der Integration von Geflüchteten an Bedeutung gewonnen.

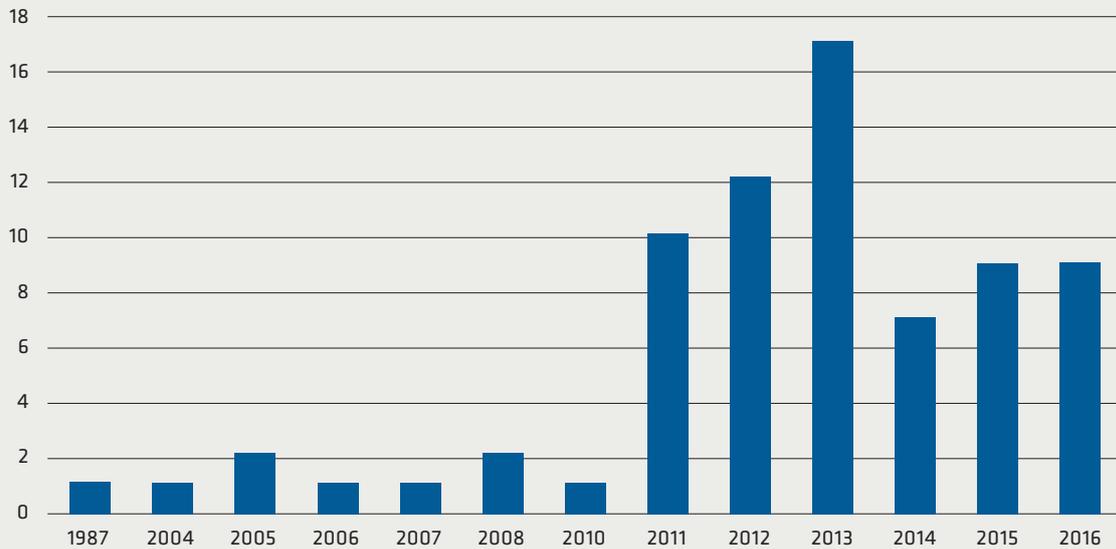
Schon Mitte der 1980er-Jahre bestanden überregionale Vereins- und Organisationsbildungen afrikanischer Migrantinnen und Migranten, die ihre Zentren meist in Hamburg oder Berlin hatten (Warnecke et al., 2007). Die Arbeit der Vereine konzentriert sich vielfach auf entwicklungspolitische Fragen, was zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit von migrantischen Organisationen und Akteurinnen und Akteuren der Entwicklungspolitik bietet. Durch ihr längeres Bestehen können diese Organisationen häufig auf Erfahrungen zurückgreifen. Verbunden mit der vermehrten Zuwanderung aus verschiedenen Ländern in Subsahara-Afrika entstehen an dieser Stelle bedeutende Potenziale für die Entwicklungspolitik. Die teilweise schwierigen Perspektiven im Herkunftsland infolge wirtschaftlicher Krisen machen hier eine Zusammenarbeit im Bereich Migration und Entwicklung sicher naheliegend. Daher liegt derzeit ein Schwerpunkt auf der Professionalisierung und Vernetzung der Organisationen.

Durch die starke Zuwanderung hat sich vor allem die Vereinslandschaft syrischer Migrantinnen und Migranten in Deutschland stark gewandelt. Seit 2011 hat sich die Zahl der Vereinsgründungen in Deutschland sprunghaft erhöht (vgl. Abbildung 2). Bereits zuvor gab es eine Reihe syrischer Vereine, die vor allem von syrischen Studierenden seit den 1980er- und 1990er-Jahren in Deutschland gegründet wurden, die aber vor allem kulturellen Charakter hatten (Hunger et al., 2017). Durch die starke Politisierung im Zuge des arabischen Frühlings und des darauffolgenden Bürgerkriegs

haben sich viele Vereine in ihrem Engagement gewandelt und sind heute wesentlich politischer geworden. Im Zuge der Flüchtlingszuwanderung haben sie intensive Unterstützung bei der Integration der geflüchteten Syrerinnen und Syrer in Deutschland geleistet. In Zukunft wird es darauf ankommen, diese Vereine gewinnbringend in die kommunale Entwicklungspolitik einzubinden.

Wie die meisten migrantischen Organisationen kämpfen aber auch syrische Vereine damit, dass sie fast ausschließlich auf ehrenamtliches Engagement und Spendengelder angewiesen sind. Zudem sind sie in Organisations- und Strukturfragen oft noch unerfahren und erleben bürokratische Vorgaben als große Herausforderungen (Ragab et al., 2017). Aufgrund der Erfahrung, dass in Syrien zivilgesellschaftliche engagierte Organisation jeglicher Art verfolgt wurden, haben syrische Migrantinnen und Migranten oftmals nach wie vor ein Misstrauen gegenüber staatlichen Organisationen (ebd.). Gerade bei ausgebauter Finanzierung durch Professionalisierung der Vereine gibt es hier aber langfristig ein Entwicklungspotenzial.

Ganz ähnlich verhält es sich mit Vereinen von Menschen aus Afghanistan, die für das Handlungsfeld Migration und Entwicklung ebenfalls zu einer wichtigen Gruppe in Deutschland werden können. Die heutigen afghanischen migrantischen Organisationen in Deutschland nutzen bereits ihre Kontakte in die Heimat und sammeln beispielsweise Spenden, die direkt an Projekte vor Ort fließen (Hossaini, 2013). Auch irakische Vereine haben in den letzten Jahren einen enormen Wandel erlebt. Während vor dem Sturz Saddams Husseins 2003 eine Hauptmotivation vieler Organisationen auf dem Widerstand gegen das Baath-Regime Husseins lag, verlagerten sich die Aktivitäten nach dem Regime-Wechsel auf humanitäre Unterstützung (Hunger & Candan, 2017). Migrantische Organisationen unterstützen seitdem intensiv den Wiederaufbau des Landes und helfen bei der gesundheitlichen und sozialen Versorgung der Menschen vor Ort. Viele Rückkehrerinnen und Rückkehrer auch aus Deutschland sind zudem in führenden Positionen vor allem im Nordirak und bekleiden teilweise auch politische Ämter, wie der langjährige Bürgermeister von

Abbildung 2: Neugründungen von syrischen Vereinen 1987-2016

Quelle: Citizens for Syria, 2020.

Erbil, der lange Zeit in Bonn lebte (ebd.). Viele irakische Hilfs- und Menschenrechtsvereine setzen sich zudem in der deutschen Öffentlichkeit für Menschenrechte und Medienfreiheit im Irak ein (ebd.). Der „Verband kurdischer Ärzte“ engagiert sich außerdem bei der Notversorgung in Krisengebieten des Irak, während er sich gleichzeitig für die Integration und gesundheitliche Versorgung von Geflüchteten in Deutschland einsetzt, etwa durch die Erstellung eines kurdisch-sprachigen Impfbuchs (kurdish-doctors.com, 2020).

2.4. KOOPERATION IM BEREICH ENTWICKLUNGSPOLITIK

Wie in der Einleitung bereits ausgeführt, haben sich hier in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren durchaus eine Kultur der Zusammenarbeit und erste Elemente einer soliden Vernetzung zwischen Menschen mit Migrationsgeschichte und Kommunen im Bereich der Entwicklungspolitik ergeben. Bevor wir auf den aktuellen Stand dieser Zusammenarbeit eingehen (vgl. Kapitel 3), wollen wir hier zunächst noch einmal systematisch darstellen, in welchen Bereichen diese Zusammenarbeit bereits stattfindet beziehungs-

weise in Zukunft auch noch verstärkt stattfinden könnte. Dabei orientieren wir uns an den bisherigen Gutachten der SKEW zu diesem Thema, die Zusammenarbeit vor allem in den Bereichen Städtepartnerschaften, Veranstaltungen und Tagungen, Bildungsarbeit im Inland sowie Auslandsprojekte und Vernetzung sehen. Hierbei gehen wir zunächst darauf ein, welche Rolle die SKEW bei der Strukturierung des Arbeitsfeldes und dem Vernetzungsprozess gespielt hat.

Beiträge zur Strukturierung des Feldes

Wie bereits aus der Darstellung der Entwicklung der kommunalen Entwicklungspolitik deutlich wurde, gibt es mit der SKEW eine zentrale Akteurin, die für die Strukturierung des Handlungsfeldes Migration und Entwicklung auf der kommunalen Ebene verantwortlich ist und ihre Angebote im Austausch mit ihrem Programmbeirat, dem zuständigen Referat des BMZ sowie den engagierten kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren stetig weiterentwickelt. Seit 2007 ist „Migration und Entwicklung“ – neben „Global Nachhaltige Kommune“, „Fairer Handel und Faire Beschaffung“ sowie „Kommunale Partnerschaften und internationale entwicklungspolitische Kommunalbeziehungen“ – eines von vier Schwerpunktthemen. Während es bei den anderen Schwerpunktthemen darum geht, die Kommunen darin zu unterstützen, ihre Themen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung vor Ort umzusetzen, sie über ihre Möglichkeiten zum Beispiel im Bereich Fairer Handel aufzuklären und zu beraten, internationale Partnerschaften (etwa zum Thema „Kommunale Klimapartnerschaften“) und internationale Fachaustausche zu initiieren und umzusetzen, geht es im Schwerpunktthema „Migration und Entwicklung“

darum, die Zusammenarbeit von Kommunen mit Menschen mit Migrationsgeschichte beziehungsweise migrantischen Organisationen systematisch zu fördern. Die kommunale Ebene ist näher an den Menschen als alle anderen politischen Ebenen (s.o.), deshalb kann man davon ausgehen, dass die Kommune auch für Menschen mit Migrationsgeschichte ein wichtiger Bezugspunkt in ihrem Leben in Deutschland ist.

Die Aktivitäten der SKEW konzentrierten sich dabei in den Anfangsjahren darauf, erst einmal ein interkulturelles Bewusstsein in den Kommunen zu schaffen (Winterhagen, 2015). Im Rahmen des ab 2007 durchgeführten Pilot-Projekts „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“ wurden außerdem exemplarisch anhand von fünf Modellkommunen (Bonn, München, Leipzig, Kiel und Kreis Düren) die Potenziale der Zusammenarbeit von entwicklungspolitisch aktiven Menschen mit Migrationsgeschichte und anderen kommunalen Akteursgruppen der Entwicklungspolitik ausgelotet. Dies wurde dokumentiert und anschließend in dem Praxisleitfaden „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“ dargestellt (Engagement Global, 2010).



Brainstorming zum Thema Kommunale Entwicklungspolitik © EG/SKEW

Im Zuge der allgemeinen Stärkung der kommunalen Entwicklungspolitik diversifizierte sich das Angebot der SKEW in den Folgejahren. Basierend auf dem Austausch mit Stakeholdern aus Kommunen und Zivilgesellschaft entstanden verschiedene Angebote, durch die Kommunen individuell begleitet werden können sowie die Möglichkeit zum regionalen und bundesweiten Erfahrungsaustausch erhalten.

Netzwerkarbeit

Beim Aufbau eines offenen Netzwerks interessierter und engagierter Kommunen sind vor allem die seit mittlerweile zehn Jahren stattfindenden bundesweiten und die etwas neueren regionalen Netzwerktreffen zentral. Die Netzwerktreffen bringen bundesweit und auf regionaler Ebene Akteurinnen und Akteure aus Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik, migrantischen Organisationen und Eine-Welt-Vereinen miteinander ins Gespräch und ermöglichen so einen kollegialen Austausch zu praxistauglichen Ideen, Handlungsansätzen und Projekten. Die Treffen verknüpfen aktuelle entwicklungspolitische Themen mit dem Handlungsfeld Migration und Entwicklung und ermöglichen den Teilnehmenden Zugang zu Informationen über themenrelevante Erfahrungen, Projekte und Akteurinnen und Akteure aus staatlicher Entwicklungspolitik und zivilgesellschaftlichen Organisationen.¹²

Neben den Netzwerktreffen wurden zudem Fachtage zur Vertiefung verschiedener Themen durchgeführt und parallel eine Datenbank mit interessierten Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgebaut, auf der, wie bereits aufgezeigt, auch die im Folgenden dargestellten Ergebnisse der empirischen Untersuchung fußen.

Eine vertiefte Beschäftigung mit dem Handlungsfeld wurde entwicklungspolitisch aktiven Kommunen über individuell auf sie zugeschnittene Angebote ermöglicht. Durch die Recherche der lokalen Akteurslandschaft (Bestandsaufnahmen) können sie sich einen Überblick über entwicklungspolitisch Aktive vor Ort verschaffen und die Vernetzung zwischen Kommunalverwaltung, migrantischen Organisationen und Eine Welt-Engagierten fördern.

Im Rahmen des Projekts „MiGlobe – Neue Chancen für die kommunale Entwicklungspolitik“ begleiten entwicklungspolitisch erfahrene migrantische Akteurinnen und Akteure Kommunen, die sich interkulturell öffnen und neue Perspektiven entwickeln wollen. Sie unterstützen Kommunen so dabei, ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten vielfältiger auszurichten und mit einer größeren migrantischen Beteiligung zu gestalten.¹³ Auch wenn diese beiden Angebote seit 2021 nicht mehr explizit zur Verfügung stehen, bietet die SKEW weiter Unterstützungsangebote zur lokalen Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren in Kommunen an.

12 Vgl. zum Beispiel <https://skew.engagement-global.de/netzwerk-migration-und-entwicklung.html>
 13 Vgl. <https://skew.engagement-global.de/miglobe.html>



In Bezug auf die weitere Bekanntmachung beziehungsweise Sensibilisierung für das Thema spielt der seit 2014 ausgelobte SKEW-Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ eine zentrale Rolle. In diesem Rahmen wird alle zwei Jahre das entwicklungspolitische Engagement von Kommunen prämiert, die mit migrantischen Organisationen und anderen Eine-Welt-Akteurinnen und -Akteuren zusammenarbeiten. So wird zum einen das Engagement in den Kommunen sichtbar gemacht und honoriert und zum anderen werden auch andere Kommunen auf die Potenziale der Zusammenarbeit mit Menschen mit Migrationsgeschichte aufmerksam gemacht.¹⁴

Projekte im Kontext von Flucht und Vertreibung

Angesichts der Fluchtmigration wurde in 2014 ein weiterer Schwerpunkt zum Thema „Geflüchtete in der kommunalen Entwicklungspolitik“ ins Leben gerufen. Im Zuge dessen wurden verschiedene Vernetzungs- und Kooperationsformate durchgeführt, die Geflüchtete als Akteurinnen und Akteure und das Thema Flucht in die kommunale Entwicklungspolitik einführten. Auch wenn dieser Schwerpunkt 2019 zurückgefahren wurde, stehen die Erfahrungen und erarbeiteten Ansätze in Form von unterschiedlichen Veröffentlichungen zur Verfügung.¹⁵ Zu diesem Schwerpunkt gehört auch das Projekt „Qualifizierung von syrischen Geflüchteten in deutschen Kommunalverwaltungen“, das im Rahmen der Initiative „Kommunales Know-How für Nahost“¹⁶ des BMZ durchgeführt wird. Im Rahmen des Programms können syrische Geflüchtete ein sechs- bis zwölfmonatiges Praktikum in deutschen Kommunen absolvieren und dabei Erfahrungen in der deutschen Verwaltung sammeln, die später bei einem zukünftigen Wiederaufbauprozess in Syrien eingebracht werden können.

14 Vgl. <https://skew.engagement-global.de/wettbewerb-kommune-bewegt-welt.html> sowie die Dokumentationen der bisherigen Wettbewerbsdurchgänge (z.B. Engagement Global 2019).

15 Vgl. Engagement Global 2017; Engagement Global 2017a, Engagement Global 2019a.

16 Vgl. Initiative Kommunales Know-How für Nahost. (2019): <https://www.initiative-nahost.de/de/qualifizierung-von-gefluechteten-in-deutschland.html>



Exemplarische Bereiche der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene

Schaut man sich die Bereiche an, in denen Kommunen konkret mit Menschen mit Migrationsgeschichte beziehungsweise migrantischen Organisationen zusammenarbeiten, fällt die große Bandbreite der Kooperationsebenen auf. Sie reicht von Maßnahmen im Bereich Klimaschutz, Umwelt und Nachhaltigkeit, Fairer Handel, entwicklungspolitische Bildungsarbeit, Friedensarbeit/Konfliktbewältigung, Menschenrechte, humanitäre Hilfe, Gesundheitsförderung über Städtepartnerschaften und die Förderung von Rücküberweisungen (Remittances) bis hin zur Förderung der sozialen Teilhabe von Menschen mit Migrations- und/oder Fluchtbezug in der Kommune durch interkulturelle Begegnungen.

Tagungen, Veranstaltungsreihen und Feste

Ein wichtiges und wachsendes Format der Zusammenarbeit sind dabei gemeinsam veranstaltete Tagungen und Feste, bei denen kommunale Vertretungen mit der Zivilgesellschaft zusammenkommen. Ein beliebtes Format sind „Afrikatage“, die in mehreren Städten und Gemeinden veranstaltet werden. Dabei kommen verschiedene Gruppen (zum Beispiel Schulen, Vereine, Stadtverwaltung) zusammen, um sich mit dem Thema Entwicklungszusammenarbeit und Afrika auseinanderzusetzen. Neuerdings werden auch interkulturelle Feste, die sich bereits seit Jahren im Kontext der kommunalen Integrationsarbeit etabliert haben, mit Umweltthemen verbunden, wie jüngst in der Stadt Münster (Interview mit der Stadt Münster). Ein anderes Beispiel sind die „Fairen interkulturellen Wochen“ in Ingelheim (vgl. Engagement Global, 2019).

Des Weiteren gibt es Veranstaltungsreihen, in denen in der Stadt wohnende Menschen mit Migrationsgeschichte über entwicklungspolitische Themen aus ihren Herkunftsländern berichten. Diese Veranstaltungen schaffen Räume der Begegnung und des Austausches von Gruppen, die bisher nur wenig Berührungspunkte hatten. Aus diesen zunächst losen Begegnungen sind nicht selten konkrete Pläne für gemeinsame Projekte entstanden. Die Stadt Dortmund richtet zu diesem Zweck seit vielen Jahren einen „Diverse-City“-Kongress aus (vgl. Engagement Global, 2017). Auch in unseren Interviews wurde auf viele Beispiele verwiesen, wie auf die interkulturellen Wochen in Konstanz oder auf die Kulturfeste in Greifswald.

Informations- und Bildungsarbeit

Ein weiteres wichtiges Kooperationsfeld ist die Informations- und Bildungsarbeit. So finden bereits in einer Reihe von Städten gemeinsam mit migrantischen Organisationen organisierte Veranstaltungen zu den Themen globale Gerechtigkeit, etwa zum Thema faire Herstellung von Produkten und Fairer Handel oder Nachhaltigkeit und Entwicklung, statt. Dabei wird oftmals von in der Stadt lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte, nicht selten Geflüchteten, über Fälle aus eigener Anschauung berichtet. Teilweise werden auch Mitglieder aus Partnerorganisationen aus dem Ausland in die Städte eingeladen, um vor Ort „aus erster Hand“ zu berichten. „Dieser persönliche Zugang wirkt authentisch und birgt beachtliches Bildungs- und Mobilisierungspotenzial“, wie es in der Laudatio zu einem von der



Kommunalen Partnerschaften
© Jakob Kohlbrenner

SKEW ausgezeichneten Projekt zu „Erzählcafés“ heißt (vgl. Engagement Global, 2019). In anderen Städten finden regelmäßig Bildungsveranstaltungen in Eine-Welt-Läden statt, die von lokalen migrantischen Organisationen mit organisiert werden. Ein weiteres Beispiel ist die Initiative „faire Moscheen“, bei der sich Moscheen mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinandersetzen (FSI Forum für soziale Innovation, 2019).

In unseren Interviews wurde darüber hinaus beispielsweise auf die Veranstaltung „Diaspora im Aufbruch“ in Frankfurt am Main verwiesen, bei der migrantische Akteurinnen und Akteure ihr vielfältiges entwicklungspolitisches Engagement präsentierten. Ein weiteres Beispiel ist eine Veranstaltungsreihe der Stadt Schweinfurt, bei der internationale Studierende Vorträge über ihre Heimatländer an verschiedenen Schulen in der Stadt halten (Interview mit der Stadt Schweinfurt). Ferner lässt sich als Beispiel der Einbindung auch die Wanderausstellung „An(ge)kommen. Augenblicke. Begegnungen. Geschichte(n)“ nennen, die die Themen Flucht und Fluchtursachen thematisiert und maßgeblich durch Geflüchtete gestaltet wurde. Diese Ausstellung wurde in Stuttgart entwickelt und wurde bereits in verschiedenen Städten in Baden-Württemberg präsentiert (Forum der Kulturen, 2020).

Flyer zur Wanderausstellung „An(ge)kommen. Augenblicke. Begegnungen. Geschichte(n)“ des Forums für Kulturen Stuttgart e. V.
© Forum der Kulturen e. V.

Städtepartnerschaften

Auch der klassische Bereich der kommunalen Städtepartnerschaften (vgl. oben) ist ein wachsendes Feld der Zusammenarbeit mit Menschen mit Migrationsgeschichte. So ist hier die Idee, dass eine neue Generation von Städtepartnerschaften ins Leben gerufen werden kann, die auf den Kontakten und Beziehungen von in der Stadt lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte basieren und aufbauen kann. Waren Städtepartnerschaften früher oftmals mit dem Gedanken der politischen Aussöhnung (insbesondere mit den ehemals verfeindeten Nachbarn) verbunden, so können heute Partnerschaften auf den Migrationserfahrungen einer multikulturellen Bevölkerung fußen. So wurde – auch im Rahmen unserer Studie – immer wieder von aktiven Menschen in den Städten berichtet, die Verbindungen in Städte hergestellt haben, aus denen sie ursprünglich stammen und mit denen jetzt eine Partnerschaft vereinbart wurde, die teilweise schon seit mehreren Jahre besteht.





Austausch zur interkulturellen Öffnung der kommunalen Entwicklungspolitik in Köln
© Martin Scherag

Schließlich werden auch gemeinsame Auslandsprojekte in Kooperation mit Menschen mit Migrationsgeschichte beziehungsweise migrantischen Organisationen durchgeführt. Hierbei kann es sich um Projekte handeln, die ursprünglich von der Kommune getragen und finanziert wurden und zu denen Menschen mit Migrationsgeschichte beitragen. Teilweise geht auch die Initiative von den Menschen mit Migrationsgeschichte aus. Beispiele für Projekte reichen von humanitären Spendensammlungen in den Kommunen bis hin zu langjährig angelegten Projekten im Ausland (etwa in Afghanistan), aus dem Menschen aus der entsprechenden Stadt stammen (vgl. Engagement Global, 2017).

Strukturbildung und Vernetzung

Darüber hinaus etablieren sich in immer mehr Städten feste Strukturen der Zusammenarbeit von Kommunen mit Menschen mit Migrationsgeschichte und ihren Organisationen. Dies kann von eher losen Strukturen wie informellen Konsultationen oder unregelmäßig stattfindenden Runden Tischen reichen bis hin zu regelmäßig stattfindenden Vernetzungstreffen und klar definierten Zuständigkeiten innerhalb der Kommunalverwaltung.

Im Rahmen des seit 2016 bestehenden Angebots „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ wird aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ein Zuschuss für Personalressourcen für kommunales entwicklungspolitisches Engage-

ment vergeben. Hierdurch ergeben sich auch für die Zusammenarbeit mit Menschen mit Migrationsgeschichte und migrantischen Organisationen neue Impulse und Möglichkeiten zur Verstärkung der Kooperation. Ferner haben immer mehr Kommunen ein Leitbild zur Nachhaltigen Kommune entwickelt oder einen Ratsbeschluss zum Thema Fairer Handel und Nachhaltigkeit getroffen. Zudem hat auch eine wachsende Zahl an Kommunen die Musterresolution „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ unterzeichnet. In einigen Kommunen waren hierbei auch Menschen mit Migrationsgeschichte beteiligt, wie etwa in Mannheim (vgl. Engagement Global, 2019).

Eine verbindende Rolle spielen hierbei häufig Integrationsräte beziehungsweise Ausländerbeiräte, die die Einbindung migrantischer Akteursgruppen erleichtern und Kontakte herstellen können. Auch die Förderung von migrantischen Organisationen ist ein wichtiges Thema, das in einigen Kommunen bereits aufgegriffen wurde, auch mit Blick auf entwicklungspolitische Kompetenzen und Kooperationspotenzial. Ein Leuchtturmprojekt ist in diesem Zusammenhang das „Haus der Vielfalt“ in Dortmund, das seit 2008 Heimat für rund 50 Dortmunder Vereine ist, darunter auch viele, die entwicklungspolitisch aktiv sind. Das Haus selbst wird vom Verband der Migrantenorganisationen in Dortmund (VMDO) betrieben, der von der Kommune gefördert und unterstützt wird. Im Folgenden wollen wir sehen, wie weit diese Strukturen und Kooperationsansätze verbreitet sind.

3. STAND DER ZUSAMMENARBEIT VON KOMMUNEN UND MENSCHEN MIT MIGRATIONSGESCHICHTE

Online-Umfrage unter Kommunen

Wie sieht also der aktuelle Stand der Zusammenarbeit von Kommunen mit migrantischen Organisationen aus? Nachfolgend wollen wir diese Frage anhand der Ergebnisse aus unserer Online-Umfrage und den von uns durchgeführten Interviews beantworten. Es ist zu betonen, dass die präsentierten Daten dabei nicht bundesweit repräsentativ sind, sondern nur einen Ausschnitt der kommunalen Wirklichkeit abbilden. So bezieht sich die Umfrage nicht auf alle Kommunen in Deutschland, sondern nur auf diejenigen, die schon einmal im Rahmen von Projekten oder Veranstaltungen mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt im Themenfeld Migration und Entwicklung in Kontakt waren. Die Daten stammen dabei aus einer Datenbank der SKEW, die sie seit der Einrichtung des Handlungsfelds Migration und Entwicklung 2007 aufgebaut und gepflegt hat. Sie umfasst sowohl Mitarbeitende im Bereich „Integration“ (zum Beispiel Integrationsbeauftragte, Flüchtlingsbeauftragte) als auch Mitarbeitende im Bereich „Entwicklungspolitik“ beziehungsweise „Internationales“ (zum Beispiel Städtepartnerschaften) sowie weitere Funktionstragende wie Gleichstellungsbeauftragte. Hierfür wurden insgesamt 765 Kommunalvertreterinnen und -vertreter aus 318 Kommunen angeschrieben, von denen 156 Personen an der Umfrage teilgenommen haben.¹⁷

Online-Umfrage unter zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren

Parallel dazu wurde auch eine Online-Umfrage unter zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren durchgeführt, die ebenfalls einen Zugang über Veranstaltungen oder im Rahmen von Projekten zum Handlungsfeld Migration und Entwicklung innerhalb der SKEW hatten und wie die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter in der Datenbank der SKEW geführt werden. Dabei handelt es sich sowohl um migrantische als auch um nicht-migrantische Akteursgruppen wie Eine-Welt-Gruppen.¹⁸ Dabei ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass diese Gruppen nicht unbedingt aus denselben Kommunen stammen wie die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter in unserer Studie, es sich also um zwei voneinander unabhängige Grundgesamtheiten handelt. Bei den Befragten aus der Zivilgesellschaft wurden insgesamt 882 Organisationen beziehungsweise Einzelpersonen angeschrieben, wobei schließlich 103 an der Umfrage teilnahmen.¹⁹

17 Die Kommunen wurden per E-Mail kontaktiert und um Teilnahme gebeten, wobei 77 E-Mails nicht zugestellt (Fehlermeldung, nicht mehr im Dienst) oder nicht rechtzeitig bearbeitet werden konnten (längere Abwesenheit etc.), so dass letztendlich 688 Kommunen in die Befragung miteinbezogen werden konnten, was einer Rücklaufquote von knapp 22 Prozent entspricht. Allerdings haben nicht immer alle teilnehmenden Kommunen alle Fragen vollständig beantwortet oder sind vorzeitig aus der Umfrage ausgestiegen (Dropout). Als Grund hierfür wurden vor allem technische Probleme berichtet. Einigen war auch der Fragebogen zu lang und damit zu zeitaufwändig. Die Umfrage wurde mit Survey-Monkey durchgeführt und war vom 07.10. bis zum 4.11.2019 online.

18 Die Unterscheidung in migrantische und nicht-migrantische Organisationen erweist sich in der Praxis allerdings in verschiedener Hinsicht als problematisch. Im Kontext von Migration und Entwicklung sind migrantische Organisationen auch häufig im Bereich Integration tätig oder betrachten sich als Eine-Welt-Akteurinnen und -Akteure. In der Erhebung wurde auf eine strikte Klassifizierung der jeweiligen Akteurinnen und Akteure daher verzichtet, sodass diese unter dem Terminus „zivilgesellschaftliche Organisationen“ subsummiert wurden. Die Einordnung als migrantische Organisation und/oder als Eine-Welt-Akteur erfolgte lediglich durch eine Selbstzuschreibung.

19 Die entspricht einer Rücklaufquote von knapp 12 Prozent. Dabei ordneten sich die Befragten selbst entweder als Einzelperson (n=28), als Eine-Welt-Akteur (n=18) und/oder als zivilgesellschaftliche Organisation mit (n=24) und ohne Migrationshintergrund ein (n=44). Von allen Befragten aus der Zivilgesellschaft, die die Umfrage beantwortet haben, gaben 69,3 Prozent an, dass sie in den letzten 12 Monaten selbst entwicklungspolitische Projekte durchgeführt haben. Die Befragung dieser Akteurinnen und Akteure erfolgte ebenfalls per Survey-Monkey und war vom 21.10. bis 10.11.2019 online.

Ergänzende Interviews mit Expertinnen und Experten

Ergänzend dazu wurde, wie in der Einleitung schon angesprochen, eine qualitative Interviewstudie mit zentralen Expertinnen und Experten im Handlungsfeld Migration und Entwicklung durchgeführt. Hierbei handelte es sich vor allem um Vertreterinnen und Vertreter von Kommunalverwaltungen, der kommunalen Spitzenverbände und migrantischer Organisationen, inklusive der Dachverbände, Vertreterinnen und Vertreter der Eine-Welt-Landesnetzwerke und einiger Fachpromotorinnen und -promotoren zum Thema Migration/Flucht, Experten und Expertinnen aus Bundesministerien sowie Durchführungsorganisationen der staatlichen Entwicklungspolitik wie GIZ/CIM und der SKEW selbst. Die Gesprächspartnerinnen und -partner wurden so ausgewählt, dass eine größtmögliche Vielfalt an Perspektiven, Handlungsansätzen und Aktivitäten abgedeckt

wurde. Dies galt nicht nur für die institutionellen Ebenen, sondern auch für die regionale Verteilung im Bundesgebiet. Insgesamt wurden 26 Interviews durchgeführt. Eine Tabelle mit einem entsprechenden Überblick zu den befragten Personen und ihren Tätigkeitsfeldern befindet sich im Anhang.²⁰

Im Folgenden werden die Ergebnisse nach den Bereichen „Einschätzung des gegenwärtigen Stellenwerts des Ansatzes in den Kommunen“, „Wahrnehmung der konkreten Zusammenarbeit“ und „Strukturelle Verankerung in den Kommunen“ dargestellt. Wir hoffen, dadurch einen Einblick in den gegenwärtigen Stand der Zusammenarbeit von Kommunen und migrantischen Akteurinnen und Akteuren in Deutschland zu geben, auch wenn, das sei an dieser Stelle wiederholt, die Ergebnisse nicht repräsentativ sind.

20 Die Interviews waren durch Gesprächsleitfäden teilstandardisiert. Gegenstand der Gespräche waren insbesondere institutionelle Zusammenhänge des Handlungsfeldes Migration und Entwicklung und Verknüpfungen und Überschneidungen des Handlungsfeldes Migration und Entwicklung mit dem Handlungsfeld Integration. Zudem standen auch Fragen nach der Wirkung und Messung des entwicklungspolitischen Beitrages migrantischer Akteurinnen und Akteure im Mittelpunkt. Die Interviews wurden persönlich und telefonisch durchgeführt, auf Tonband aufgenommen, anschließend protokolliert und nach den Maßgaben der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (1991) ausgewertet. Beide Teilstudien wurden im Verfahren der Methodentriangulation am Ende der Studie zusammengeführt.

3.1. BEDEUTUNG MIGRANTISCHER BETEILIGUNG

36

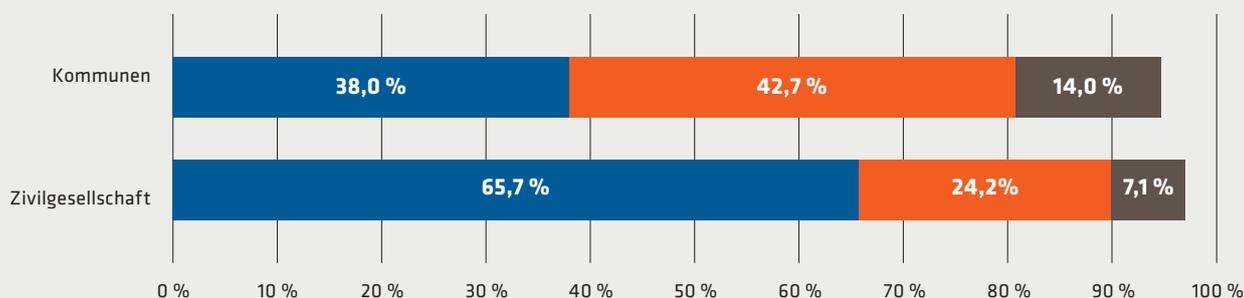
Stellenwert in Deutschland

In einem ersten Frageblock wurden die Teilnehmenden aus Kommunalverwaltungen und Zivilgesellschaft in der Online-Umfrage um ihre generelle Einschätzung der Bedeutung migrantischer Beteiligung bei der kommunalen Entwicklungspolitik in Deutschland gebeten. Dabei zeigte sich, dass die beide Gruppen die Beteiligung migrantischer Akteurinnen und Akteure insgesamt als sehr wichtig einschätzen, wobei die Zivilgesellschaft der Zusammenarbeit noch eine etwas größere Bedeutung zumisst. So bewerteten hier knapp zwei Drittel (65,66 Prozent) der Befragten die Beiträge migrantischer Akteurinnen und Akteure als sehr wichtig (Kommunen: 38,0 Prozent) und ein weiteres knappes Viertel als wichtig (Kommunen: 42,7 Prozent).

Einschätzung in der eigenen Kommune

Darüber hinaus wurden die Kommunen um Angaben gebeten, in welchem Umfang migrantische Akteurinnen und Akteure in ihren eigenen Kommunen bereits an entwicklungspolitischen Maßnahmen beteiligt sind (Abb. 4). Hier wird deutlich, dass die Situation in den eigenen Kommunen sehr unterschiedlich ist: 21 Prozent gaben an, dass der Anteil von migrantischen Akteurinnen und Akteuren an den entwicklungspolitischen Aktivitäten ihrer Kommune bereits „einen wichtigen Anteil“ ausmache, 11 Prozent gaben an, dass migrantische Akteurinnen und Akteure bereits eine große Rolle spielen. 16 Prozent sagten, dass der Bereich nicht unbedeutend sei, und knapp drei Prozent sagten sogar, dass die Arbeit mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren bereits (fast) der wichtigste Bereich sei.²¹ Demgegenüber sagten etwas mehr als 20 Prozent, dass der Bereich noch klein, aber wachsend sei, und weitere rund 22 Prozent, dass er verschwindend gering sei. 7 Prozent machten keine Angabe.

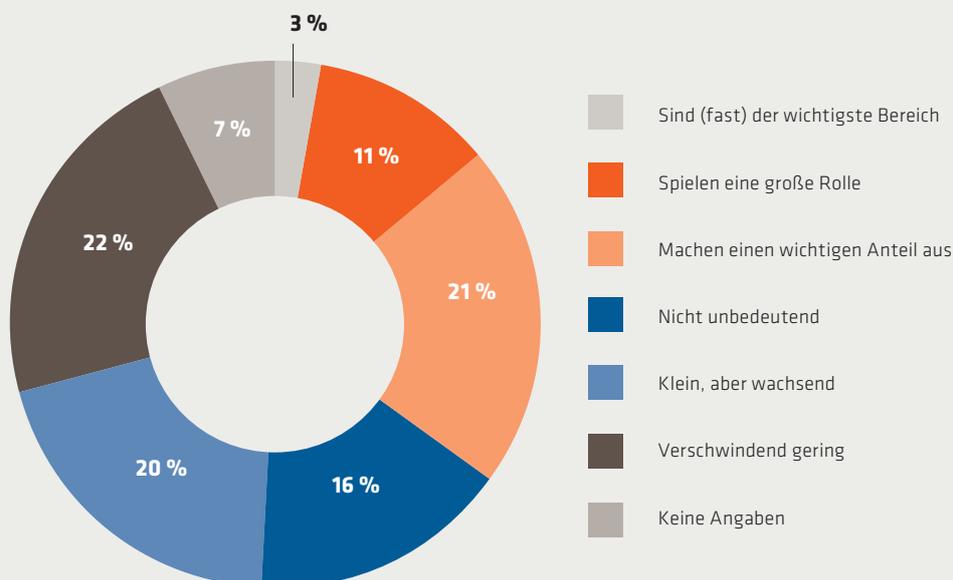
Abbildung 3: Für wie wichtig schätzen Sie im Allgemeinen die Beteiligung und die Beiträge von migrantischen Akteurinnen und Akteuren in der kommunalen Entwicklungspolitik ein?



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n=150; Zivilgesellschaft: n = 99).

²¹ Eine weiterführende Priorisierung migrantischer Akteurinnen und Akteure wurde in den Interviews zudem des Öfteren gefordert. Nach Meinung eines Interviewpartners sollten sie „maßgeblich mit ins Boot geholt werden“, wenn nicht sogar zu den Hauptakteurinnen und -akteuren in dem Feld werden. Sie würden „die Problemlagen einfach am besten kennen“. Auch von migrantischer Seite wurde diese Einschätzung bestätigt. Migrantinnen und Migranten sollten demnach zu den zentralen Akteurinnen und Akteuren in dem Feld werden, „um das Thema Entwicklungspolitik voranzubringen innerhalb der Kommunen.“

Abbildung 4: Wie schätzen Sie den Anteil der Aktivitäten mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren an den Aktivitäten der kommunalen Entwicklungspolitik Ihrer Kommune ein?



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 108).

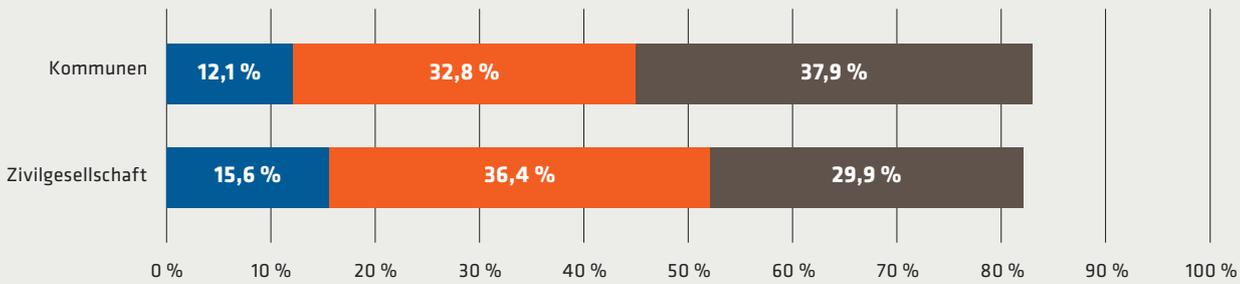
Gefragt nach ihrer Einschätzung der Veränderungen in dem Feld in den letzten zehn Jahren zogen sowohl die Kommunen als auch die Zivilgesellschaft ein positives Fazit. Aus der Sicht hat sowohl die Bedeutung kommunaler Entwicklungspolitik als auch die Bedeutung migrantischer Akteurinnen und Akteure in der kommunalen Entwicklungspolitik mehrheitlich zugenommen. Gleiches gilt auch für die Bereitschaft der Kommunen, mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren zusammenzuarbeiten, und die Motivation zur Zusammenarbeit auf Seiten der Menschen mit Migrationsgeschichte, wobei jede Seite bei sich eine noch größere Veränderung sieht.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang zudem, dass die meisten Kommunen, die an der Umfrage teilgenommen haben, in den letzten zehn Jahren mit Aktivitäten im Handlungsfeld Migration und Entwicklung begonnen haben (vgl. Abb. 6). Allerdings gibt es auch einige Kommunen, die angaben, schon seit Jahrzehnten in dem Themenbereich engagiert zu sein. Dabei ist eine überwältigende Mehrheit der befragten Kommunen (73,5 Prozent) durch den Bereich der kommunalen Integrationspolitik mit dem Handlungsfeld Migration und Entwicklung in Berührung gekommen (vgl. Abb. 7). Etwas mehr als die Hälfte der Befragten gab zudem an, durch die SKEW auf das Thema aufmerksam geworden zu sein. Auch in den Interviews bestätigte sich der positive Trend hinsichtlich der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik: „Immer mehr Kommunen entdecken den Bereich Migration und Entwicklung. Auf jeden Fall gab es eine positive Entwicklung“, wie es einer unserer Interviewpartner zusammenfasste.

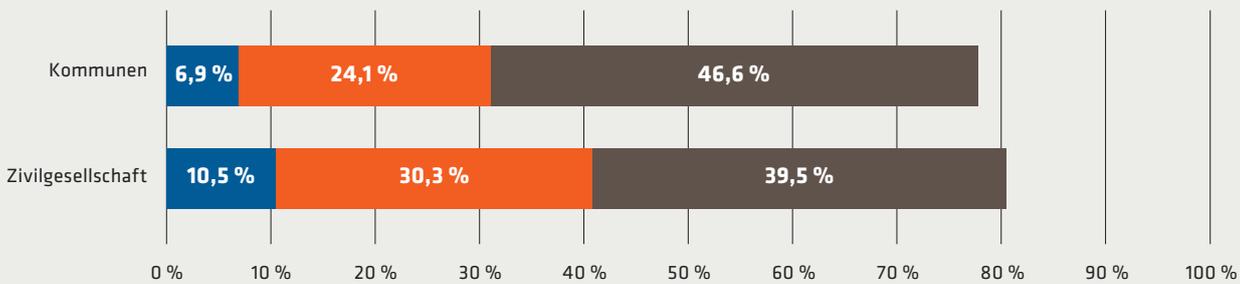
Abbildung 5: Wie beurteilen Sie die Entwicklungen im Bereich Migration und Entwicklung in Ihrer Kommune? In den letzten zehn Jahren ...

sehr zugenommen zugenommen eher zugenommen

... hat die Bedeutung kommunaler Entwicklungspolitik ...



... hat die Bedeutung migrantischer Akteurinnen und Akteure in der kommunaler Entwicklungspolitik ...



... hat die Bereitschaft zur Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in den Kommunen...

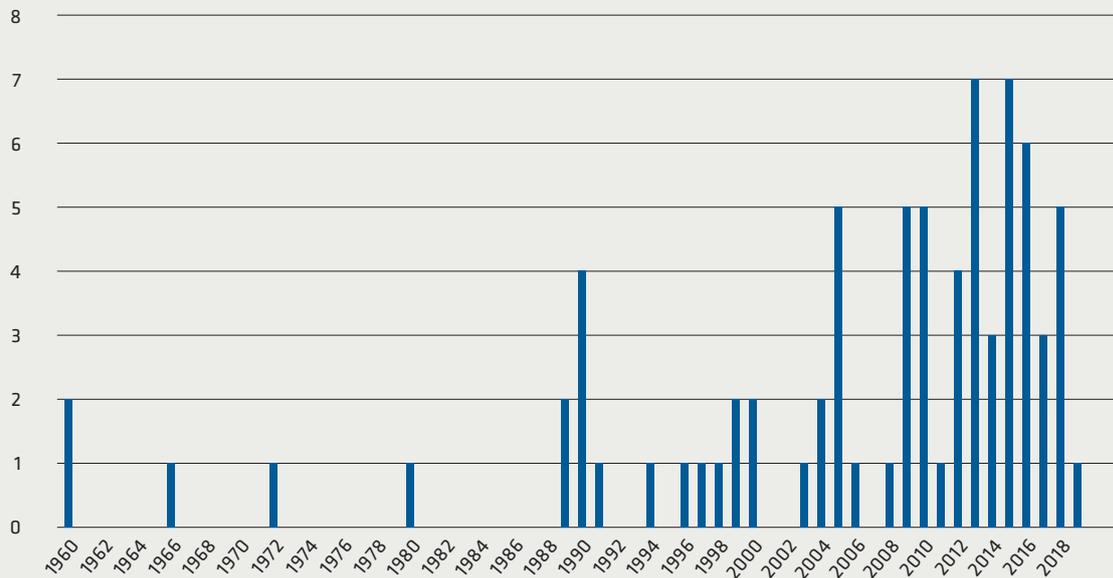


... hat die Motivation der migrantischen Akteurinnen und Akteure, sich an kommunaler Entwicklungspolitik zu beteiligen...



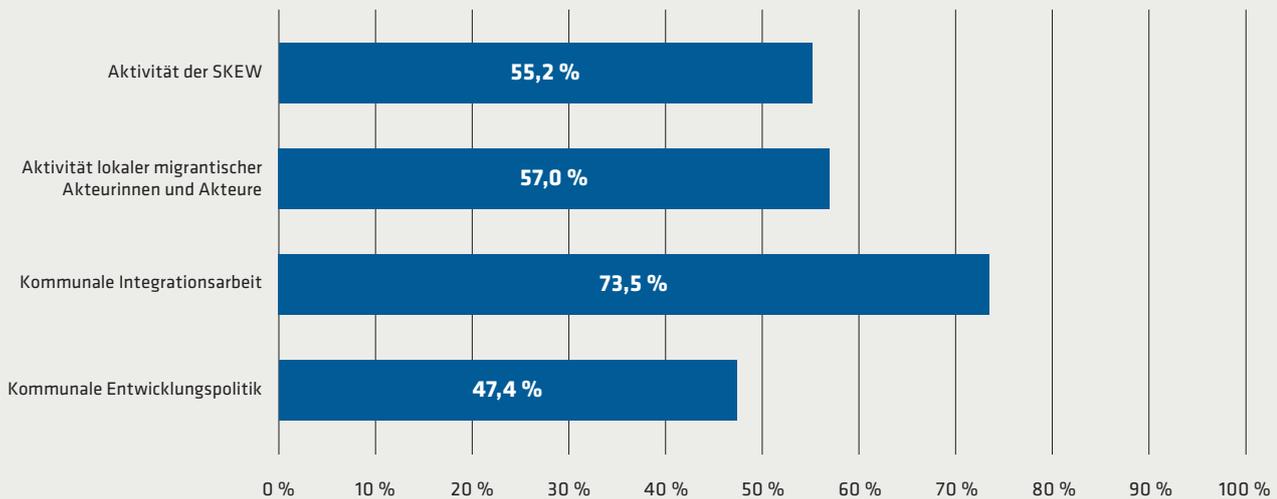
Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n=58; Zivilgesellschaft: n = 77).

Abbildung 6: Seit wann ist Ihre Kommune im Handlungsfeld Migration und Entwicklung tätig?



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 77).

Abbildung 7: Wodurch sind Sie auf das Handlungsfeld Migration und Entwicklung aufmerksam geworden? (Mehrfachantworten möglich)



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 91).

Pläne

Mit Blick auf die Weiterentwicklung der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik zeigte sich in der Online-Umfrage zudem, dass eine Mehrheit der Kommunen plant, migrantische Akteurinnen und Akteure zukünftig noch stärker an der kommunalen Entwicklungspolitik zu beteiligen: 13,9 Prozent der befragten Vertretenden von Kommunen gaben an, dass es hierzu in ihrer Kommune bereits konkrete Pläne gebe, weitere 40,7 Prozent beantworteten die Frage dahingehend, dass sie dies „gerne tun würden“.

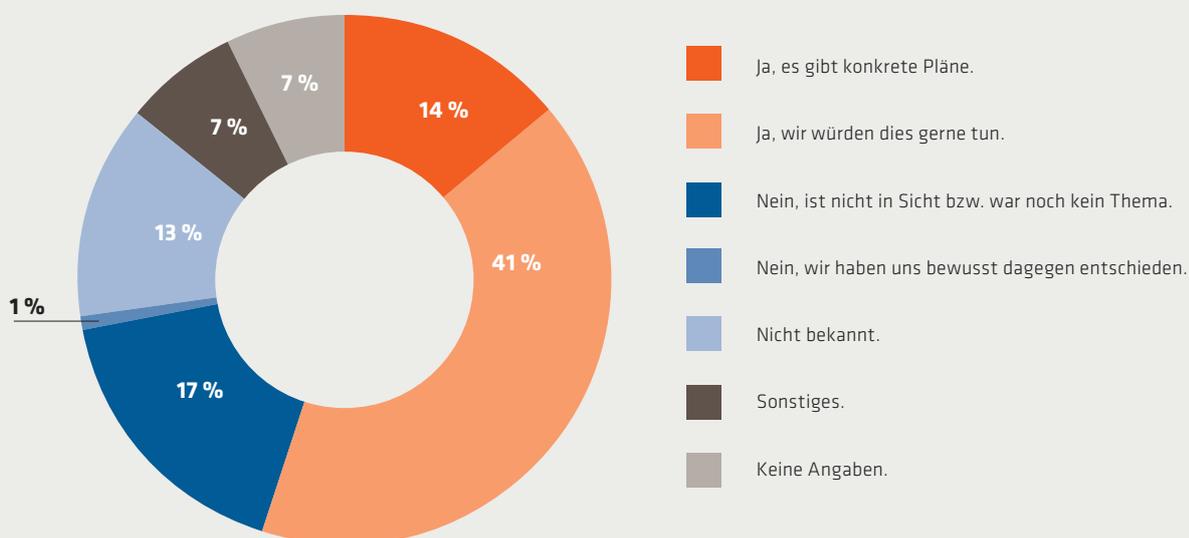
Die Pläne reichen – entsprechend den Freitextangaben im Rahmen der Online-Umfrage – dabei von losen Vernetzungsaktivitäten, wie der Gründung eines Netzwerkes zur kommunalen Entwicklungspolitik, über die Etablierung gemeinsamer Arbeitsgruppen mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren beziehungsweise Eine-Welt-Akteuren und die Gründung eines strategischen Aktionsbündnisses bis hin zum Aufbau eines Migrantinnen- und Migrantenbeirates mit eigenem Budget. Hinzu kommen konkrete Aktivitäten unter Einbezug migrantischer Akteurinnen und Akteure, wie die Durchführung von entwicklungspolitischen Veranstaltungen oder der Aufbau neuer kommunaler Partnerschaften mit dem Globalen Süden. Außerdem ist für die Kommunen

die konzeptionelle Arbeit von Bedeutung, etwa durch die Formulierung strategischer Ziele oder die Entwicklung eines Konzeptes zur Zusammenarbeit.

Regionale Unterschiede

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass es dabei noch große Unterschiede zwischen den Kommunen gibt. So gibt es Bundesländer, in denen das Thema nach Aussagen unserer Interviewpartnerinnen und -partnern bereits einen „festen Platz“ auf der politischen Agenda und „eine gewisse Tradition“ habe, während in anderen Bundesländern noch „Potenzial für Weiterentwicklung“ gesehen wird. Ein Grund hierfür wird einerseits in der unterschiedlichen finanziellen Ausstattung der Kommunen in den verschiedenen Bundesländern gesehen. Ein weiterer wichtiger Unterschied bestehe andererseits zwischen städtischen und ländlichen Strukturen. Städten wird dabei grundsätzlich eine höhere Aktivität zugeschrieben, während im ländlichen Raum die Partizipation migrantischer Akteurinnen und Akteure insgesamt schwächer ausgeprägt sei, was allerdings auch mit der geringen Größe der migrantischer Bevölkerung zu tun habe. Aufgrund der zu geringen Fallzahl bei den Angaben zur regionalen Herkunft der Kommunen, ist eine Auswertung der Aktivität in regionaler Hinsicht im Rahmen unserer Online-Umfrage leider nicht möglich.

Abbildung 8: Gibt es in Ihrer Kommune Bestrebungen, die Beteiligung migrantischer Akteurinnen und Akteure an der kommunalen Entwicklungspolitik zu erhöhen?



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 108).

3.2. WAHRNEHMUNG DER KONKRETEN ZUSAMMENARBEIT

In einem zweiten Frageblock wurde danach gefragt, wie die Kommunen und ihre Zivilgesellschaft die konkrete Zusammenarbeit von Kommunen und migrantischen Partnerinnen und Partnern wahrnehmen. Die Themen reichten dabei von Fragen zu der „Art der Partnerinnen und Partner“ und der gegenseitigen Kenntnis,

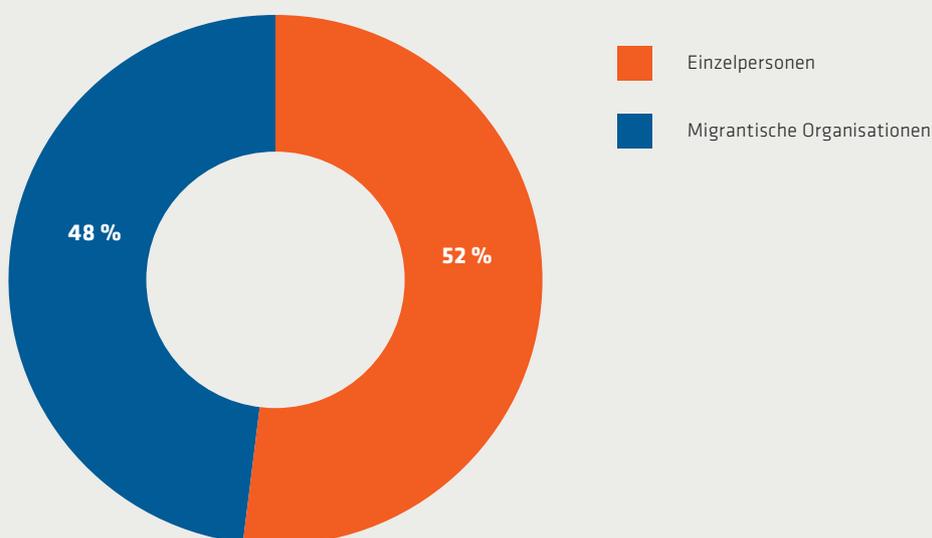
über die Potenziale, die in den migrantischen Partnerinnen und Partnern gesehen werden, und die konkreten Bereiche, in denen bereits eine Zusammenarbeit stattfindet, sowie eine Einschätzung des Aufwands, der Qualität und des Nutzens der Zusammenarbeit bis hin zu den wahrgenommenen Herausforderungen.

Art der Partnerinnen und Partner und gegenseitige Kenntnis

Festzuhalten ist dabei zunächst, dass die Partnerinnen und Partner auf migrantischer Seite und die Kommunen, die an der Umfrage teilgenommen haben, fast zu gleichen Teilen migrantische Organisationen sowie Einzelpersonen sind (vgl. Abb. 10). Es zeigt sich, dass die Kommunen die migrantischen Partnerinnen und Partner lediglich

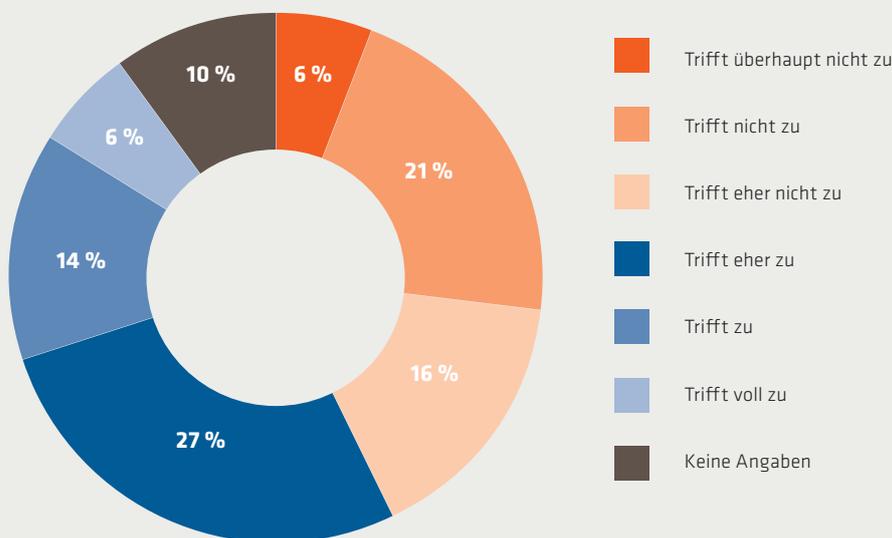
teilweise gut kennen. Wie in Abb. 8 deutlich wird, gaben etwa die Hälfte der Vertreterinnen und Vertreter an, die migrantischen Partnerinnen und Partner ganz gut bis sehr gut zu kennen, während die andere Hälfte mit eher nicht so gut bis überhaupt nicht antwortete. Dies demonstriert die Unübersichtlichkeit im Feld.

Abbildung 9: Welche Art migrantischer Partnerinnen und Partner waren in den letzten 12 Monaten an diesen Aktivitäten der kommunalen Entwicklungspolitik in Ihrer Kommune beteiligt?



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 105).

Abbildung 10: Wie sehr stimmen Sie der folgenden Aussage zu: „Wir kennen unsere migrantischen Partnerinnen und Partner nicht gut. Das Feld ist zu unübersichtlich“?



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 82).

Potenziale, die in den migrantischen Partnerinnen und Partnern gesehen werden

Ein großer Fragenkomplex beschäftigte sich mit den entwicklungspolitischen Potenzialen, die in migrantischen Akteurinnen und Akteuren gesehen werden beziehungsweise die diese in sich selbst sehen, wie das Wissen über die Herkunftsländer, spezifische Kontakte oder besondere Expertisen. In der Online-Umfrage zeigte sich dabei, dass dem Wissen über die Herkunftsländer die größte Bedeutung zugemessen wurde. Fast alle Befragten (Kommunen und Zivilgesellschaft) bewerteten dies als größtes Potenzial migrantischer Akteurinnen und Akteure in der Entwicklungspolitik. Durch die Kenntnisse der Herkunftsländer beziehungsweise Partnerländer und ein besseres Verständnis der Verhältnisse und Prozesse vor Ort könnten sie besonders gut die Passgenauigkeit von Projekten verbessern und besser beurteilen, wo die Bedarfe am größten sind. Gruppen, die ansonsten nicht so stark im Fokus entwicklungspolitischer Aktivitäten stehen, würden dadurch besser berücksichtigt. Auch für Kommunen, die noch über wenig Erfahrungen in der Entwicklungspolitik verfügen, könne dies ein wichti-

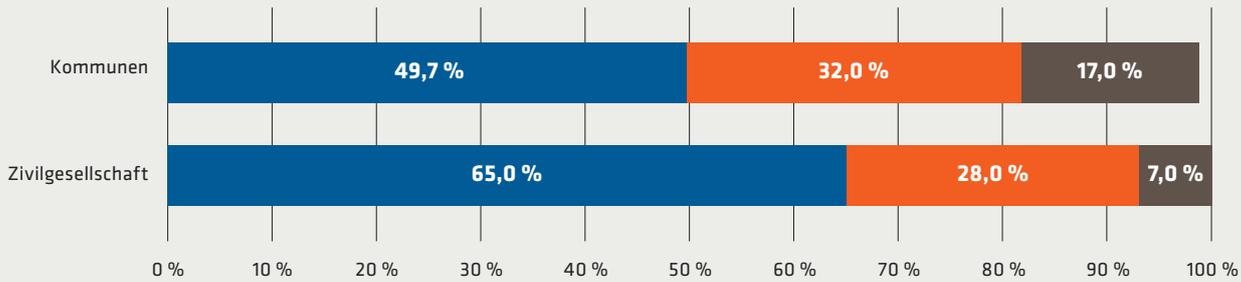
ges Potenzial darstellen. „Wenn die Kommunen sich hier weiterentwickeln wollen, brauchen sie natürlich Akteurinnen und Akteure in den Kommunen, die sich mit diesen Ländern auskennen“, sagte eine unserer Interviewpartnerinnen.

Darüber hinaus werden auch spezifische Kompetenzen wertgeschätzt. An der Spitze steht dabei das kulturspezifische Wissen. Dies wird aus Sicht von über 95 Prozent der Kommunen und fast aller Befragten der Zivilgesellschaft als besonderes entwicklungspolitisches Potenzial wahrgenommen. Danach folgen Sprachkenntnisse (zum Beispiel für Übersetzungen oder Dolmetschen im Rahmen von Projekten) und interkulturelle Kompetenzen. Auch allgemein gute Kompetenzen in der Entwicklungspolitik werden den migrantischen Akteurinnen und Akteuren bescheinigt. Allerdings wird diesem Aspekt im Vergleich zu den anderen Kompetenzen eine geringe Bedeutung zugemessen. Gleiches gilt auch für deren berufliche Qualifikationen und Expertisen.

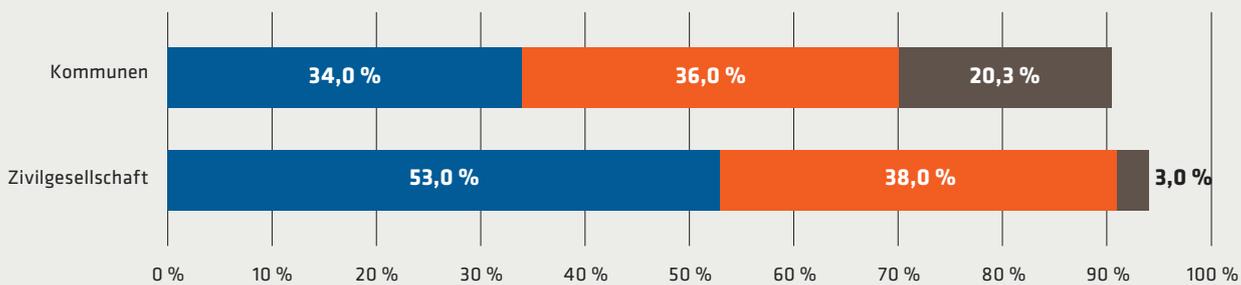
Abbildung 11: Worin sehen Sie die besonderen Potenziale migrantischer Akteurinnen und Akteure in der Entwicklungspolitik (spezifische Kenntnisse des Herkunftslandes)? Sie haben ...

■ voll zutreffend ■ zutreffend ■ eher zutreffend

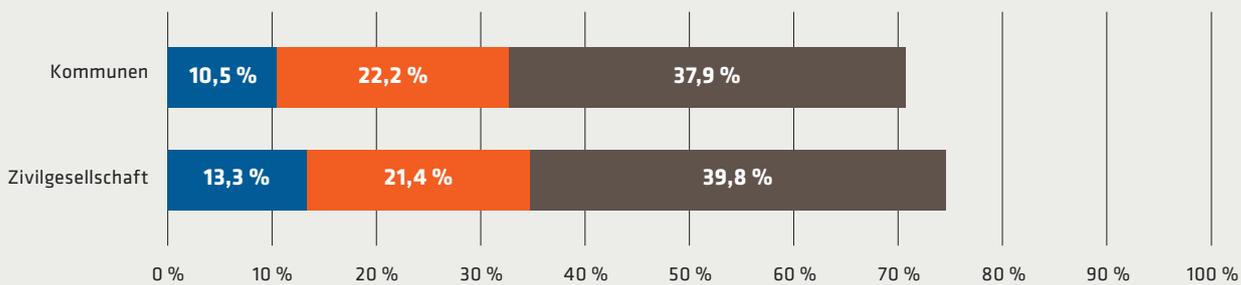
... gute Kenntnisse der Herkunftregion beziehungsweise des Herkunftslandes.



... gutes Verständnis für die Lage vor Ort.



... gute Kenntnisse anderer Länder und Regionen.



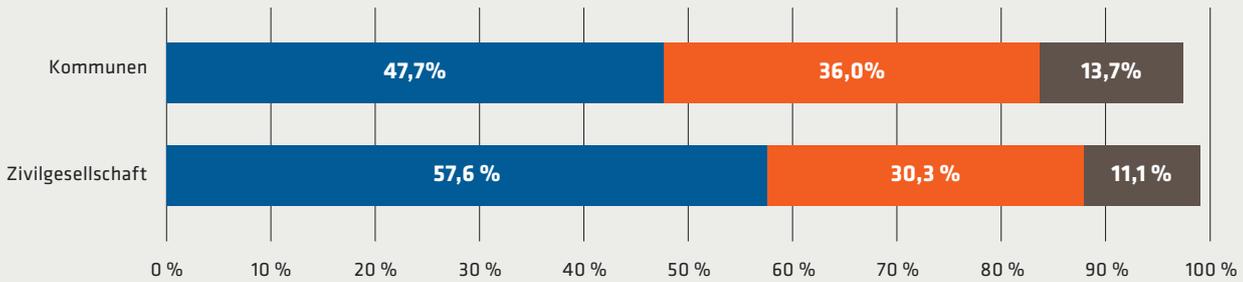
Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 155; Zivilgesellschaft: n = 101).

Abbildung 12: Worin sehen Sie die besonderen Potenziale migrantischer Akteurinnen und Akteure in der Entwicklungspolitik (spezifische Kompetenzen)? Sie haben ...

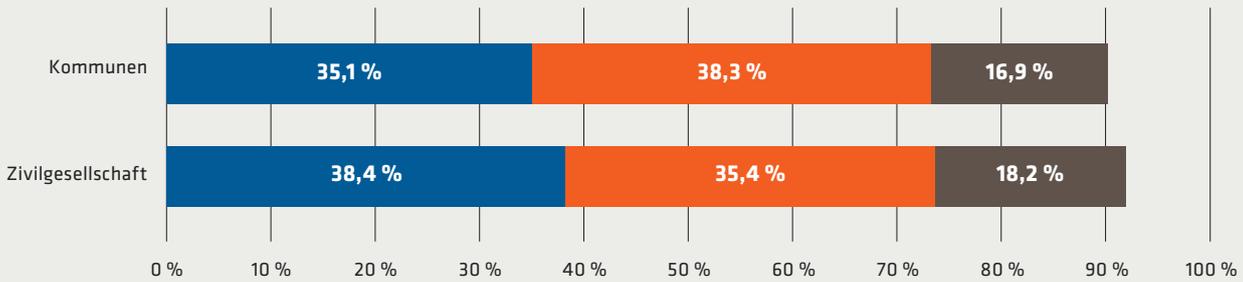
voll zutreffend zutreffend eher zutreffend

44

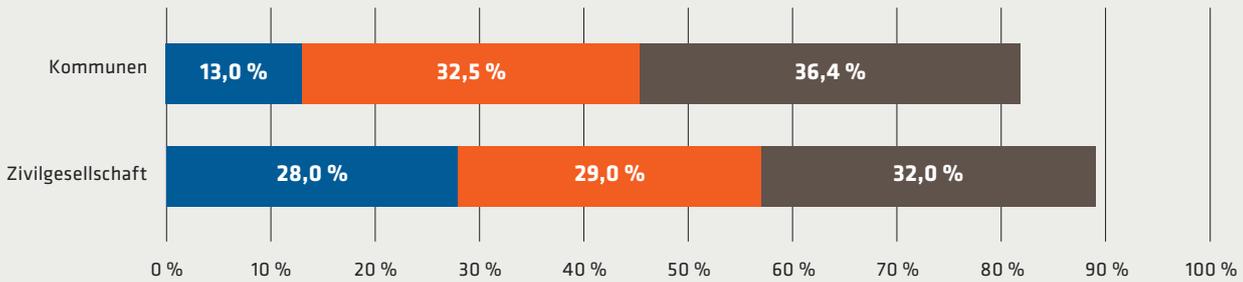
... wichtiges kulturspezifisches Wissen.



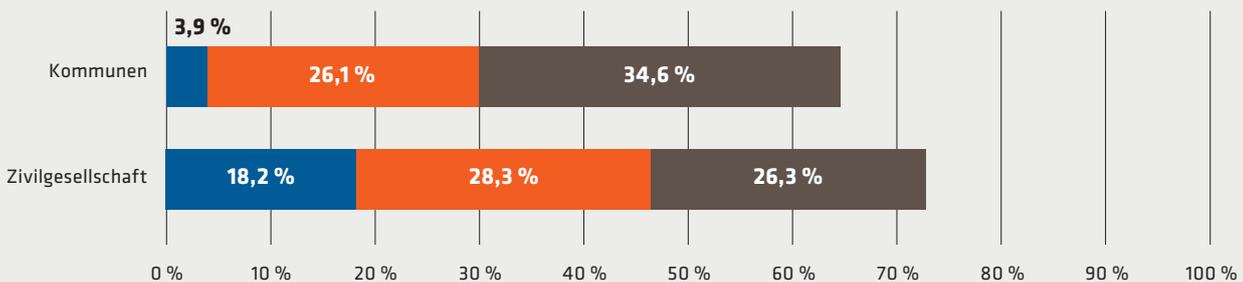
... die nötigen Sprachkenntnisse (z.B. für Übersetzungen).



... gute interkulturelle Kompetenzen.



... gute Kenntnisse der Entwicklungspolitik.





Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 155; Zivilgesellschaft: n = 101).

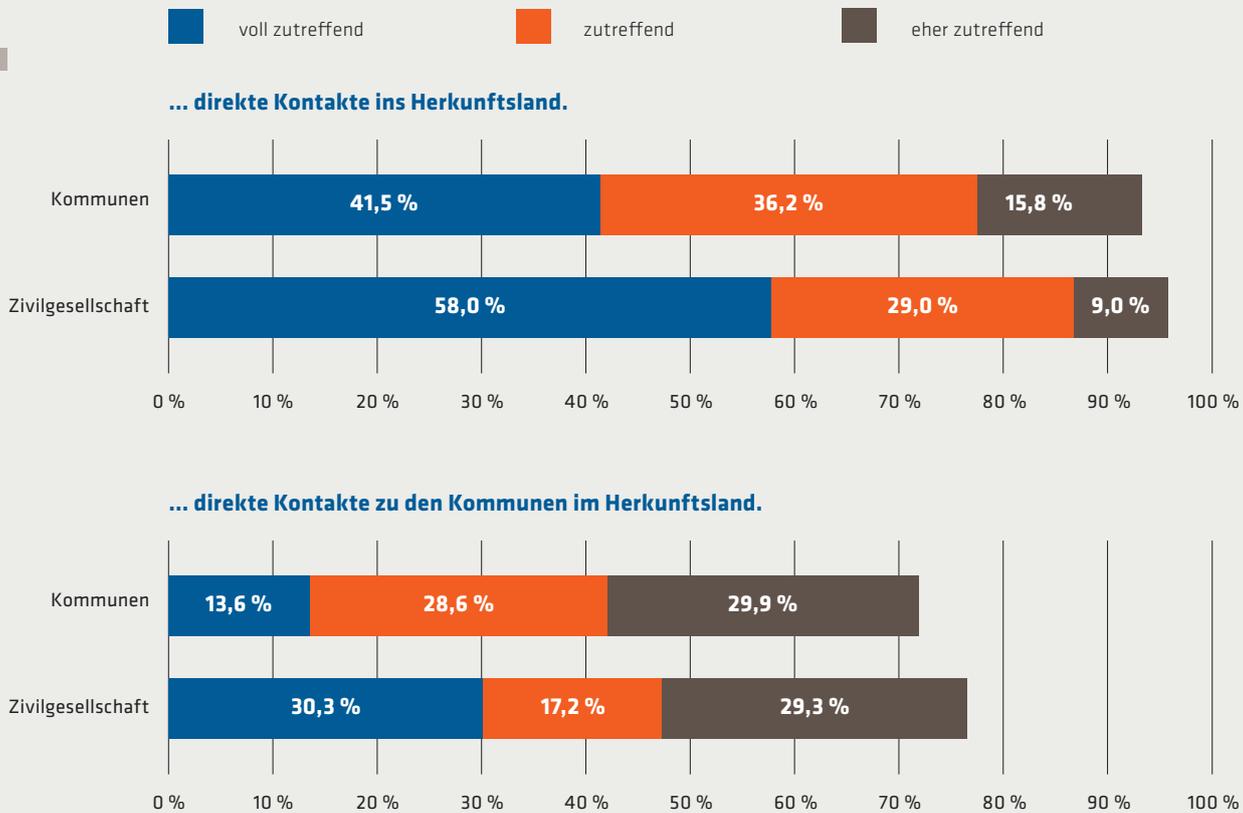
Höhere Authentizität

Diese Kenntnisse des Herkunftslandes und die interkulturellen Kompetenzen könnten dabei auch gut in der entwicklungspolitischen Informationsarbeit in Deutschland eingebracht werden. So wurde in unserer Interviewstudie immer wieder darauf hingewiesen, dass migrantische Akteurinnen und Akteure gerade der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit in Deutschland eine höhere Authentizität verleihen könnten. Die entwicklungspolitische Arbeit in Deutschland würde dadurch glaubwürdiger gestaltet, da Menschen mit Migrationsgeschichte oder -erfahrung eigene Erfahrungen und Perspektiven einbringen könnten. Ein Vertreter einer Kommunalverwaltung beschreibt dies wie folgt: „Sie erlauben diesen direkten Kontakt mit fremden Kulturen und Realitäten, den man sonst nicht hat – die Infos aus erster Hand. Ein anderer Reichtum ist, dass die Migrantinnen und Migranten, je nachdem, wie lange sie schon da sind, Brückenbauer sind. Sie kommen aus einer anderen Kultur, wohnen aber hier, das heißt sie wissen ganz genau, wie formuliere ich hier Dinge, weil die Kultur ist anders. Diese interkulturellen Kompetenzen spielen eine sehr wichtige Rolle in der kommunalen Entwicklungspolitik und nur die Migrantinnen und Migranten können das gut.“

Kontakte in die Herkunftsländer

Neben dem Wissen über die Bedarfe der lokalen Gemeinschaften spielen auch gute Kontakte und eine Vernetzung in die Herkunftsländer eine Rolle. Dies wurde von über 90 Prozent der befragten Kommunen und der Zivilgesellschaft bestätigt. Durch ihre direkten Kontakte wüssten sie, an welchen Orten Projekte platziert und auf welche Zielgruppen Projekte zugeschnitten werden müssten, um auch wirklich diejenigen zu erreichen, die die Hilfe benötigten. Sie seien dabei auch hilfreich, wenn es darum geht, Kontakte zu Kommunen in den Herkunftsländern herzustellen.

Abbildung 13: Worin sehen Sie die besonderen Potenziale migrantischer Akteurinnen und Akteure in der Entwicklungspolitik (Kontakte ins Herkunftsland)? Sie haben ...



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 155; Zivilgesellschaft: n = 101).

Entwicklungspolitik als „Herzensangelegenheit“

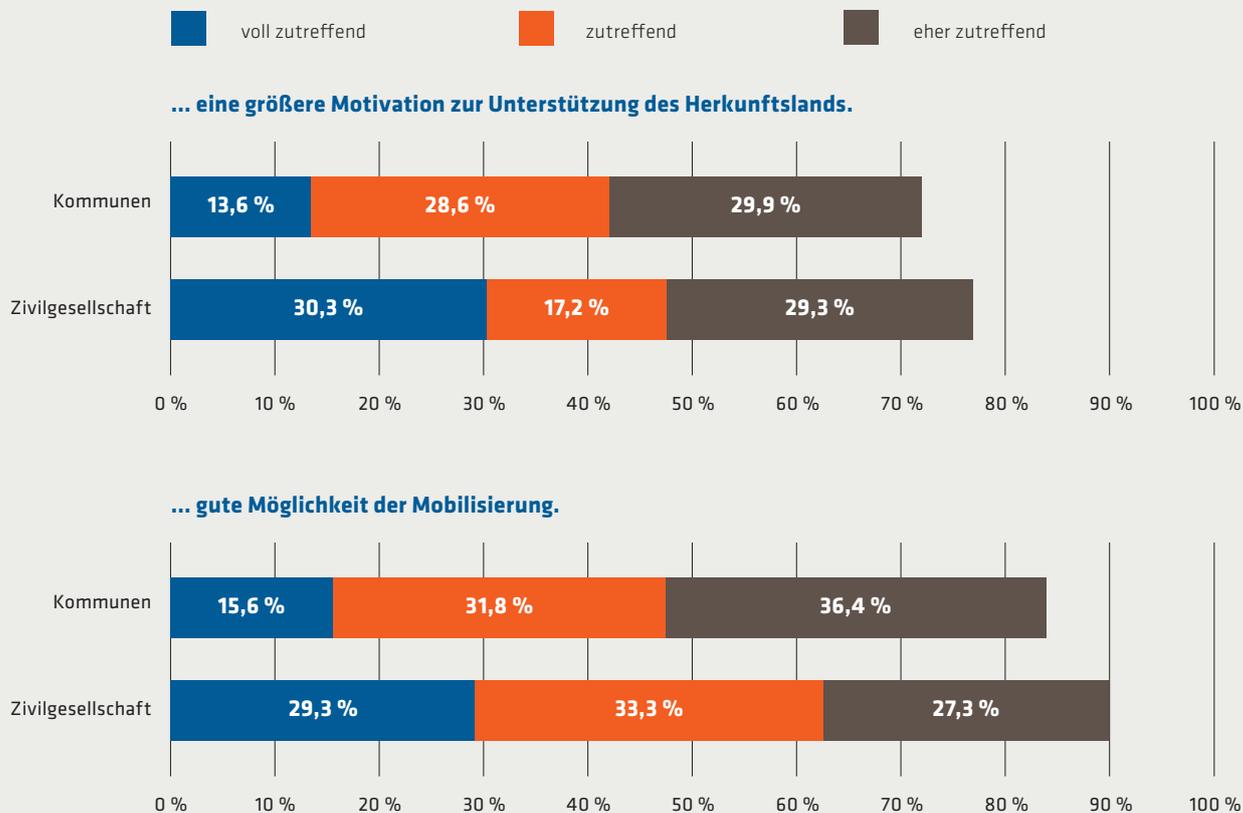
Ein weiterer wichtiger Aspekt, der Menschen mit Migrationsgeschichte in der Entwicklungspolitik zugeschrieben wird, ist ihre besondere Motivation. Migrantische Akteurinnen und Akteure hätten durch ihre Biografie und ihre persönlichen Erfahrungen einen größeren Bezug zu dem Thema. Ein städtischer Vertreter, der selbst eine Migrationsbiografie aufweist, sagte sogar, dass sie dazu „geradezu prädestiniert“ seien, sich entwicklungspolitisch zu engagieren:

„Dass Menschen mit Migrationsgeschichte und -erfahrung mit in kommunale Entwicklungspolitik einbezogen werden, ist sehr erforderlich. Weil, wer soll sonst die kommunale Entwicklungspolitik machen? Wer soll das tragen? Deutschland ist

entwickelt und wir haben woanders eine Unterentwicklung, die aber mit dem Leben hier zusammenhängt. Die Migrantinnen und Migranten sind sehr gut geeignet, um darüber zu reden, denn sie wissen genau, was los ist in ihren Ländern und sie leben hier und sehen sehr gut vor Ort, inwiefern die Gestaltung des Lebens hier auch Sachen bei ihnen zu Hause negativ beeinflusst. Ohne ihre Beteiligung ist eigentlich eine erfolgsorientierte kommunale Entwicklungspolitik unvorstellbar.“

Entwicklungspolitik sei für viele Migrantinnen und Migranten daher eine „Herzensangelegenheit“. Auch als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren spielten sie eine wichtige Rolle. Gerade migrantische Organisationen hätten ein großes Potenzial, weitere Menschen zu motivieren, sich entwicklungspolitischen Aktivitäten anzuschließen.

Abbildung 14: Worin sehen Sie die besonderen Potenziale migrantischer Akteurinnen und Akteure in der Entwicklungspolitik (Motivation)? Sie haben ...



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 155; Zivilgesellschaft: n = 101).

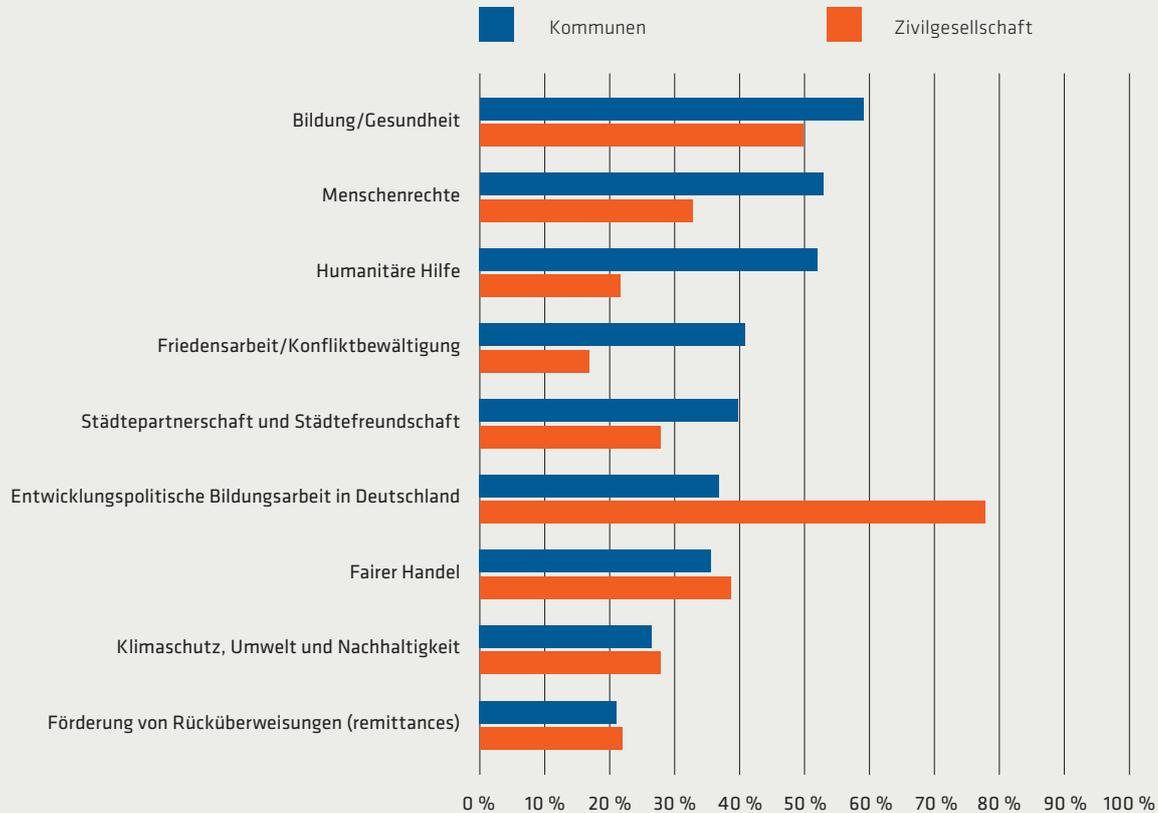
Bereiche der Zusammenarbeit

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit bedeutendster Bereich

Gefragt nach den Bereichen, in denen sich migrantische Akteursgruppen in ihrer Kommune entwicklungspolitisch engagieren, gaben die meisten Kommunen an, dass dies in Projekten im Bereich Bildung/Gesundheit stattfinden würde (knapp 60 Prozent). Auch der verwandte Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Deutschland wurde mit rund 35 Prozent angegeben. Dem Bereich Bildung folgten Projekte und Maßnahmen im Bereich Menschenrechte (53 Prozent), Humanitäre Hilfe (52 Prozent), Friedensarbeit/Konfliktbewältigung (41 Prozent) sowie der klassische Bereich der Städtepartnerschaften beziehungs-

weise Städtefreundschaften (40 Prozent). Die Bereiche Fairer Handel sowie Klimaschutz, Umwelt und Nachhaltigkeit machten 36 sowie 27 Prozent aus. Die Förderung von Rücküberweisungen (Remittances) spielte demgegenüber mit 21 Prozent nur eine untergeordnete Rolle. Aus Sicht der Zivilgesellschaft stellt sich die Beteiligung etwas weniger ausgeprägt dar. Aber auch die Bereiche Bildung und entwicklungspolitische Bildungsarbeit sind in Deutschland am bedeutsamsten beziehungsweise sogar noch bedeutsamer als aus Sicht der Kommunen.

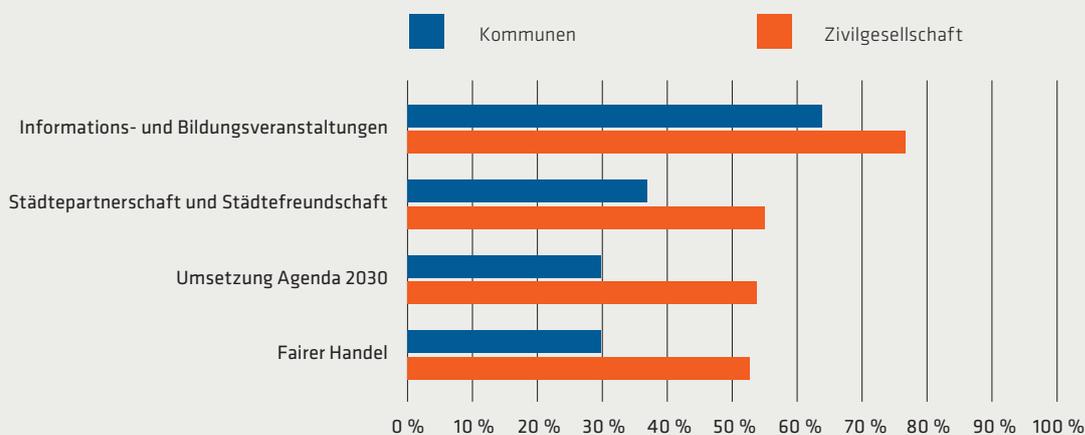
Abbildung 15: Inwieweit haben sich migrantische Akteurinnen und Akteure in Ihrer Kommune in den folgenden Bereichen entwicklungspolitisch engagiert?



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 108; Zivilgesellschaft: n = 71).

Gefragt nach den Veränderungen in den letzten zehn Jahren, sahen beide Gruppen (Kommunen und Zivilgesellschaft) den größten Bedeutungszuwachs ebenfalls im Bereich entwicklungspolitischer Bildungsarbeit, gefolgt von Städtepartnerschaften, der Umsetzung der Agenda 2030 und dem Thema Fairer Handel. Bemerkenswert ist, dass sich bei beiden Gruppen eine gleiche Rangfolge ergibt. Zudem schätzen die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure hier den Fortschritt jeweils größer ein.

Abbildung 16: Zunahme der Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen in den letzten zehn Jahren (Bereich hat zugenommen – Zustimmung in %)



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 58; Zivilgesellschaft: n = 77).

Auch hier ist wieder zu bemerken, dass es natürlich auch hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen und Bundesländern gibt. So liegt in einzelnen Regionen ein Schwerpunkt stärker auf Klimafragen und Fairem Handel und in anderen im Bereich Globales Ler-

nen und Diversität. Von unseren Interviewpartnerinnen und -partnern wurden wir darauf hingewiesen, dass dies auch davon abhänge, welche Leitlinien es in den jeweiligen Bundesländern für Entwicklungszusammenarbeit gäbe, da diese einen wichtigen Rahmen für die kommunale Entwicklungspolitik darstellten.

Aufwand, Qualität und Nutzen

Perspektivenvielfalt

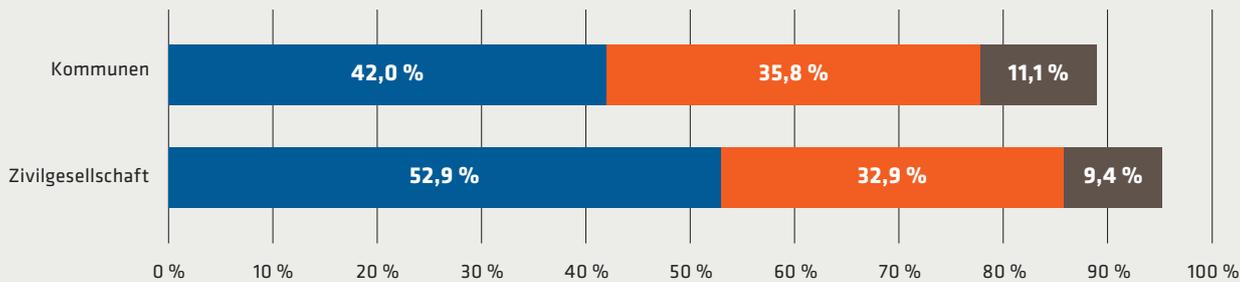
Gefragt nach dem Nutzen, dem Aufwand und der Qualität der Zusammenarbeit, wurde zunächst ein bereichernder Effekt der Zusammenarbeit beschrieben. Sowohl Kommunen als auch Zivilgesellschaft stimmten mit überwältigender Mehrheit der Aussage zu, dass es durch die Zusammenarbeit mit migrantischen Akteursgruppen insgesamt zu einem belebteren und vielfältigeren kommunalen Engagement in der Kommune komme und die Perspektivenvielfalt zunehme. In den Interviews wurde dieser Punkt weiter erläutert. Viele Interviewpartnerinnen und -partner

bestätigten, dass Menschen mit Migrationsgeschichte durch ihre Biografien häufig andere Sichtweisen auf entwicklungspolitische Fragen als Mitarbeitende der Kommunalverwaltung hätten. Das Einbringen dieser neuen Perspektiven stelle für die kommunale Entwicklungspolitik einen erheblichen Mehrwert dar. „Wenn ich bei einer internationalen Partnerschaft jemanden dabei habe, der aus dem Land kommt oder dessen Eltern aus dem Land kommen, dann bringt der eine spezifische Sichtweise ein. Das kann die Prozesse der Partnerschaft nur bereichern,“ sagte etwa einer unserer Interviewpartner.

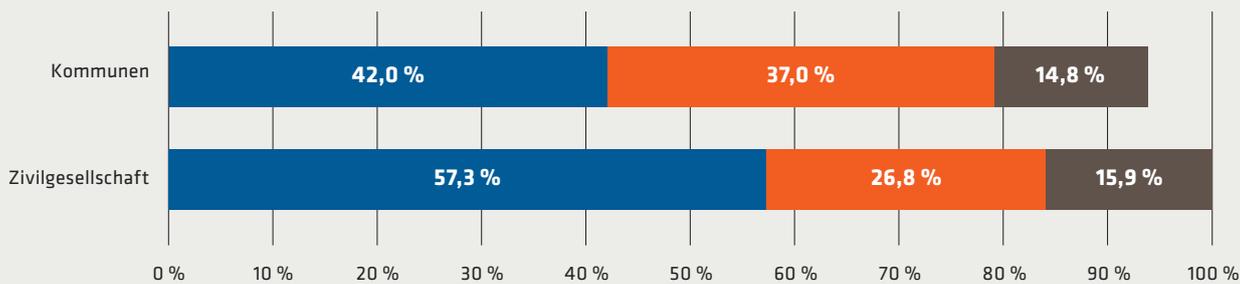
Abbildung 17: Welche Vorteile der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik sehen Sie (Vielfältigkeit)? Vorteile bestehen ...

■ voll zutreffend ■ zutreffend ■ eher zutreffend

... in einem insgesamt belebteren und vielfältigeren kommunalen Engagement.



... in der höheren Perspektivenvielfalt.



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 81; Zivilgesellschaft: n = 86).

Lernprozesse in den Kommunalverwaltungen

Als einen wichtigen Motivationsfaktor, eine Zusammenarbeit aufzunehmen, nannte ebenfalls eine überwältigende Mehrheit der Befragten die Chance, gegenseitig voneinander zu lernen. In den Interviews beschrieben insbesondere kommunalen Vertretungen, dass aus einer Zusammenarbeit vielfältige Lernprozesse angestoßen würden. Eingefahrene Routinen würden herausgefordert und eine eventuell vorhandene „Betriebsblindheit“ würde durch die Zusammenarbeit aufgedeckt. Aber nicht nur die Kommunalverwaltungen hätten die Chance, von den migrantischen Akteurinnen und Akteuren zu lernen. Auch die migrantischen Partnerinnen und Partner würden von der Zusammenarbeit mit der jeweiligen Kommunalverwaltung in verschiedenen Bereichen profitieren. Es bestehe ein Wissenstransfer in beide Richtungen.

Die Werte zur Frage nach Effizienzgewinnen, die durch die Zusammenarbeit erzielt werden könnten, fallen demgegenüber etwas niedriger aus. So glaubte nur etwa ein Drittel der Kommunen, dass durch die Zusammenarbeit finanzielle Mittel eingespart werden könnten. Auch unter den zivilgesellschaftlichen Befragten war eine Mehrheit skeptisch. Im Rahmen der Interviews wiesen die Expertinnen und Experten jedoch immer wieder auf das besondere Wissen migrantischer Akteurinnen und Akteure hin und hoben ihre Kenntnisse des Herkunftslandes sowie ihre praktischen Fähigkeiten (zum Beispiel Dolmetschen, Mobilisierung) hervor, die zu einer effizienteren Projektgestaltung und damit zur Einsparung finanzieller Mittel beitragen würden. Auch aus migrantischer Sicht würden durch die Zusammenarbeit Gelder eingespart werden können.

Abbildung 18: Welche Vorteile der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik sehen Sie (Lernprozesse)? Vorteile bestehen ...

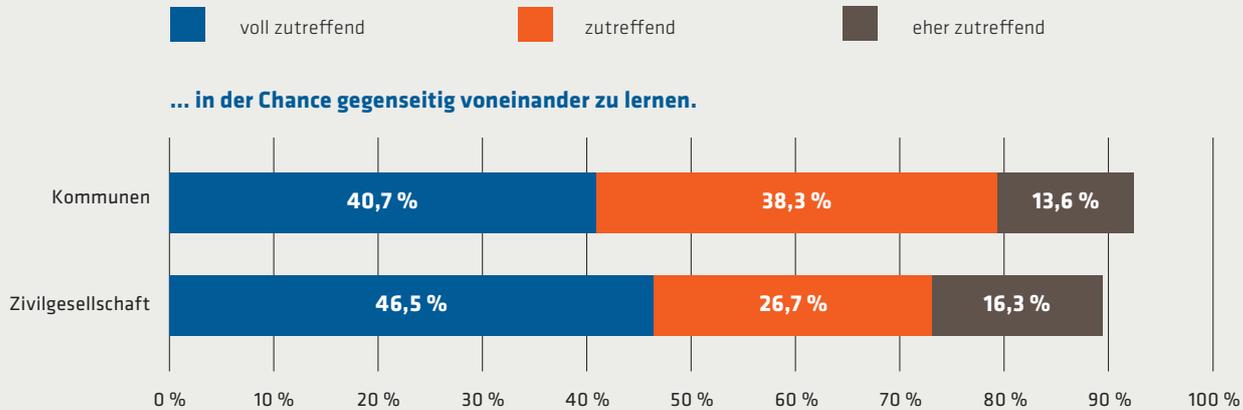
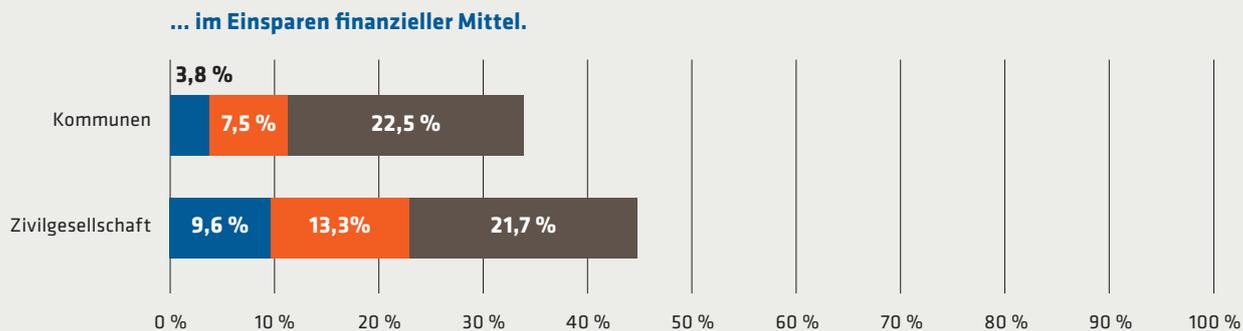


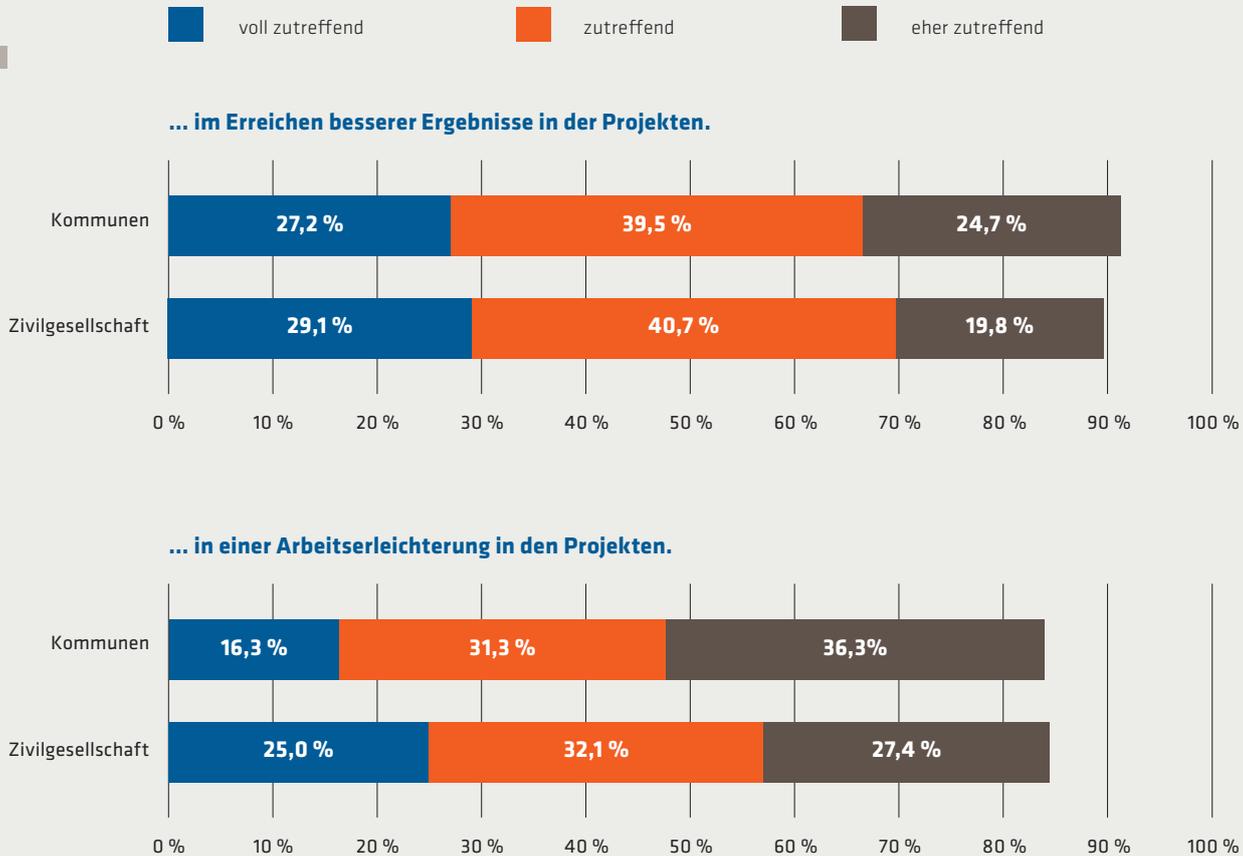
Abbildung 19: Welche Vorteile der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik sehen Sie (Finanzen)? Vorteile bestehen ...



Bessere Projekte durch die Zusammenarbeit

Demgegenüber war die überwältigende Mehrheit der Kommunen und der Zivilgesellschaft davon überzeugt, dass durch die Zusammenarbeit in entwicklungspolitischen Projekten bessere Ergebnisse erreicht werden könnten. Über 90 Prozent der Kommunen stimmten dieser Aussage zu. Mehr als 80 Prozent waren zudem der Meinung, dass mit der Einbindung auch eine Erleichterung der Arbeit an den Projekten einhergehe.

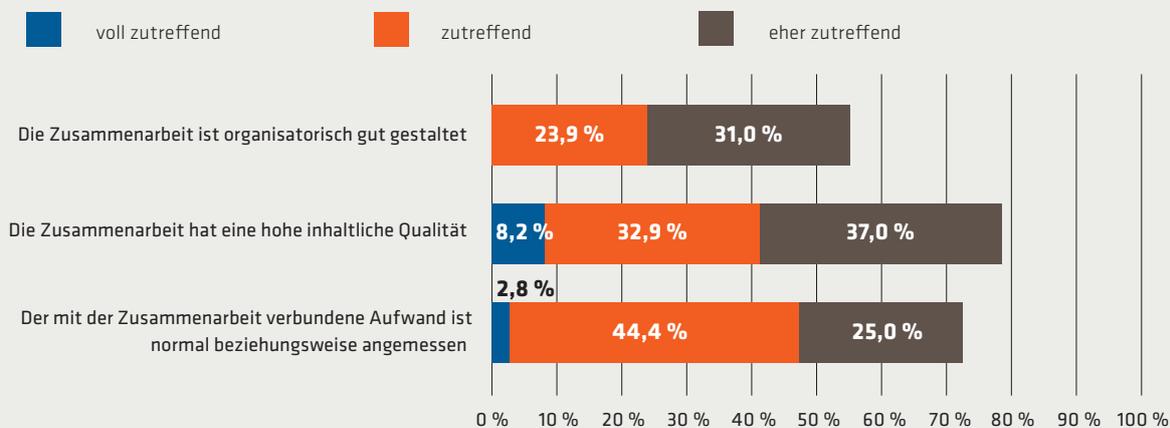
Abbildung 20: Welche Vorteile der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik sehen Sie (Effizienz)? Vorteile bestehen ...



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 81; Zivilgesellschaft: n = 86).

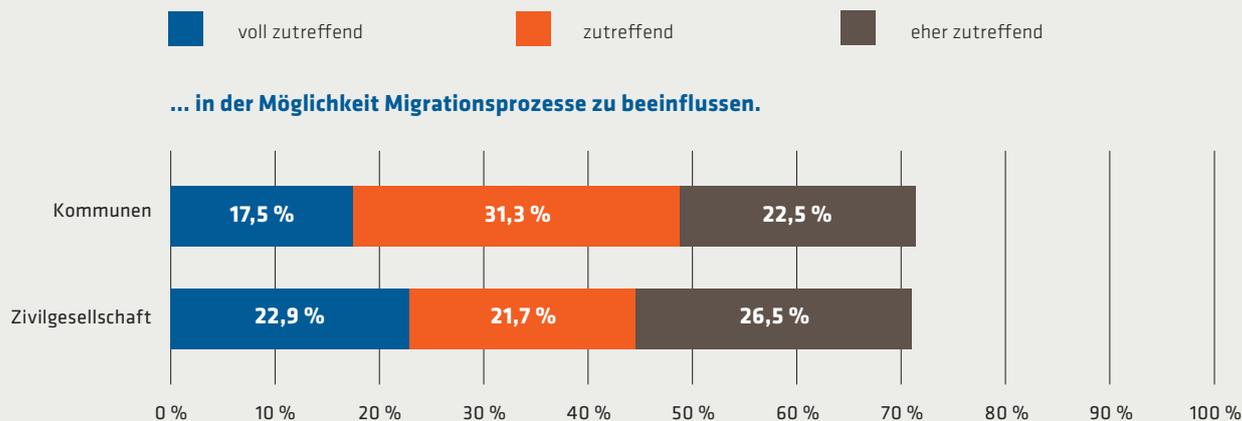
Hierzu passt, dass auch eine deutliche Mehrheit der Kommunen (knapp 80 Prozent) der Zusammenarbeit mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren eine gute inhaltliche Qualität attestiert. Auch der mit der Zusammenarbeit verbundene Aufwand wurde überwiegend als angemessen beziehungsweise normal angegeben. Bei der organisatorischen Gestaltung der Zusammenarbeit gebe es aber wohl noch Luft nach oben. Sie wurde nur von einer knappen Mehrheit der Kommunen als gut eingestuft.

Abbildung 21: Wie schätzen Sie die folgenden Aussagen mit Bezug zur Zusammenarbeit mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren in der Entwicklungspolitik Ihrer Kommune ein (Inhalt und Organisation)?



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 82).

Abbildung 22: Welche Vorteile der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik sehen Sie (Migrationsprozesse)? Vorteile bestehen ...



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 81; Zivilgesellschaft: n = 86).

Bekämpfung von Fluchtursachen

An die Möglichkeit, über entwicklungspolitische Projekte auch Migrationsprozesse beeinflussen zu können, glaubten jeweils circa 70 Prozent der Befragten. Nur eine Minderheit von rund 17,5 (Kommunen) und 22,9 Prozent (Zivilgesellschaft) waren davon allerdings voll und ganz überzeugt.

Neben den direkten und indirekten Wirkungen der Zusammenarbeit auf Integration und Teilhabe sowie Effizienzgewinne durch die Zusammenarbeit, wurde in der Online-Befragung auch nach den Möglichkeiten der Beeinflussung von Migrati-

onsprozessen gefragt, etwa mit Blick auf die Bekämpfung von Fluchtursachen. Dies scheint aber im Vergleich zu innenpolitischen Fragestellungen eine eher untergeordnete Rolle zu spielen. Der Aspekt wurde aber immerhin von über 70 Prozent der Kommunen als relevante Größe eingeordnet.

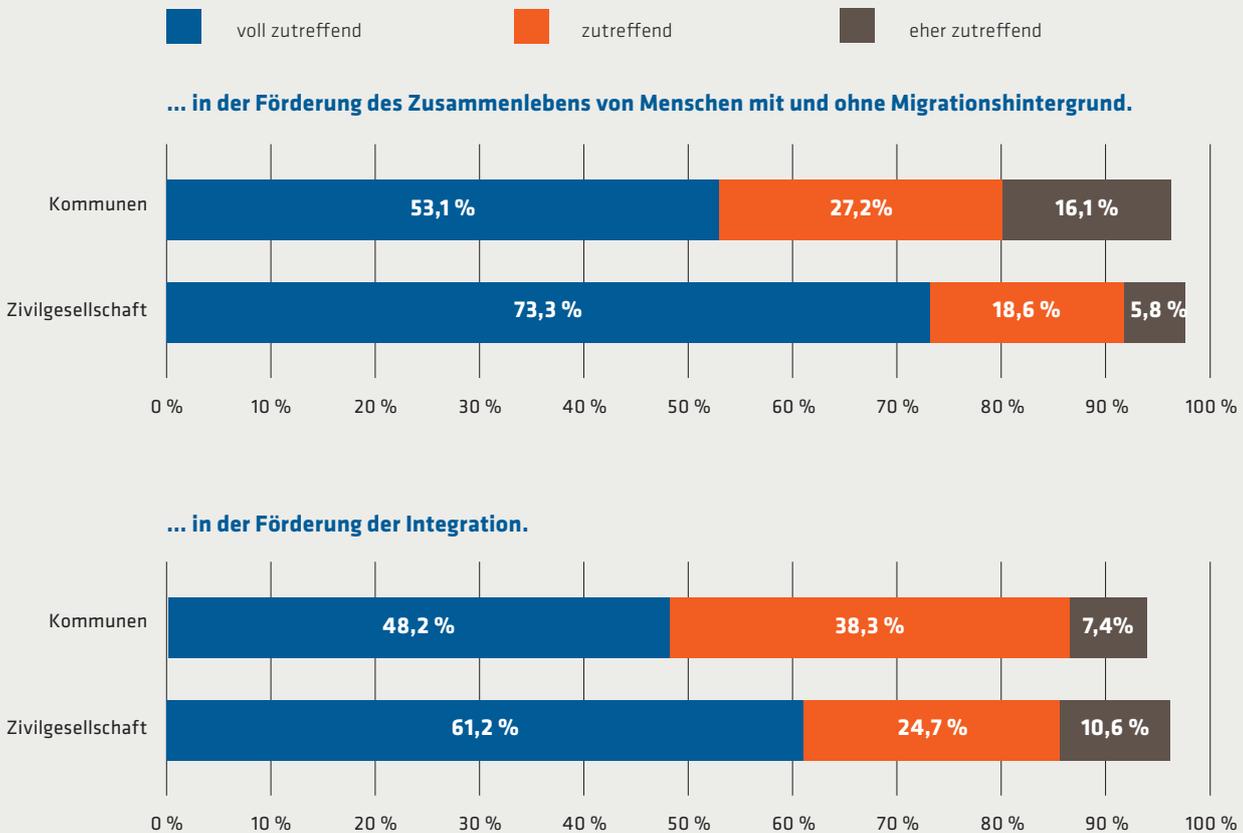
Förderung des Zusammenlebens zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte oder -erfahrung

Schließlich wurde auch die Förderung des Zusammenlebens zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte oder -erfahrung in der Kommune als eine Art Nebeneffekt der Zusammenarbeit angegeben. So bewerteten fast alle an der Umfrage teilnehmenden Kommunen diesen Aspekt als zutreffend. Gleiches gilt für die Zivilgesellschaft. Auch in den Interviews wurde mehrfach auf die positiven Auswirkungen auf das friedliche Zusammenleben in den Kommunen und die Förderung des sozialen Zusammenhalts verwiesen. Insbesondere der Wunsch, alle Gruppen gleichberechtigt in die Arbeit der Kommunen einzubeziehen, scheint für viele Kommunen besonders wichtig zu sein.

Positive Wahrnehmung von Migration durch die Mehrheitsgesellschaft

Neben den positiven Auswirkungen für die Kommunen und die engagierten Menschen mit Migrationsgeschichte oder -erfahrung selbst, sende die Zusammenarbeit zudem auch ein wichtiges Signal in die Stadtgesellschaft hinein. Indem migrantische Akteurinnen und Akteure aktiv in die kommunale Arbeit eingebunden würden und als Gestaltende von Projekten auftreten, werde ein wichtiges Signal der Wertschätzung gesendet und ein positiver, potenzialorientierter Blick auf die Zuwanderung in den Kommunen unterstützt. Kulturelle Vielfalt vor Ort werde sichtbar und auf eine positive Art und Weise thematisiert, was den Dialog zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte oder -erfahrung in der Stadt belebe.

Abbildung 23: Welche Vorteile der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik sehen Sie (Zusammenleben)? Vorteile bestehen ...



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 81; Zivilgesellschaft: n = 86).

Förderung der Integration

Ein damit zusammenhängender Effekt, den über 90 Prozent der Kommunen und der Zivilgesellschaft bestätigten und auch viele Interviewpartnerinnen und -partner unterstrichen, besteht am Ende auch darin, dass durch die entwicklungspolitische Kooperation die Integration der engagierten Menschen in Deutschland gefördert werde. Durch das entwicklungspolitische Engagement erfahren die Menschen Wertschätzung und fänden sich oftmals in einer neuen Expertenposition wieder, was indirekt einen Beitrag zur Integration leiste. „Die Anerkennung als Mitgestalter“ sei sozusagen ein „Nebenprodukt“ der Integration, wie es eine Interviewpartnerin ausdrückte. Schließlich könne das entwicklungspolitische Engagement und die damit einhergehende Wertschätzung auch zu einer stärkeren Identifikation mit der Kommune beitragen.

Herausforderungen in der Zusammenarbeit

Neben möglichen Vorteilen der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik wurden im Zuge der quantitativen Erhebung auch die Herausforderungen in der Zusammenarbeit beleuchtet. Dabei wurde generell deutlich, dass die Herausforderungen aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Organisationen insgesamt etwas höher gewichtet werden als aus Sicht der Kommunen.

Unterschiedliches Verständnis von Entwicklungspolitik und partnerschaftlicher Zusammenarbeit

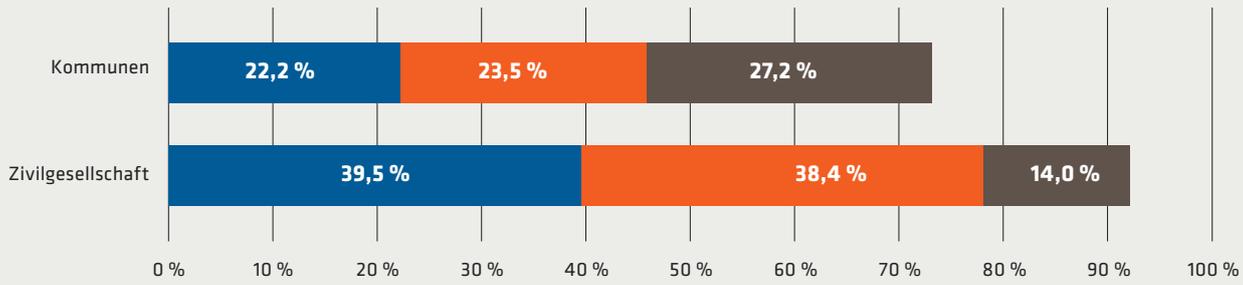
Wichtige Themenfelder waren hierbei grundsätzliche Fragen zu Visionen und Zielen von Entwicklungspolitik sowie notwendige interkulturelle Kompetenzen für eine gelungene Zusammenarbeit. So sagen über 90 Prozent der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, dass es in der Zusammenarbeit teilweise an einem gemeinsamen Verständnis darüber mangle, was Entwicklungspolitik bedeute und was damit erreicht werden solle. Bei den Kommunen stimmten diesem Statement nur rund 73 Prozent zu. Auch unterschiedliche politische Einstellungen würden die Zusammenarbeit aus Sicht der Zivilgesellschaft teilweise erschweren. 82 Prozent stimmten dieser Aussage zu, während es bei den Kommunen nur 49 Prozent waren. Ebenso können kulturelle Missverständnisse die Kooperation erschweren, vor allem aus Sicht der Zivilgesellschaft, da hier wieder über 80 Prozent dieser Aussage zustimmten. Bei Kommunen waren es wiederum weniger als die Hälfte (43,2 Prozent).

Abbildung 24: Manchmal kommt es auch zu Herausforderungen in der Zusammenarbeit (Gegenseitiges Verständnis). Es gibt Probleme, da ...

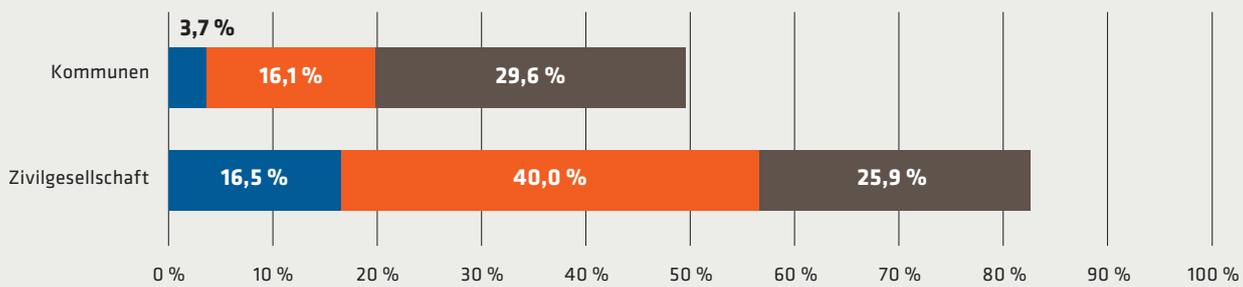
voll zutreffend zutreffend eher zutreffend

56

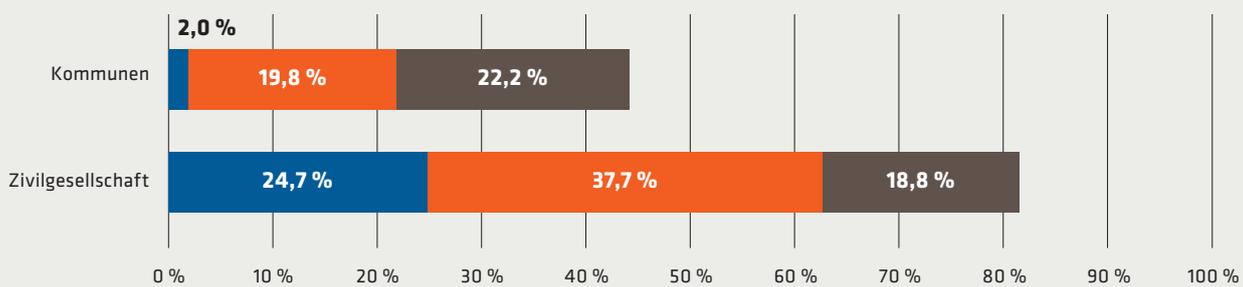
... es teilweise an einem gemeinsamen Verständnis über Entwicklungsarbeit fehlt.



... teilweise unterschiedliche politische Einschätzungen die Kooperation erschweren.



... teilweise kulturelle Missverständnisse die Kooperation erschweren.



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 81; Zivilgesellschaft: n = 86).

Interkulturelle Sensibilität

In den Interviews wurde deutlich, was es insbesondere mit dem letzten Punkt auf sich hat. So wurde kritisiert, dass die Kommunen teilweise noch nicht die nötige interkulturelle Expertise aufgebaut hätten, sodass sie noch nicht ausreichend gelernt hätten, wie sie mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren gut zusammenarbeiten könnten. Hier wiesen einige unserer Interviewpartnerinnen und -partner darauf hin, dass es in der konkreten Zusammenarbeit vor Ort immer wieder zu „interkulturellen Irritationen“ und „Missverständnissen“ komme. Daher müsse in der Zusammenarbeit mehr auf kulturelle Unterschiede und die Vielfältigkeit in der Akteurslandschaft geachtet werden, was einer besonderen Sensibilität von Seiten der Kommunalverwaltung bedürfe. Insbesondere müssten auch kulturelle, ethnische oder religiöse Spannungslinien innerhalb eines Herkunftslandes beachtet und in den Aktivitäten der Kommunen berücksichtigt werden.

Es gehe zudem darum, „dass wir das Wissen der Migrantinnen und Migranten aktiv einsetzen und sie auch dazu ermutigen. Und alle Beteiligten dafür sensibilisieren, dass es dieses Wissen gibt.“ Zu häufig dominiere überdies eine defizit- und problemorientierte Sichtweise in Bezug auf Migration, was einer weiteren Einbindung von migrantischen Akteurinnen und Akteuren im Wege stehe. Des Weiteren fehle es vielen Kommunen an Kenntnissen über die lokalen migrantischen Akteursgruppen. Ein Interviewpartner sagte, dass viele Kommunen diese Entwicklungsakteurinnen und -akteure „gar nicht kennen“.

Arbeitsweisen und Rollenverständnis

Weitere Probleme erwachsen offensichtlich aus den Differenzen in der Arbeitsweise der hauptamtlichen Kommunalverwaltungen und der zumeist ehrenamtlich engagierten migrantischen Akteurinnen und Akteure. Von vergleichsweise großer Bedeutung ist dabei die gegenseitige Erreichbarkeit. Diese kann insofern eine Herausforderung darstellen, als dass die Kommunalverwaltungen in der Regel tagsüber arbeiten, während Ehrenamtliche oft erst am Abend erreichbar sind. Knapp 68 Prozent der Kommunen bewerten dies als zutreffend. Bei der Zivilgesellschaft erreichte der Wert rund 80 Prozent. An zweiter Stelle steht die Aussage, dass die Partnerinnen und Partner den Eindruck haben, dass auf der

Gegenseite der Kooperation nicht genügend Bedeutung zugemessen wird. Dies sehen rund 89 Prozent der teilnehmenden zivilgesellschaftlichen Organisationen so und rund 62 Prozent der Kommunen. Schließlich wurde auch eine gewisse Unzuverlässigkeit (bei migrantischen Akteurinnen und Akteuren) und ein hoher Personalwechsel (bei Kommunen) bemängelt.

Auch in den Interviews wurden die Unterschiede in der Arbeitsweise thematisiert. So wurde in verschiedenen Interviews deutlich, dass Kommunen häufig nicht ausreichend Rücksicht darauf nähmen, dass migrantische Akteurinnen und Akteure entwicklungspolitisches Engagement ehrenamtlich betrieben. Zudem hätten diese oftmals Schwierigkeiten, mit dem Verwaltungssystem zurechtzukommen, insbesondere mit den formalisierten Strukturen und Hierarchien. Eine Kommune sei eben eine Verwaltung, wie es ein Interviewpartner ausdrückte. „Und Verwaltung und Gestaltung sind zwei unterschiedliche Paar Stiefel.“ Im zivilgesellschaftlichen Bereich werde mehr gestaltet. Der Mensch stehe mehr im Fokus und es gehe darum, neue Ideen umzusetzen. Für eine Verwaltung sei dies schwieriger, da sie ganz andere Aufgaben habe.

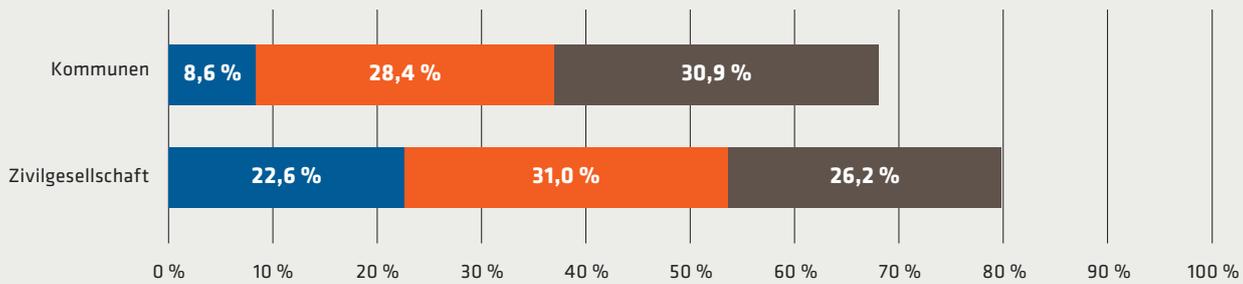
Daneben wurde sowohl in den Gesprächen mit den kommunalen Vertreterinnen und Vertretern als auch mit den migrantischen Akteurinnen und Akteuren mehrfach bestätigt, dass die Rollenverteilung zwischen den beiden Seiten nicht immer klar sei. Häufig würden migrantische Akteurinnen und Akteure in der Zusammenarbeit nicht als gleichberechtigt wahrgenommen und teilweise auf einzelne Aspekte wie ihre Sprachkenntnisse reduziert. Einige der Interviewpartnerinnen und -partner forderten daher eine stärkere ganzheitliche Betrachtung von Menschen mit Migrationsgeschichte oder -erfahrung durch die Kommunen: „Wenn ich entwicklungspolitische Aspekte auf der kommunalen Ebene thematisiere, muss ich den Menschen ganzheitlich betrachten, was er an Biografie, Erfahrungen und Expertisen mitbringt. Und das wird aber zu wenig gesehen und zu wenig in den Alltag der Kommune mit eingebaut, ob das jetzt der Bereich Aufbau von Partnerschaften ist oder Projekte, die in den Herkunftsländern getätigt werden, Gesundheitswesen oder Energiegewinnung“ (Interview mit einer migrantischen Organisation).

Abbildung 25: Manchmal kommt es auch zu Herausforderungen in der Zusammenarbeit (Erreichbarkeit und Zuverlässigkeit). Es gibt Probleme, da ...

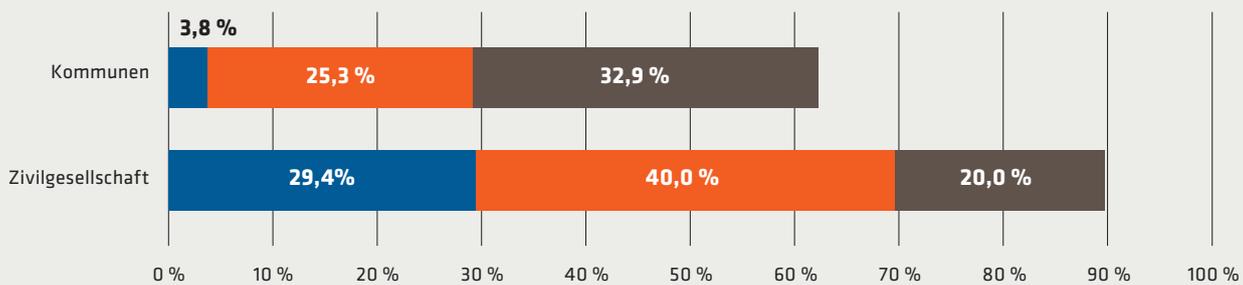
voll zutreffend zutreffend eher zutreffend

58

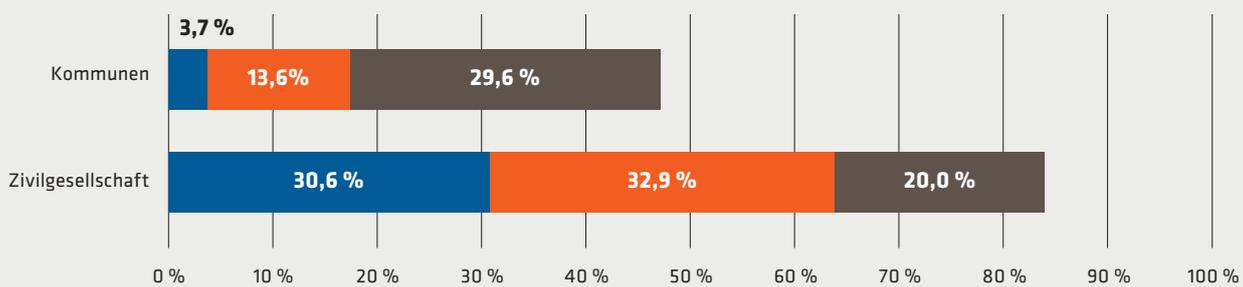
... Partnerinnen und Partner teilweise schwierig zu erreichen sind.



... teilweise den Projekten auf der Gegenseite nicht genügend Priorität gegeben wird.



... teilweise Partnerinnen oder Partner unzuverlässig sind oder ein häufiger Personalwechsel stattfindet.



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 81; Zivilgesellschaft: n = 86).

Erwartungen

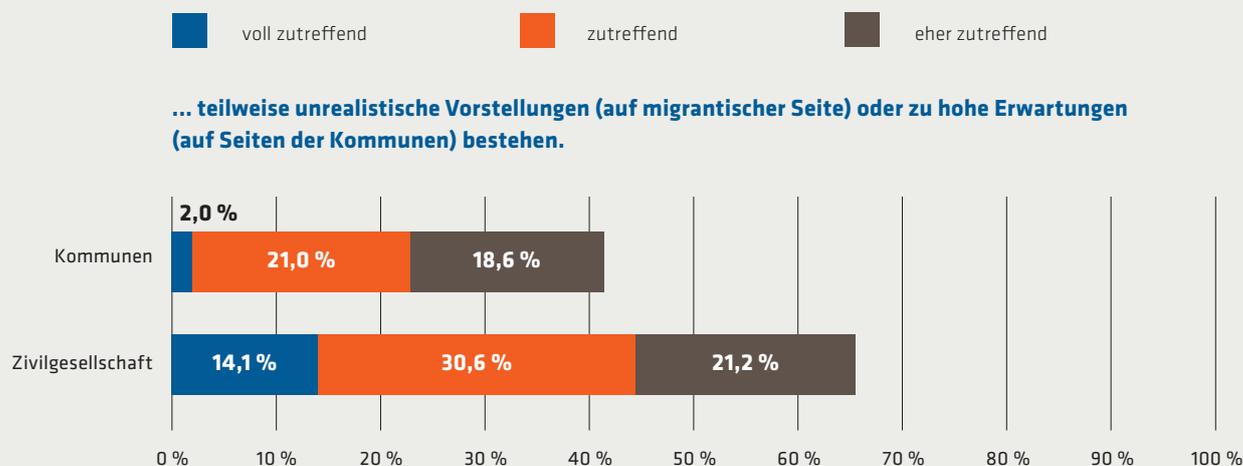
Auch wurde von den zivilgesellschaftlichen Befragten kritisiert, dass Kommunen teilweise zu hohe Erwartungen an die Kooperation stellten. Knapp zwei Drittel stimmten dieser Aussage zu. Auf Seiten der Kommunen spielte dies (in Bezug auf finanzielle Erwartungen der migrantischen Partnerinnen und Partner) demgegenüber eine untergeordnete Rolle. Nur 40,7 Prozent der Kommunen waren dieser Meinung.

Auch in den Interviews wurde dieser Punkt angesprochen. So warnte ein Interviewpartner davor, Menschen mit Migrationsgeschichte oder -erfahrung zu überfordern. Sie müssten erst einmal ihren Alltag bewältigen und die Kommunen dürften nicht zu hohe Erwartungen an sie stellen. Und auf keinen Fall dürfe der Prozess der Integration zusätzlich damit überfrachtet werden, dass man sagt: „Und dann soll es bitte schön auch noch für die Entwicklung eures Herkunftslandes gut sein“ (Expertinnen-/Expertenmeinung aus unseren Interviews).

Ressourcen und Rahmenbedingungen

Schließlich kommt auch dem Thema Ressourcen eine wichtige Rolle zu. Hierin waren sich Kommunen und Zivilgesellschaft weitgehend einig. So sagten 70 Prozent der Kommunen und rund 85 Prozent der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, dass es auf der jeweils anderen Seite nicht genügend Personal gebe, um die Kooperation reibungslos zu gestalten. Ganz ähnlich wurde die finanzielle Ausstattung gesehen. Hier sagten sogar 77 Prozent der Kommunen, dass dies ein Problem in der Zusammenarbeit werden könne. Aus ihrer Sicht wurde dies sogar als das größte Problem auf Seiten der migrantischen Partnerinnen und Partner ausgemacht.

Abbildung 26: Manchmal kommt es auch zu Herausforderungen in der Zusammenarbeit (Erwartungen). Es gibt Probleme, da ...

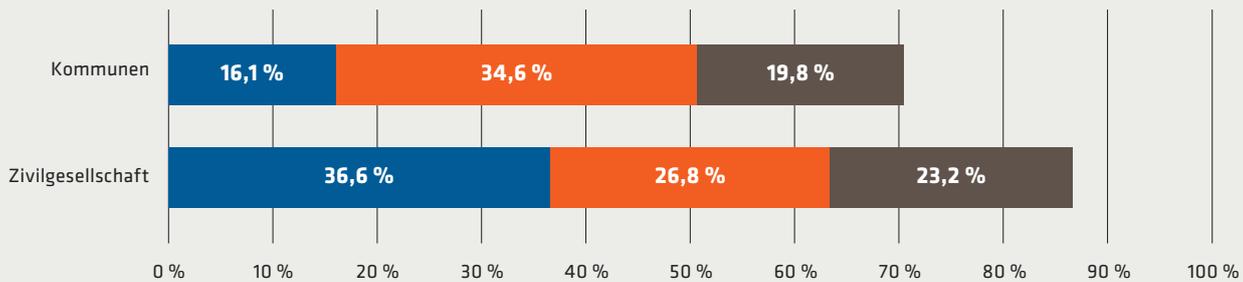


Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 81; Zivilgesellschaft: n = 86).

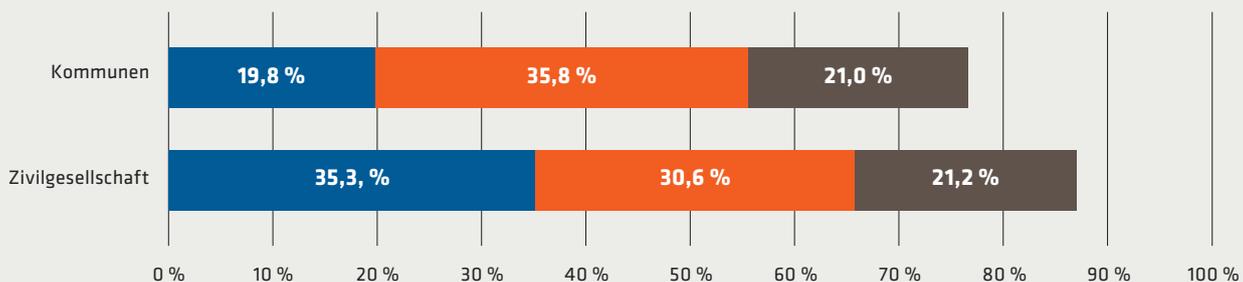
Abbildung 27: Manchmal kommt es auch zu Herausforderungen in der Zusammenarbeit (Ressourcen). Es gibt Probleme, da ...

■ voll zutreffend ■ zutreffend ■ eher zutreffend

... Partnerinnen und Partner teilweise schwierig zu erreichen sind.



... teilweise den Projekten auf der Gegenseite nicht genügend Priorität gegeben wird.



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 81; Zivilgesellschaft: n = 86).

Auch in den Interviews wurde die Knappheit finanzieller sowie personeller Ressourcen angesprochen. Mit Blick auf die Kommunen wurde hier auf das Problem freiwilliger Aufgaben verwiesen. So müssten in der Regel erst die Pflichtaufgaben und vordringlichsten Probleme bearbeitet werden, bevor auf die freiwillige Aufgabe der Entwicklungspolitik eingegangen werden könne. Wir haben diesen Punkt bereits im Teil über die beschriebenen Differenzen zwischen den Bundesländern angesprochen. „Es gäbe eine ganze

Menge an Potenzial, das aber zu wenig betrachtet wird. Zumindest hier [...] hatten die Personalräte die Ideologie ‚Schwarze Null‘, also die Kommunen dürfen keine Schulden machen. [...] Das hatte zur Folge, dass die soziale Seite, die Kann-Leistungen, gestrichen werden oder das Ganze nur über Drittmittel finanziert wird. Man könnte mit viel mehr Personal dort das Ganze viel stärker bespielen.“

Mobilisierung

Darüber hinaus wiesen einige Gesprächspartnerinnen und -partner umgekehrt aber auch auf Hürden auf migrantischer Seite hin, die einem entwicklungspolitischen Engagement entgegenstehen. So wurde in mehreren Interviews angesprochen, dass die Mitarbeit von migrantischen Gruppen in der Regel nicht von alleine geschehe, sondern es erst einmal einer grundlegenden Mobilisierung durch die Kommune bedürfe. Auch hätten insbesondere Geflüchtete zum Teil eine skeptische Haltung gegenüber staatlichen Strukturen und schreckten vor einer Kooperation zurück. Einige hätten auch die Sorge, dass sich ihr Engagement negativ auf die Familien im Herkunftsland auswirke.

Öffentlicher Diskurs

Als weiteren Punkt, der sich hemmend auf die entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Kommune auswirken kann, wurde schließlich der öffentliche Diskurs genannt. Vorurteile und „rechtes Gedankengut“ in der Mehrheitsgesellschaft seien vielfach noch oder wieder präsent, was zu einem „Gefühl der Ablehnung“ auf Seiten der Menschen mit Migrationsgeschichte oder -erfahrung führe und folglich eine Zusammenarbeit mit den Kommunen verhindere. Hier wurde eine klare Haltung der staatlichen Verwaltungen gefordert: „Sind wir eine weltoffene, tolerante und diverse Gesellschaft oder gibt es dann doch welche, die nur punktuell dazugehören? Das ist eine grundsätzliche Haltung. Wenn ich eine Haltung habe, die den Menschen ganzheitlich betrachtet, dann kann so etwas besser innerhalb der Kommunen gelingen“ (Expertinnen-/Expertenmeinung aus unseren Interviews).

3.3. STRUKTURELLE VERANKERUNG VON MIGRATION UND ENTWICKLUNG

Strukturelle Verankerung in der Kommune

Generelle Einschätzung

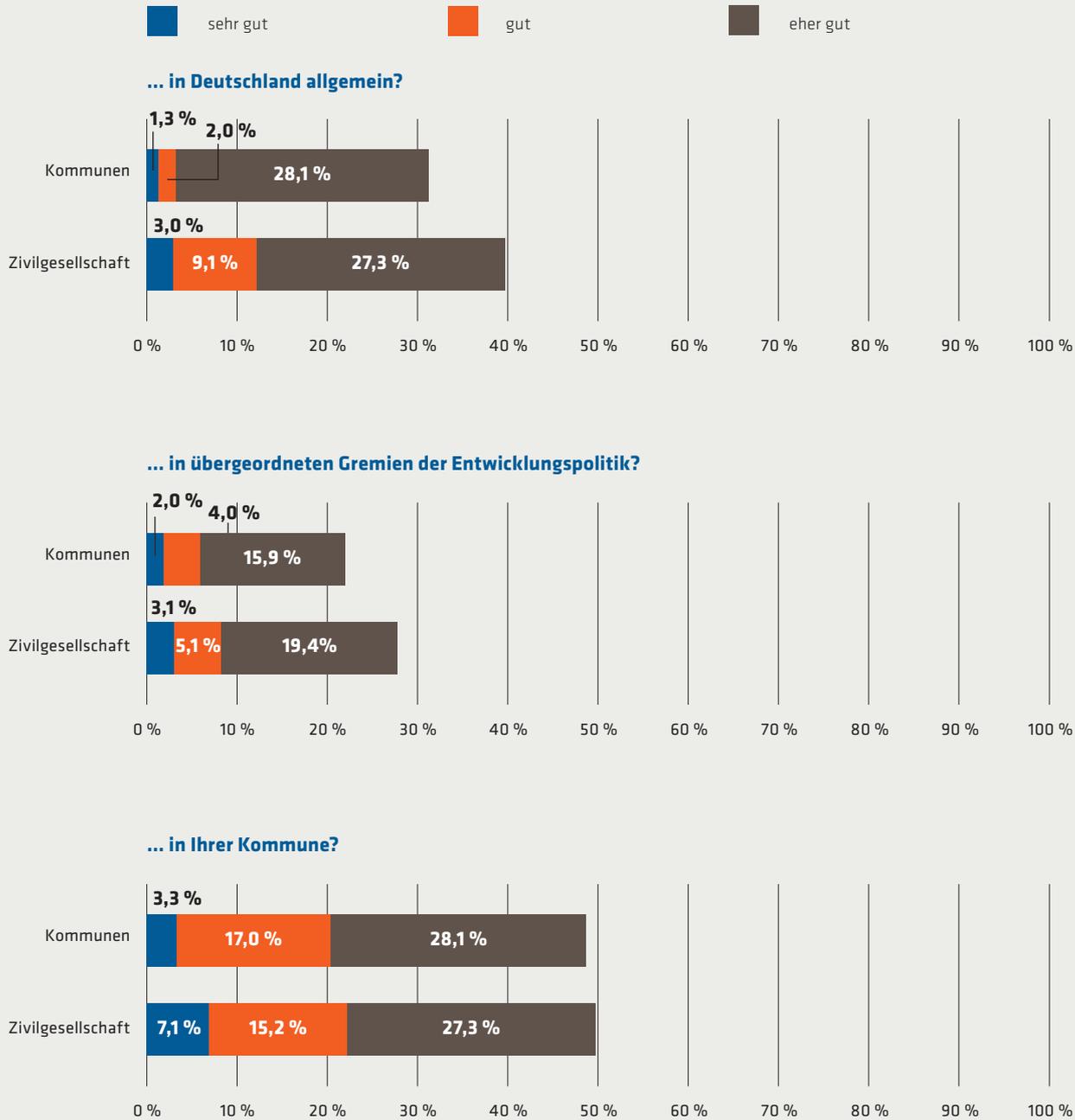
Mit Blick auf die strukturelle Verankerung des Handlungsfeldes in der Kommune, wurden die Teilnehmenden der Umfrage zunächst gefragt, wie sie die generelle Einbindung von migrantischen Akteurinnen und Akteuren in die Strukturen der deutschen Entwicklungspolitik empfinden. Dabei kam heraus, dass die Einbindung insgesamt noch nicht als zufriedenstellend betrachtet wird. So sagten nur knapp 40 Prozent der Zivilgesellschaft und sogar nur gut 30 Prozent der Kommunen, dass die Einbindung in Deutschland insgesamt als gut bezeichnet werden könne. In Bezug auf konkrete Gremien der Entwicklungspolitik, wie Landesnetzwerke oder Beiräte, fiel der Wert sogar noch niedriger aus (27,8 Prozent bei der Zivilgesellschaft und 21,9 Prozent Kommunen). Am besten gelungen sei die Einbindung demgegenüber in den Kommunen. Hier erreichten die Zustimmungswerte beide Male fast 50 Prozent.

Die Ergebnisse aus den Interviews bestätigten diesen Befund weitgehend. So geht auch nach Meinung unserer Interviewpartnerinnen und -partner die Vernetzung auf Bundesebene deutlich langsamer voran als auf kommunaler Ebene. Jedoch hätten die migrantischen Akteurinnen und Akteure in den vergangenen Jahren zumindest an Sichtbarkeit gewonnen und punktuell gäbe es auch eine aktive Zusammenarbeit mit politischen Stellen auf Bundesebene. Aufgrund der geringen Anzahl übergeordneter Gremien und ihrer relativ geringen Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure komme der SKEW eine

besondere Bedeutung zu, insbesondere dem SKEW-Programmbeirat. Auch in den Verbänden der klassischen Entwicklungszusammenarbeit wurde eine Öffnung der bestehenden Gremien für die migrantischen Akteursgruppen angeregt und als wichtiger Ansatzpunkt für ihre weitere Beteiligung gesehen.

In der bisherigen Darstellung wurde bereits angesprochen, dass es zudem wichtig ist, wie das Thema Migration und Entwicklung in einer Kommune strukturell verankert ist. Eine Interviewpartnerin mit Migrationsgeschichte sagte uns in dem Gespräch, dass sich viele migrantische Akteurinnen und Akteure nicht an ihre Kommunen wenden würden, weil sie einfach nicht denken würden, dass hierfür eine Kommunalverwaltung die richtige Ansprechpartnerin sei. Daher sei es wichtig, eine verantwortliche Stelle in der Kommune zu benennen, die für den Bereich Migration und Entwicklung zuständig ist und die auch in der Stadt beziehungsweise dem Landkreis bekannt gemacht werden müsse. Zumindest brauche es eine Stelle, „die einen Überblick hat über das, was zivilgesellschaftlich an Aktivitäten da ist; was an Bedarfen da ist, an Qualifizierungen, an Unterstützung von Ressourcen, Räumen und wo die Zivilgesellschaft gleichzeitig auch einen Anlaufpunkt hat und weiß, wenn ich mit dem spreche, dann kriege ich meine Ressourcenfragen besser gelöst. Also eine kommunale Koordination und Vernetzung, wo auch immer die angesiedelt ist. Es muss nicht bei der Stadtverwaltung sein, aber die Stadtverwaltung ist neutral, von daher ist das sicherlich ideal.“

Abbildung 28: Wie beurteilen Sie die Einbindung von migrantischen Akteurinnen und Akteuren in die kommunale Entwicklungspolitik ...



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 81; Zivilgesellschaft: n = 86).

Zuständigkeit in der Verwaltung

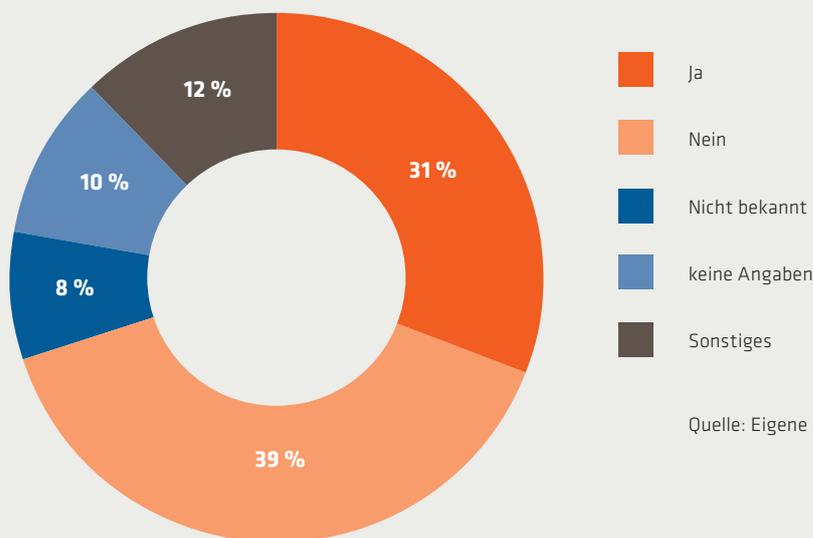
Folglich haben wir in unserer Online-Umfrage auch gefragt, ob es eine entsprechende Stelle in der Kommune gibt und wo diese angesiedelt ist. Dabei wurde zunächst gefragt, ob die Kommune über eine eigene Stelle verfügt, die für die kommunale Entwicklungspolitik zuständig ist. Hierbei gab rund ein Drittel der Befragten an, über eine entsprechende Stelle zu verfügen. Knapp 40 Prozent verneinten dies. Ganz ähnlich fielen die Antworten bei der Frage aus, ob die Kommunen über eine eigene Stelle verfügen, die für die Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik zuständig ist.

Ergänzend wurde um Angaben gebeten, welche Ebene innerhalb der Kommunalverwaltung sich bereits mit der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik befasst. Hier zeigte sich, dass bei knapp ein Viertel der Kommunen das Thema auf der höchsten Ebene des Verwaltungsvorstands angesiedelt ist.

Rolle von Persönlichkeiten

In den Interviews wurde dabei vor allem auf die Rolle von Verwaltungsvorständen, Bürgermeisterinnen und -meistern oder anderen engagierten Personen vor Ort verwiesen. Solche Persönlichkeiten hätten in der Tat großen Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung des Engagements in der Kommune. Zudem seien die jeweiligen parteipolitischen Konstellationen von Relevanz, da sich die Parteien in ihrer Haltung zu den Themen Flucht und Migration stark unterscheiden würden, was aber in unserer Umfrage nicht abgefragt wurde. Die Bedeutung der politischen Ebene ist mit Blick auf die Situation in den Landkreisen sehr wichtig. „Es ist immer sehr sehr hilfreich, wenn auch die Landräte hinter dem Thema stehen. Wenn das aus der Kreisverwaltung raus kommt, der Themenanstoß, ist das schon hilfreich, solange der Landrat da nicht mitzieht, wird das Thema auch nicht zu einem großen Thema. Die gucken auch häufig auf Fragen wie Wiederwahl, welche Stimmung gibt es in meinem Landkreis, bei den Bürgerinnen und Bürgern“, sagte eine unserer Interviewpartnerinnen.

Abbildung 29: Verfügt Ihre Kommune über eine eigene Stelle, die für die kommunale Entwicklungspolitik zuständig ist?



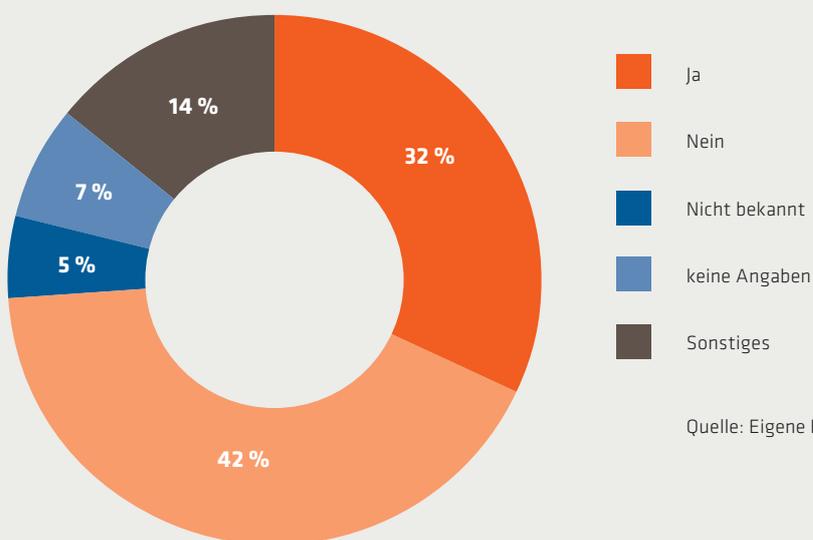
Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 80).

Interkulturelle Öffnung

Zudem wurde auf die Bedeutung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung hingewiesen. Die Expertinnen und Experten waren sich weitgehend darin einig, dass ein Voranschreiten der interkulturellen Öffnung auch einen besseren Umgang mit und einen stärkeren Einbezug von migrantischen Akteurinnen und Akteuren in die kommunale Entwicklungspolitik nach sich ziehen werde. Insbesondere die Beschäftigung von Menschen mit Migrationsgeschichte oder -erfahrung in der Kommunalverwaltung wird dabei als zentral angesehen. Sie würden die Vielfalt in der Stadtgesellschaft sichtbar machen. Dies würde aber nicht nur die Außendarstellung der Kommunalverwaltung verändern, sondern auch nach innen wirken, indem die Vielfalt der Perspektiven und Meinungen erhöht würde. Das könne auch von Vorteil für das Handlungsfeld Migration und Entwicklung sein, wenngleich hieraus kein Automatismus abgeleitet werden könne. Dennoch könne dies die Zusammenarbeit mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren und die kulturelle Verständigung in der Kommune insgesamt

verbessern, wenn eine Kommune eine vielfältige Mitarbeiterschaft aufweise und Mitarbeitende hätte, die mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern gegebenenfalls auch in ihrer Muttersprache kommunizieren könnten. Dies könnte etwaige Hemmungen abbauen und das Engagement anregen.

Abbildung 30: Verfügt Ihre Kommune über eine eigene Stelle, die für die Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik zuständig ist?



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 77).

Verhältnis von Migration und Entwicklung zum Bereich Integration

66

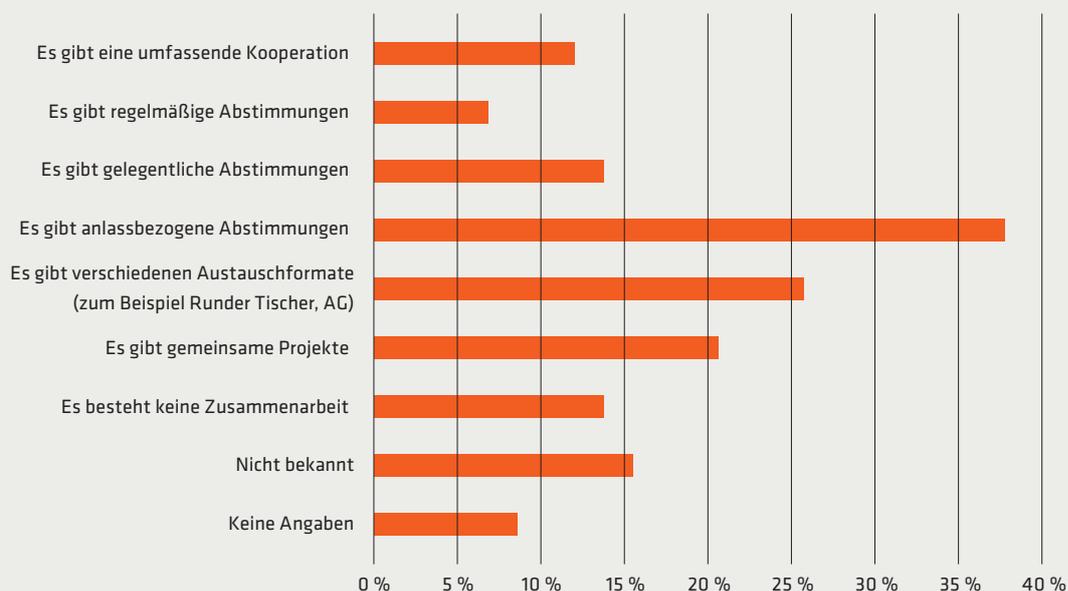
Eine weitere Frage bezog sich darauf, in welchem Bereich das Thema Migration und Entwicklung in der Kommune verankert ist. Hierbei sagten knapp zwei Drittel der Befragten, dass innerhalb ihrer Verwaltung Führungskräfte und/oder Mitarbeitende im Bereich Integration mit dem Thema befasst seien, während ein knappes Viertel der Befragten angab, dass sich Führungskräfte und/oder Mitarbeitende im Bereich Internationales mit dem Thema beschäftigen würden.

Im Anschluss daran wurde nach der Zusammenarbeit zwischen den Handlungsfeldern „Integration“ auf der einen und dem Handlungsfeld „Entwicklungspolitik“ auf der anderen Seite gefragt. Hierbei berichteten 12,1 Prozent der Kommunen, dass es bereits umfassende Kooperationen zwischen beiden Handlungsbereichen gebe. Rund sieben Prozent sagten, es gebe regelmäßige Abstimmungen. In 13,8 Prozent der antwortenden Kommunen existierten gelegentliche Abstimmungen. Mit 37,9 Prozent sagten die meisten Kommunen, dass es anlassbezogene Abstimmungen gebe. Rund ein Viertel der teilnehmenden Kommunen

berichtete zudem von verschiedenen etablierten Austauschformaten (wie Runden Tischen oder einschlägigen Arbeitsgemeinschaften). Etwas mehr als 20 Prozent gaben an, dass es gemeinsame Projekte der beiden Bereiche gebe. Dagegen gaben 13,8 Prozent der Kommunen an, dass es (noch) keine Zusammenarbeit in ihrer Kommune gebe.

Schließlich wurde auch die Zivilgesellschaft danach gefragt, wie sie das Verhältnis von Integration und Entwicklung beziehungsweise Internationales sieht. Dabei wurde zunächst einmal deutlich, dass aus Sicht der Zivilgesellschaft die Zuständigkeit von beiden Bereichen für das Thema „Migration und Entwicklung“ tatsächlich nicht immer ganz klar zu sein scheint. Bei den zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren gibt es keine eindeutige Tendenz der Zuordnung zu der Abteilung „Integration“ oder der Abteilung „Internationales“. Beide Möglichkeiten erhalten fast dieselbe Zustimmung. Die größte Zustimmung erhielt die Antwortoption der Definition von Migration und Entwicklung als eigenständiges Handlungsfeld. Nur ein Drittel der Kommunen teilte diese Ansicht.

Abbildung 31: Wie eng wird in Ihrer Kommune zwischen den Handlungsfeldern kommunale Entwicklungspolitik und Integrationsförderung zusammengearbeitet? (Mehrfachauswahl möglich)

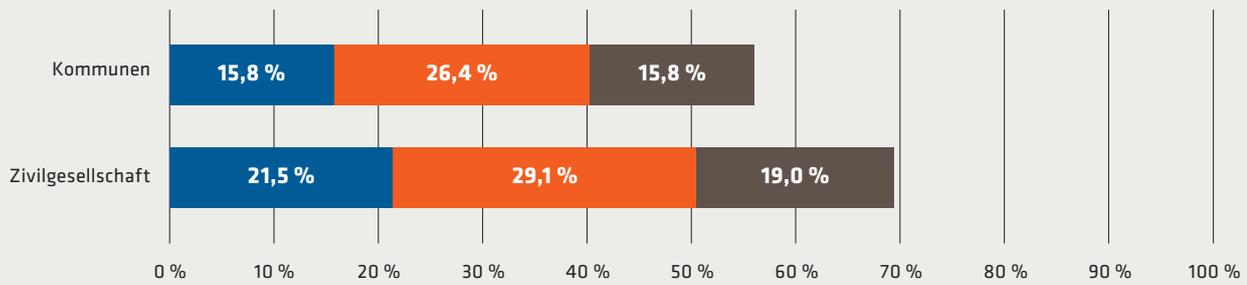


Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 58).

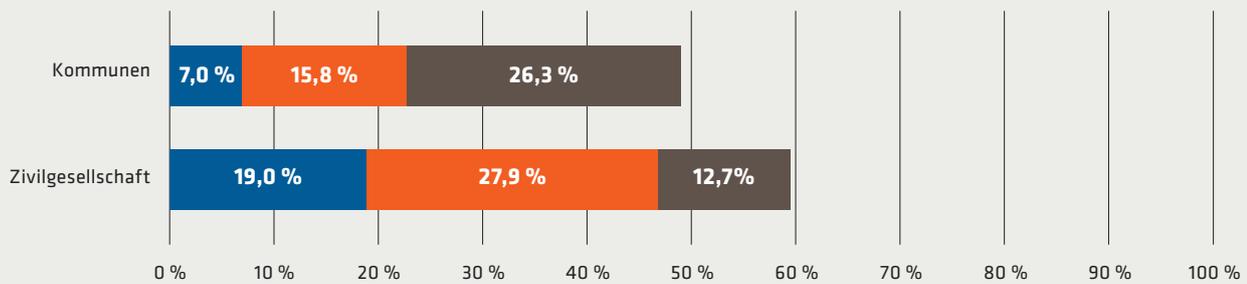
Abbildung 32: Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen Integration und Entwicklungspolitik in der kommunalen Arbeit?

■ voll zutreffend ■ zutreffend ■ eher zutreffend

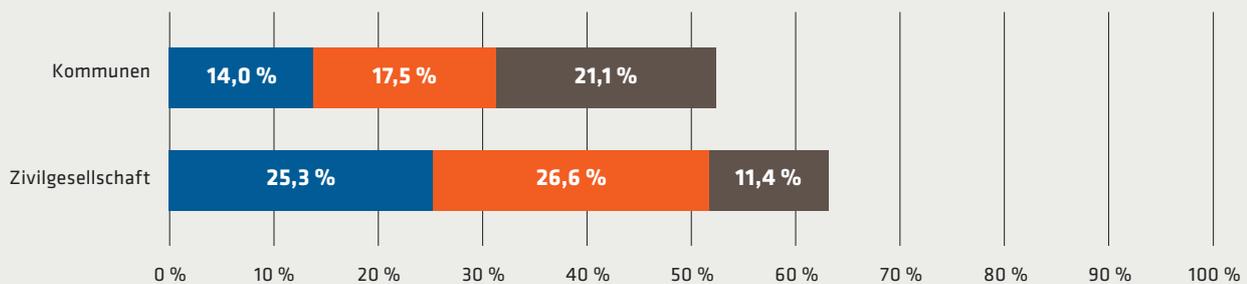
Zuständigkeit zwischen Integration und Internationales ist oft unklar.



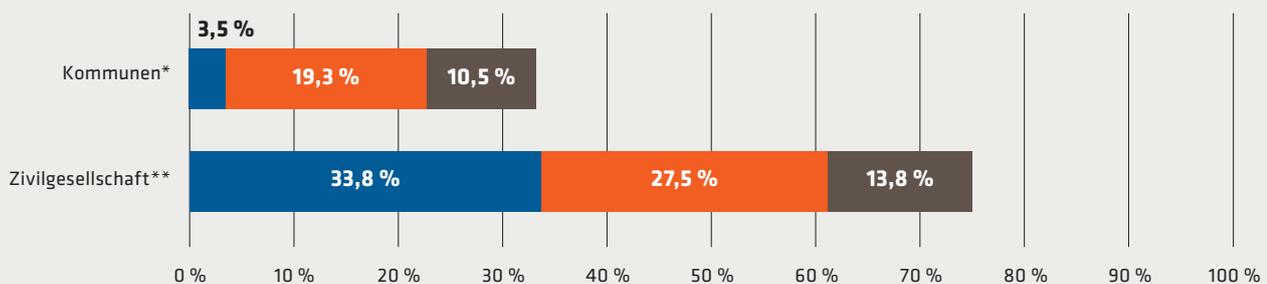
Entwicklungspolitisches Engagement ist ein Teilbereich von Integrationsarbeit.



Entwicklungspolitisches Engagement ist ein Teilbereich von Internationales.



Migration und Entwicklung als eigenständiges Handlungsfeld.



Quelle: Eigene Erhebung (Kommunen: n = 58; Zivilgesellschaft: n = 82).

* wird bereits als eigenständiges Handlungsfeld verstanden.
 ** sollte als eigenständiges Handlungsfeld verstanden werden.

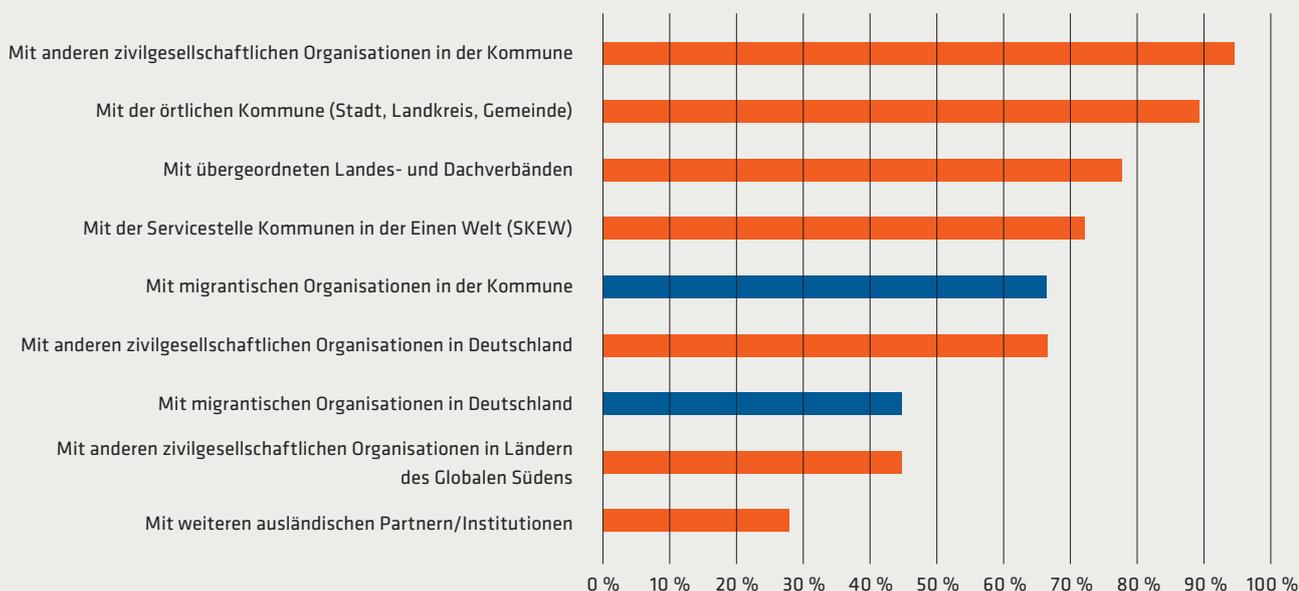
Einbindung in Eine-Welt-Netzwerke

Eine wichtige Rolle in der kommunalen Entwicklungspolitik spielen seit den 1980er-Jahren Eine-Welt-Netzwerke, die mittlerweile fast flächendeckend in deutschen Kommunen vertreten sind. Im Rahmen der Online-Umfrage wurden daher auch Daten zur Einbindung von migrantischen Akteurinnen und Akteuren in diese Eine-Welt-Netzwerke erhoben. So wurden die Befragten aus diesen Netzwerken um Angaben dazu gebeten, inwiefern sie bereits mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren in ihrer Kommune kooperieren. Hierbei wurde deutlich, dass bereits in zwei Dritteln der Kommunen, aus denen Eine-Welt-Akteurinnen und -Akteure bei unserer Online-Umfrage mitgemacht haben, Kooperationen mit migrantischen Organisationen aus derselben Kommune bestehen. Fast die Hälfte von ihnen kooperiert zudem auch noch mit migrantischen Organisationen aus anderen Städten oder migrantischen Dachverbänden (vgl. die dunkel eingefärbten Balken in Abb. 33). Es überwiegt allerdings die Zusammenarbeit mit anderen Akteurinnen und Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit.

Regionale Unterschiede

Auch hier ist wieder von regionalen Unterschieden im Grad der Einbindung je nach Bundesland und auch mit Blick auf Stadt-Land-Unterschiede auszugehen, die jedoch aufgrund zu geringer Fallzahlen an dieser Stelle nicht statistisch dargestellt werden können. In den Interviews wurde auf diesen Zusammenhang aber mehrfach hingewiesen, insbesondere, dass Eine-Welt-Akteurinnen und -Akteure verstärkt in größeren Städten aktiv seien, während sie im ländlichen Raum oft noch fehlten. Zudem bestehen Unterschiede im Grad der Einbindung in die 16 Eine-Welt-Landesnetzwerke, die in der Arbeitsgemeinschaft „Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e. V.“ (agl) zusammengeschlossen sind. Hier gebe es Länder, in denen die Vernetzung mit migrantischen Organisationen stärker eingeleitet worden sei als in anderen. Die Einbindung in diese übergeordnete Ebene ist aber nicht ganz unwichtig, da über die Landesnetzwerke durchaus Einfluss auf die Landespolitik und damit die kommunalen Aktivitäten im entwicklungspolitischen Kontext ausgeübt wird.

Abbildung 33: Kooperationspartnerinnen und -partner der Eine-Welt-Netzwerke (Selbstauskunft nur Eine-Welt-Akteurinnen und -Akteure)



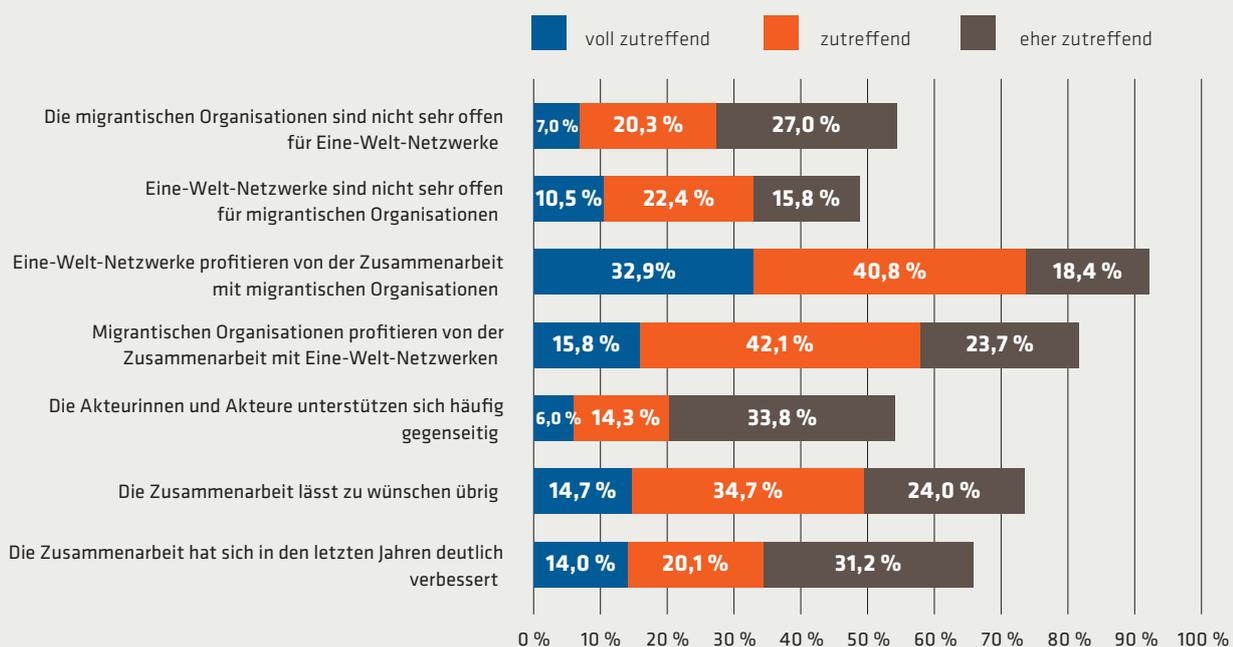
Quelle: Eigene Erhebung (Zivilgesellschaft, nur Eine-Welt-Akteure: n = 18).

Die Zusammenarbeit mit Eine-Welt-Netzwerken sei aber nicht nur wegen der Beteiligung an Überlegungen zur strategischen Ausrichtung und Weiterentwicklung der kommunalen Entwicklungspolitik wichtig, sondern auch, weil in der Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlich organisierten Eine-Welt-Netzwerken eine Augenhöhe in der Zusammenarbeit leichter hergestellt worden sei – so die Überzeugung vieler unserer Interviewpartnerinnen und -partner. So gelinge die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Eine-Welt-Akteurinnen und -Akteuren aus Sicht unserer Expertinnen und Experten hier deutlich besser als mit den Kommunen: „Die Verwaltung an sich ist stark hierarchisch aufgebaut. Die Arbeit mit Migrantinnen und Migranten kann nur dann funktionieren, wenn sie Partnerschaft auf Augenhöhe ist. Im zivilgesellschaftlichen Bereich, in der Eine-Welt-Arbeit, gelingt das viel besser und leichter, weil sie sich dort angenommen fühlen.“ Zudem profitierten von der Zusammenarbeit beide Seiten – sowohl die migrantischen Akteursgruppen als auch die Eine-Welt-Akteurinnen und -Akteure, da auch letztere durch die Zusammenarbeit neue Impulse erhielten und eine größere Perspektivenvielfalt entstehe. Kritisch wurde

jedoch auch angemerkt, dass durch die Knappheit an Fördermitteln und Ressourcen Konflikte zwischen Eine-Welt- und migrantischen Organisationen entstehen könnten.

Des Weiteren wurde auch eine Außensicht auf die Zusammenarbeit von Eine-Welt- und migrantischen Akteursgruppen durch die Kommunen eingeholt. Es wurde gefragt, ob Eine-Welt-Netzwerke und migrantische Organisationen aus Sicht der Kommunen eine gegenseitige Offenheit an den Tag legen und insgesamt von der Zusammenarbeit profitieren würden. Dabei kam heraus, dass in Bezug auf die Offenheit noch eine gewisse Skepsis in den Kommunen besteht. Jeweils nur die Hälfte der Kommunen war davon überzeugt, dass die gegenseitige Offenheit bereits groß genug sei. Allerdings war die große Mehrheit der Meinung, dass beide Partnerinnen und Partner von einer Zusammenarbeit profitieren würden, die Eine-Welt-Netzwerke sogar noch mehr als die migrantischen Akteurinnen und Akteure. Insgesamt wurde die Zusammenarbeit daher als noch ausbaufähig beschrieben. Allerdings wurde auch gesagt, dass die Zusammenarbeit sich in den letzten Jahren deutlich verbessert habe.

Abbildung 34: Wenn Sie an die Kooperation von Eine-Welt-Akteurinnen und -Akteuren und migrantischen Akteurinnen und Akteuren in Städten, Landkreisen und Gemeinden denken, wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen?



Quelle: Eigene Erhebung (Zivilgesellschaft: n = 77).

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

70

Insgesamt wird deutlich, dass sich das Handlungsfeld Migration und Entwicklung zwischen 2012 und 2020 stark gewandelt hat. Der Befund aus dem vorliegenden Gutachten ist, dass es in den letzten Jahren zu einer starken Ausweitung des Handlungsfeldes auf kommunaler Ebene gekommen ist und auch ein weiterer Bedeutungszuwachs zu erwarten ist. Wie wir gesehen haben, sind in den letzten zehn Jahren viele neue Kommunen in das Handlungsfeld dazu gekommen, die erste Projekte in dem Bereich angegangen sind. Auch auf zivilgesellschaftlicher Seite hat das Thema an Bedeutung gewonnen und insbesondere migrantische Organisationen haben sich in den letzten Jahren deutlich weiterentwickelt.

Durch die Migrationsdynamik seit 2015 und die gleichzeitige Verabschiedung der Sustainable Development Goals (SDGs) hat das ganze Feld ebenfalls eine neue Dynamik gewonnen. Es ist klar geworden, dass die Welt enger zusammengerückt und deutlich interdependenter geworden

ist. Immer mehr Menschen wird klar, dass die Lebens- und Wirtschaftsweise im Globalen Norden Auswirkungen auf die Lebensbedingungen im Globalen Süden und umgekehrt hat. Zu den vielfältigen Reaktionen auf große internationale Unterschiede und Spannungen zählen auch freiwillige und unfreiwillige Migration. Kommunen stehen dabei oftmals am Ende der Wirkungskette, wenn es etwa darum geht, Geflüchtete in ihren Städten und Gemeinden aufzunehmen und in die Gemeinschaft zu integrieren. Umgekehrt können Kommunen aber auch am Beginn einer positiven Wirkungskette stehen, wenn sie dabei helfen, Menschen mit Migrationsgeschichte und ihre Organisationen dabei zu unterstützen, die großen internationalen Ungleichheiten und Schieflagen ein Stück weit abzumildern und damit Spannungen in der Welt abzubauen. Wie wir gesehen haben, sind Kommunen in Deutschland mitten in dem Prozess, sich hierbei verstärkt einzubringen und ihren Beitrag zur Lösung globaler Probleme zu leisten.



Ausblick: Wie geht es weiter?
© EG/SKEW

Im Folgenden wollen wir die komplexen Einflussfaktoren, die in diesem Feld zusammenwirken, noch einmal ein Stück weit ordnen und systematisieren, um von dort aus Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen formulieren zu können, die dazu beitragen, die Effizienz und Effektivität dieses immer wichtiger werdenden Handlungsfeldes von Kommunen zu erhöhen. Sie beziehen sich auf die Kommunen und die beteiligten migrantischen Akteursgruppen sowie auf übergeordnete Institutionen.

Migration und Entwicklung – als Thema gesetzt!

Ein erster Befund der Studie besteht darin, dass der potenzialorientierte und partizipative Grundansatz von Migration und Entwicklung von den Akteursgruppen im Feld weiterhin überaus positiv wahrgenommen wird. Es spricht alles dafür, den Weg weiterzugehen und für die Zukunft weitere Kommunen mitzunehmen und neue Partnerinnen und Partner für die Arbeit zu gewinnen. Mit Blick auf die migrantische Zivilgesellschaft ist klargeworden, dass durchaus noch Potenzial besteht, weitere Organisationen und Einzelpersonen in die Arbeit einzubeziehen, insbesondere da, wo die Einbindung von migrantischen Organi-

sationen und Einzelpersonen noch nicht weit vorangeschritten ist. In Zukunft wird es insbesondere darauf ankommen, diese Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik einzubinden, da einige von ihnen noch nicht in der Nähe von staatlichen Förderstrukturen agieren. Dass Menschen mit Migrationsgeschichte beziehungsweise migrantische Organisationen ein stärkeres Engagement der Kommunalverwaltung aktiv einfordern, ist (noch) nicht die Regel.

Zusammenarbeit und Netzwerkbildung

Bei der Suche nach (neuen) Kooperationspartnerschaften können die Kommunen dabei in aller Regel an bereits bestehende Netzwerke zwischen Kommunen und migrantischen Akteurinnen und Akteuren im Bereich der Integrationspolitik anknüpfen. Hier spielen in den vielen Kommunen migrantische Organisationen bereits seit längerer Zeit eine wichtige Rolle und werden hier auch weitgehend als gleichberechtigte Partnerinnen wahrgenommen. Das gewonnene Wissen und Vertrauen könnte aus diesem Bereich nach und nach auf entwicklungspolitische Aktivitäten übertragen werden. Teilweise haben wir es sogar mit den gleichen Akteurinnen und Akteuren in beiden Feldern zu tun.



Siebtens bundesweites Netzwerktreffen Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene im Jahr 2017 in Osnabrück
© Jo Hempel

Auch Ausländerbeiräte und Integrationsräte können, sofern sie bestehen, die Kommunalverwaltungen dabei unterstützen, die jeweiligen migran-tischen Akteursgruppen vor Ort ausfindig zu machen und mit ihnen in Kontakt zu treten. Denn die Räte kennen in der Regel die dortigen Vereine sehr gut. Gleichzeitig verfügen sie über gute Kontakte zu den Kommunalverwaltungen und anderen Netzwerkpartnerinnen und -partnern.

Zudem ist durch die starke Zuwanderung in den letzten Jahren und den hohen Handlungsdruck in den Kommunen eine neue Freiwilligenszene im Kontext von Migration entstanden, die die Kommunen bei den vielfältigen Herausforderungen massiv unterstützt hat. Dabei rückte auch das Engagement von bereits in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte stärker in den Fokus. Manche der Engagierten waren ursprünglich selbst als Geflüchtete gekommen. Dies hat auch dazu geführt, dass in den Kommunen viele neue interkulturelle Begegnungen stattgefunden haben und neue Netzwerke entstanden sind, die ebenfalls Anknüpfungspunkte zum Thema Entwicklungspolitik haben und in Zukunft weiter ausgebaut werden können.

Aber daneben können auch neue relevante Organisationen in die lokalen Netzwerke als Partnerinnen und Partner der Entwicklungspolitik eingebunden werden. Ein Bereich, in dem noch Potenzial besteht, kristallisierte sich in einigen unserer Gespräche vor allem in Bezug auf die Wirtschaft heraus, da sich vermehrt auch Unternehmen und Stiftungen für ökologische und soziale Belange engagieren, was häufig unter dem Stichwort „Corporate Social Responsibility“ (CSR) zusammengefasst wird. Darunter sind auch Unternehmen, die von Migrantinnen und Migranten selbst gegründet wurden.

Was die Zusammensetzung der einzelnen Akteursgruppen betrifft, die schließlich zusammenarbeiten, lässt sich sagen, dass es kein Patentrezept gibt. Vielmehr haben verschiedene Zusammensetzungen unterschiedliche Vor- und Nachteile (vgl. Neugebauer/Beywl, 2006)²². Sind die Partnerinnen und Partner in einem losen oder sehr strukturierten Netzwerk homogen, das heißt unterscheiden sie sich gar nicht so sehr voneinander, „addieren sich ihre Effekte und Leistungen lediglich“ (ebd.). Sind sie dagegen eher heterogen, das heißt sind die an dem Netzwerk teilnehmenden Partnerinnen und Partner sehr unterschiedlich, ergänzen sie sich besser und können die Gesamtleistungsfähigkeit eines Netzwerks multiplizieren (ebd.).

Diversität als Chance

Als Handlungsempfehlung lässt sich daraus ableiten, dass es sinnvoll ist, ein Netzwerk, oder niedrigschwelliger ausgedrückt ein Kreis von entwicklungspolitischen Akteurinnen und Akteuren, stetig zu erweitern, um möglichst unterschiedliche Kompetenzen und Perspektiven für das Gesamtnetzwerk nutzbar zu machen, auch wenn dies zunächst mit mehr Anstrengungen und auch Unsicherheiten (etwa im Umgang mit den neuen Partnerinnen und Partnern oder deren politischer Ausrichtung) verbunden ist. Diversität kann in diesem Sinne als Chance und mögliche Ressource gesehen werden. Wichtig ist, dass es auch hier keine generell „richtige“ Form der Koordination gibt, sondern nur eine richtige Koordination für bestimmte Netzwerke.

Dabei kann es in Zukunft hilfreich sein, die bestehenden Räte für Themen und Angebote der kommunalen Entwicklungspolitik zu sensibilisieren sowie mit ihrer Unterstützung in der jeweiligen Kommunalverwaltung eine Datenbank von Engagierten und entsprechenden Ansprechpersonen aufzubauen.

22 Für ausführliche Darstellungen der unterschiedlichen Vor- und Nachteile aus Perspektive der Netzwerktheorie siehe Neugebauer, U., & Beywl, W. (2006). Methoden zur Netzwerkanalyse. Zeitschrift für Evaluation, 2 (2006), 249-286.



Austausch über
Ideen, gemeinsames
Verständnis und
Visionen
© Dominik Schmitz

Gemeinsames Verständnis für Entwicklungspolitik entwickeln

Wichtig bei der Zusammenarbeit zwischen Kommune und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist, dass zu Beginn der Kooperation ein gemeinsames Verständnis über die Inhalte und die Ziele erarbeitet wird und während der Zusammenarbeit eine Gleichberechtigung gewahrt bleibt. So wurde in unserer Studie von zivilgesellschaftlichen Organisationen bemängelt, dass die Kommunalverwaltung und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure oftmals nicht das gleiche Verständnis davon hätten, was Entwicklungspolitik ist und was erreicht werden soll. Auch die Kommunen nannten dies als ihren wichtigsten Kritikpunkt. Mit Blick auf die Tragfähigkeit und den Erfolg von Kooperationen ist eine gemeinsame Wertebasis aber unabdingbar. Zu bedenken ist hier, dass das Feld der migrantischen Organisationen auch in sich sehr vielfältig ist und es keineswegs leicht ist, sich auf eine gemeinsame Zielrichtung zu einigen. Teilweise besteht auch in der Zusammenarbeit die Gefahr eines „Klientelismus“, wie es eine Interviewpartnerin formuliert hat, das heißt, dass private Interessen im Vordergrund stehen oder die Unterstützung bestimmter Herkunftsgruppen.

Der Vorstellung eines kommunalen Netzwerks für Entwicklungspolitik folgend, dient eine gemeinsame Netzwerkvision allen Beteiligten nach Neugebauer/Beywl (2006) als Orientierung, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Dies kann und soll auch dabei helfen, sich in schwierigen Zeiten an gemeinsame, übergeordnete Ziele zu erinnern und damit Krisen zu meistern (ebd.). Laut Neugebauer und Beywl hängt die Tragfähigkeit eines Netzwerkes dabei davon ab, wie „die übergeordneten Ziele“ kommuniziert und wie sie in „Mittlerziele“, also Zwischenziele, heruntergebrochen werden, die als Orientierungspunkte bei der konkreten Arbeit dienen.

Eine Handlungsempfehlung, die aus der Betrachtung der jeweiligen Wahrnehmungen hinsichtlich der Zusammenarbeit resultiert, ist, dass in Zukunft stärker am gemeinsamen Verständnis für Entwicklungspolitik und deren Ziele gearbeitet werden muss. Orte hierfür wären gemeinsame Gremien der lokalen Entwicklungspolitik, wie beim Beispiel der Stadt Münster (siehe unten), oder informelle Treffen, bei denen über diese Themen geredet und eine gemeinsame Vision entwickelt werden kann. Dies ist ohne Frage ein zeitintensiver Prozess, der viele Begeg-

nungen notwendig macht. Solche Dialog- und Vernetzungsprozesse dienen nicht nur dazu, dass sich die Partnerinnen und Partner besser kennenlernen und sich über ihre Ziele austauschen, sondern auch, dass eventuell bestehende Vorurteile und Stereotype abgebaut werden können. Auch aus anderen Studien wissen wir, dass der Erfolg in der Zusammenarbeit mit migrantischen Organisationen gerade von gegenseitigem Verständnis und gegenseitigem Vertrauen abhängt (Hunger et al., 2011). In diesem Zusammenhang kann es auch manchmal ratsam sein, zunächst mit kleineren, niedrigschwelligen Projekten zu beginnen, damit die Partnerinnen und Partner sich kennenlernen und ihre Rolle in der Zusammenarbeit finden.

Ermächtigung (Empowerment) und Gleichberechtigung

Der Befund in unserer Studie zu diesem Punkt zeigt, dass zwar mehr und mehr Interaktionen zwischen Kommunen und migrantischen Akteurinnen und Akteuren stattfinden, eine Gleichberechtigung in den Gremien und Projekten jedoch aktuell nur schwer zu erreichen ist, allein schon

angesichts der enormen institutionellen Unterschiede. Eine größere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten ist in Zukunft auch in übergeordneten Gremien anzustreben, wo die strategische Ausrichtung von Programmen und Förderrichtlinien stattfindet und diese die Zusammenarbeit in den Kommunen vor Ort stark vorprägen. Hier findet wichtige Kommunikation teilweise noch ohne migrantische Beteiligung statt.

Zur Schaffung von mehr Gleichberechtigung in den Kooperationen kann auch die Öffnung bestehender und gegebenenfalls auch die Schaffung spezieller Förderprogramme für migrantische Organisationen hilfreich sein. Ein wichtiger Punkt ist dabei vor allem die Art der Förderprojekte. Ein Projekt mit Ownership, bei dem die migrantischen Organisationen hauptverantwortlich für die Durchführung der Projekte sind und eine volle finanzielle Ausstattung erhalten, würde diese auf ihrem Weg in stärker professionalisierte Strukturen unterstützen und auch die Wertschätzung für die Arbeit und Expertise migrantischer Akteurinnen und Akteure erhöhen, was zudem ein zentrales Anliegen ist.



Empowerment und politische Teilhabe als zentrale Anliegen der Arbeit von migrantischen Organisationen
© Katrin Riß

Außerdem lässt sich aus den Interviews mit migrantischen Vertretenden schließen, dass es gut wäre, in Zukunft mehr darauf zu achten, in den Förderprogrammen die spezifischen Kompetenzen migrantischer Akteurinnen und Akteure stärker zu berücksichtigen (Landeskenntnisse, Sprachkenntnisse) und Zugangsbarrieren zu den Förderprogrammen abzubauen (zum Beispiel Formulierung in leichter Sprache oder größere Freiheit bei der Antragsgestaltung). So sind insbesondere viele Organisationen der neuen Zuwanderungsgruppen, wie aus Syrien, noch ganz am Anfang ihrer Organisationsbildung. Sie arbeiten fast ausschließlich auf ehrenamtlicher Basis und sind in Organisations- und Strukturfragen oft noch unerfahren. Bürokratische Vorgaben erleben sie als große Herausforderungen (Ragab et al., 2017). Hinzu kommt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in Syrien bis heute verfolgt werden und viele syrische Migrantinnen und Migranten dementsprechend ein Misstrauen gegenüber staatlichen Organisationen haben (ebd.).

Hauptamtliche Strukturen fördern die Kommunikation

Die Schaffung hauptamtlicher Strukturen auf Seiten der migrantischen Akteurinnen und Akteure kann daher dazu beitragen, dass die geschilderten Probleme in der Arbeitsweise von Haupt- und Ehrenamtlichen ein Stück weit abgemildert werden und die Kommunikation mit den Kommunalverwaltungen dadurch besser gelingen kann.

Andererseits würden dadurch die migrantischen Organisationen in den Kommunen auch noch mehr als Verantwortungsträger wahrgenommen. Auch Schulungen und Workshops zum Thema Organisationsentwicklung können auf dem Weg zu einer gleichberechtigteren Interaktion helfen. Umgekehrt könnten migrantische Organisationen Schulungen für Kommunen geben, in denen sie ihre Sichtweise und Erfahrungen an die deutschen Kommunen weitergeben.

Allerdings sollte auch nicht übersehen werden, dass sich auf Seiten der Organisationsentwicklung von migrantischen Organisationen in den letzten Jahren viel getan hat. So haben sich im Zuge der Neuzuwanderungen nicht nur neue migrantische Organisationen gebildet, sondern bereits bestehende haben sich weiter etabliert und ihre Strukturen professionalisiert.²³ Insbesondere auf Ebene der Dachverbände haben sich hier einige neue Organisationen etabliert, die sich überaus mitglieds- und öffentlichkeitsstark präsentieren.²⁴

Zusammenfassend bestehen die Handlungsempfehlungen zum Thema Empowerment demnach darin, Gremien weiter zu öffnen oder neue übergeordnete Formate der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu schaffen, Förderprogramme hinsichtlich der Aspekte Zugang und Ownership von Projekten zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen sowie die Schaffung hauptamtlicher Strukturen zu unterstützen.

23 Allerdings stellt Özer (2016) in einer Untersuchung zur Rolle von migrantischen Organisationen in der Arbeitsmarktintegration fest, dass nur 2 Prozent der migrantischen Organisationen 2016 als professionalisiert bezeichnet werden können. Damit ist gemeint, dass sie über langfristig beschäftigte, hochqualifizierte, hauptamtliche Mitarbeitende verfügen, die sich beispielsweise mit dem deutschen Vereinswesen auskennen, Kontakte zu relevanten staatlichen und nicht-staatlichen Akteurinnen und Akteuren knüpfen und pflegen sowie vertraut sind mit Kriterien für die Vergabe öffentlicher Mittel und Projektförderungen.

24 So hat sich 2010 die Iranische Gemeinde in Deutschland e. V. (IGD) mit etwa 170 Mitgliedern (wobei natürliche Personen gemeint sein, nicht Mitgliedsvereine) gegründet (iran-wissen.de, 2020). Seit 2012 gibt es zudem den Zentralrat der Afrikanischen Gemeinde in Deutschland (ZAGD) mit 53 Mitgliedsvereinen und 2013 gründete sich der Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e. V. (VDSH) mit über 20 Mitgliedsvereinen. Bei den Neugründungen ist zudem ein Anstieg von Frauenorganisationen mit Migrations- und Fluchtgeschichte zu verzeichnen. So wurde 2014 der Dachverband der Migrantinnenorganisationen (DaMigra) gegründet, der heute 71 Mitgliedsvereine zählt. Ziele der Vereine sind die Vernetzung von Migrantinnen, die Eindämmung von Rassismus und Sexismus sowie die Bekämpfung von sozialer Ungleichheit, auch im internationalen Maßstab (DaMigra, 2020).

Geeignete Strukturen in der Kommunalverwaltung

Mit Blick auf die internen Voraussetzungen in den Kommunen wird es in den nächsten Jahren wichtig sein, verlässliche Strukturen in den Kommunalverwaltungen aufzubauen, an denen das Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte andocken, gefördert und koordiniert werden kann. In Kommunen, die sich bereits mit dem Thema auseinandergesetzt haben, können im Grunde drei Modelle unterschieden werden: 1) eine Einbindung an das Arbeitsfeld „Integration“, die auch im Rahmen unserer Studie dominant war, 2) eine Anbindung an das Arbeitsfeld „Internationales“, was noch eher selten ist, aber durchaus vorkommt oder 3) die Schaffung eines eigenen Bereich für Migration und Entwicklung, was den Charme hat, dass hier Akteurinnen und Akteure aus den Bereichen Integration und Internationales sozusagen auf neutralem Terrain und auf Augenhöhe zusammentreffen können.

Einen entsprechenden Weg beschreitet derzeit die Stadt Münster, wo – neben dem bestehenden Integrationsrat und dem bestehenden Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit – ein neues Gremium zum Thema Migration und Entwicklung geschaffen wird, in dem gleichberechtigte Mitglieder aus beiden Räten zusammenkommen. Die Idee dahinter ist, dass dabei keiner der beiden Bereiche dominieren soll.²⁵

Als Handlungsempfehlung ist es ratsam, dass die Zuständigkeit für das Handlungsfeld Migration und Entwicklung in den Verwaltungsstrukturen sichtbar wird. Das gilt auch für kleinere Kommunen, die gegebenenfalls gar keinen Bereich Internationales haben, aber im Bereich Migration und Entwicklung aktiv werden wollen. Sie können auch innerhalb der bestehenden Strukturen Ansprechpersonen benennen (etwa im Bereich Integration/Soziales), die dann an potenziell Interessierte kommuniziert und nach außen sichtbar gemacht werden müssen. Innerhalb der Kommunen ist eine engere Kooperation zwischen den Bereichen „Integration“ und „Internationales“ (oder anderen Ressorts) wichtig. Hier geht es darum, Synergien zu nutzen. Durch eine solche

Institutionalisierung des Handlungsfeldes wird darüber hinaus auch die Sichtbarkeit und Relevanz des Themenbereiches verwaltungsintern erhöht. Außerdem wird die konkrete Zusammenarbeit mit den migrantischen Akteurinnen und Akteuren erleichtert.

Eine weitere Handlungsempfehlung besteht darin, die kommunalen Verwaltungsstrukturen weiter interkulturell zu öffnen – personell wie inhaltlich. So wäre es für migrantische Akteurinnen und Akteure in der Entwicklungspolitik sicher von Vorteil, wenn sie mit Menschen in der Verwaltung zusammenarbeiten könnten, die sich mit den Bedarfen und Arbeitsweisen migrantischer Organisationen gut auskennen. Dies muss nicht zwingend eine Person sein, die selbst Migrationsgeschichte oder -erfahrung hat. Aber wenn sie zum Beispiel selbst ehrenamtlich tätig war, so ist sie mit den Unterschieden zwischen haupt- und ehrenamtlichen Strukturen bestens bekannt und könnte entsprechend zwischen beiden „Welten“ vermitteln. Durch entsprechende Öffnungsprozesse können schließlich Hemmungen auf Seiten der Migrantinnen und Migranten (und der Kommune) abgebaut werden. Insbesondere der erste Kontakt zu migrantischen Akteursgruppen würde auf diese Weise sicher erleichtert.

Impulse durch übergeordnete Ebenen

Eine weitere Schlussfolgerung bezieht sich auf die Bedeutung übergeordneter politischer Ebenen. Wie die Untersuchung gezeigt hat, bedarf es, wie auch in den Vorgängergutachten festgestellt wurde, weiterhin der Unterstützung des Bundes und der Länder. Auf Bundesebene ist die Arbeit der SKEW nach wie vor zentral, um das Thema unter den Kommunen bekannt zu machen, wesentliche Akteurinnen und Akteure in dem Feld zu vermitteln und Wissen und Kompetenzen in die Kommunen zu tragen. Aber auch die Landesebene wurde von uns als wichtige Ebene ausgemacht, da hier die Rahmenbedingungen für die entwicklungspolitische Tätigkeit auf kommunaler Ebene gesetzt werden und von hier wichtige Signaleffekte ausgehen.

25 Für mehr Informationen siehe <https://www.stadt-muenster.de/ratsservice/politik-und-verwaltung/beirat-fuer-kommunale-entwicklungszusammenarbeit/migration-und-entwicklung-auf-kommunaler-ebene>

Angestrebt werden sollte hier eine weitere Einbindung von migrantischen Akteursgruppen in die entscheidenden Gremien, wie die verschiedenen Räte für Entwicklungszusammenarbeit, Beiräte einschlägiger Stiftungen oder entsprechende Gremien in den kommunalen Spitzenverbänden. Denn hier wird über die strategische Ausrichtung von Programmen und etwaigen Förderrichtlinien befunden, die die Zusammenarbeit in den Kommunen vor Ort stark mitprägen.

Gremien öffnen

Eine Handlungsempfehlung besteht also darin, diese Gremien weiter zu öffnen und auch neue übergeordnete Formate der Zusammenarbeit zu schaffen (etwa auch anknüpfend an bestehende Netzwerke mit Eine-Welt-Akteurinnen und -Akteuren).

Seit 2012 haben sich auf migrantischer Seite auch vielversprechende Organisationen gebildet, die immer repräsentativer in Bezug auf die Gruppe der Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland werden und in entsprechende Gremien eingebunden werden könnten. Zu nennen sind hier allen voran der Bundesverband „Netzwerke von Migrant*innenorganisationen e.V.“ (NeMO), der 2015 gegründet wurde und in dem sich über 700 Migrant*innenorganisationen bundesweit zusam-

mengeschlossen haben. In einigen Bundesländern gibt es entsprechende Landesverbände, wie in NRW den Landesverband „Netzwerk Migrant*innenorganisationen NRW“ (NeMO NRW).

Als spezifischer entwicklungspolitisch ausgerichtete Dachverbände sind zudem das in Berlin gegründete Landesnetzwerk entwicklungspolitischer NGOs (BER) und moveGlobal zu nennen. Letzterer ist ein Verband migrantisch-diasporischer Organisationen in der Einen Welt, in dessen Rahmen sich regelmäßig migrantische und nicht-migrantische Akteursgruppen der Entwicklungspolitik treffen und austauschen, die eng mit der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit des Landes Berlin zusammenarbeiten. Organisationen wie diese können in Zukunft stärker als Partnerinnen und Partner in den genannten Gremien eingebunden werden. Vorreiter ist hier neben Berlin das Land Baden-Württemberg, in dem bereits migrantische Organisationen im landesweiten Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. und im landesweiten Rat für Entwicklungszusammenarbeit vertreten sind.

Darüber hinaus ist auch der Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland e.V. (DaMost) von Bedeutung, der 2018 gegründet wurde und fünf Landesnetzwerke ostdeutscher



Die Partizipation von migrantischen Akteurinnen und Akteuren ist gefragt!
© Dirk Enters

Länder umfasst (DaMost, 2020): In Thüringen das Migranetz mit 29 Mitgliedsvereinen (gegründet 2015), in Brandenburg der Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg e.V. (MIR) mit rund 70 Mitgliedern (2000), in Sachsen der Dachverband sächsischer Migrantenorganisationen e.V. (DMS) mit 42 Mitgliedern (2016) und in Mecklenburg-Vorpommern das Migranet mit über 60 Mitgliedern (2009). Diese Verbände sind deswegen für das Feld so wichtig, da durch die Migration seit 2015 immer mehr ostdeutsche Kommunen

mit dem Thema Migration konfrontiert wurden und sie mit den Dachverbänden nun direkte Ansprechpersonen auf migrantischer Seite haben, die an konkrete Organisationen vor Ort verweisen können und gegebenenfalls auch zu einem weiteren Informationsaustausch zur Verfügung stehen.

Schlussbetrachtung

Datenbasis und Sichtbarmachung von Erfolgen

In diesem Gutachten ist die Relevanz des Themas Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene deutlich geworden. Im Rahmen dieser Studie wurden sowohl von den Teilnehmenden der Online-Umfrage als auch von unseren Interviewpartnerinnen und -partnern viele verschiedene positive Aspekte benannt. Sie reichten von „kleinen Nutzen“, wie gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, Zugängen zu Ressourcen, Wissen und Geldern aus Förderprogrammen, bis hin zur Durchführung erfolgreicher gemeinsamer internationaler Projekte und der Förderung des friedlicheren Zusammenlebens in der Kommune. Als eine zentrale Herausforderung wurde in diesem Zusammenhang jedoch auch immer genannt, dass es schwierig sei, die Erfolge entsprechend darzustellen und den jeweiligen Nutzen quantifizieren zu können. So gebe es viele weiche Faktoren, wie die Wertschätzung für die Partnerinnen und Partner oder die Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Kommune, die man mit objektiven Zahlen und Daten, wie Ausgaben für entwicklungspolitische Projekte, kaum erfassen könne.

Eine Schlussfolgerung, die man hieraus ziehen kann, besteht schließlich darin, dass die Erfolge der Einbindung von migrantischen Partnerinnen und Partnern für die kommunale Entwicklungspolitik in Zukunft noch systematischer erfasst und kommuniziert werden sollten. Dies würde auch zur weiteren Legitimation des Handlungsfeldes insgesamt beitragen, gerade auch vor dem Hintergrund der oben angesprochenen „Emotionalisierung“ des Themas Migration insgesamt. Die SKEW arbeitet bereits mit Best-Practice-Beispielen. Hier kann angeknüpft werden, um weitere Erfolgsgeschichten zu identifizieren und zu kommunizieren, die dann Nachahmungen in anderen Kommunen finden können. Um den Nutzen sicht- und messbar zu machen, müssten in Zukunft jedoch objektive Indikatoren, wie die Anzahl der Projekte mit migrantischen Partnerinnen und Partnern oder der zur Verfügung gestellten Räume, entwickelt werden. Anhand derer kann der Grad der Einbindung und der Erfolg der Zusammenarbeit einheitlich gemessen werden. Dies sollte nach der Bekanntmachung des Ansatzes und der Anwendung und stetigen Ausweitungen in den Kommunen der nächste Schritt sein.

ANHANG

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1:	Entwicklung der Zu- und Abwanderung von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Deutschland 2009 bis 2017	23
Abbildung 2:	Neugründungen von syrischen Vereinen 1987–2016	27
Abbildung 3:	Für wie wichtig schätzen Sie im Allgemeinen die Beteiligung und die Beiträge von migrantischen Akteurinnen und Akteuren in der kommunalen Entwicklungspolitik ein?	36
Abbildung 4:	Wie schätzen Sie den Anteil der Aktivitäten mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren an den Aktivitäten der kommunalen Entwicklungspolitik Ihrer Kommune ein?	37
Abbildung 5:	Wie beurteilen Sie die Entwicklungen im Bereich Migration und Entwicklung in Ihrer Kommune? In den letzten zehn Jahren ...	38
Abbildung 6:	Seit wann ist Ihre Kommune im Handlungsfeld Migration und Entwicklung tätig? In etwa seit	39
Abbildung 7:	Wodurch sind Sie auf das Handlungsfeld Migration und Entwicklung aufmerksam geworden? (Mehrfachantworten möglich)?	39
Abbildung 8:	Gibt es in Ihrer Kommune Bestrebungen, die Beteiligung migrantischer Akteurinnen und Akteure an der kommunalen Entwicklungspolitik zu erhöhen?	40
Abbildung 9:	Welche Art migrantischer Partnerinnen und Partner waren in den letzten 12 Monaten an diesen Aktivitäten der kommunalen Entwicklungspolitik in Ihrer Kommune beteiligt?	41
Abbildung 10:	Wie sehr stimmen Sie der folgenden Aussage zu: Wir kennen unsere migrantischen Partnerinnen und Partner nicht gut. Das Feld ist zu unübersichtlich?	42
Abbildung 11:	Worin sehen Sie die besonderen Potenziale migrantischer Akteurinnen und Akteure in der Entwicklungspolitik (spezifische Kenntnisse des Herkunftslandes)? Sie haben	43
Abbildung 12:	Worin sehen Sie die besonderen Potenziale migrantischer Akteurinnen und Akteure in der Entwicklungspolitik (spezifische Kompetenzen)? Sie haben	44
Abbildung 13:	Worin sehen Sie die besonderen Potenziale migrantischer Akteurinnen und Akteure in der Entwicklungspolitik (Kontakte ins Herkunftsland)? Sie haben	46
Abbildung 14:	Worin sehen Sie die besonderen Potenziale migrantischer Akteurinnen und Akteure in der Entwicklungspolitik (Motivation)? Sie haben	47
Abbildung 15:	Inwieweit haben sich migrantische Akteurinnen und Akteure in Ihrer Kommune in den folgenden Bereichen entwicklungspolitisch engagiert?	48
Abbildung 16:	Zunahme der Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen in den letzten zehn Jahren (Bereich hat zugenommen – Zustimmung in Prozent)	49

Abbildung 17:	Welche Vorteile der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik sehen Sie (Vielfältigkeit)? Vorteile bestehen	50
Abbildung 18:	Welche Vorteile der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik sehen Sie (Lernprozesse)? Vorteile bestehen	51
Abbildung 19:	Welche Vorteile der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik sehen Sie (Finanzen)? Vorteile bestehen	51
Abbildung 20:	Welche Vorteile der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik sehen Sie (Effizienz)? Vorteile bestehen	52
Abbildung 21:	Wie schätzen Sie die folgenden Aussagen mit Bezug zur Zusammenarbeit mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren in der Entwicklungspolitik Ihrer Kommune ein (Inhalt und Organisation)?	53
Abbildung 22:	Welche Vorteile der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik sehen Sie (Migrationsprozesse)? Vorteile bestehen	53
Abbildung 23:	Welche Vorteile der Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik sehen Sie (Zusammenleben)? Vorteile bestehen	54
Abbildung 24:	Manchmal kommt es auch zu Herausforderungen in der Zusammenarbeit (Gegenseitiges Verständnis) Es gibt Probleme, da	56
Abbildung 25:	Manchmal kommt es auch zu Herausforderungen in der Zusammenarbeit (Erreichbarkeit und Zuverlässigkeit) Es gibt Probleme, da	58
Abbildung 26:	Manchmal kommt es auch zu Herausforderungen in der Zusammenarbeit (Erwartungen) Es gibt Probleme, da	59
Abbildung 27:	Manchmal kommt es auch zu Herausforderungen in der Zusammenarbeit (Ressourcen) Es gibt Probleme, da	60
Abbildung 28:	Wie beurteilen Sie die Einbindung von migrantischen Akteurinnen und Akteuren in die kommunale Entwicklungspolitik ...	63
Abbildung 29:	Verfügt Ihre Kommune über eine eigene Stelle, die für die kommunale Entwicklungspolitik zuständig ist?	64
Abbildung 30:	Verfügt Ihre Kommune über eine eigene Stelle, die für die Einbindung migrantischer Akteurinnen und Akteure in die kommunale Entwicklungspolitik zuständig ist?	65
Abbildung 31:	Wie eng wird in Ihrer Kommune zwischen den Handlungsfeldern kommunale Entwicklungspolitik und Integrationsförderung zusammengearbeitet? (Mehrfachauswahl möglich)	66
Abbildung 32:	Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen Integration und Entwicklungspolitik in der kommunalen Arbeit?	67
Abbildung 33:	Kooperationspartnerinnen und -partner der Eine-Welt-Netzwerke (Selbstauskunft nur Eine-Welt-Akteurinnen und -Akteure)	68
Abbildung 34:	Wenn Sie an die Kooperation von Eine-Welt-Akteurinnen und -Akteuren und migrantischen Akteurinnen und Akteuren in Städten, Landkreisen und Gemeinden denken, wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen?	69

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

agl	Arbeitsgemeinschaft Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e V
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BER	Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CDG	Carl Duisberg Gesellschaft e V
CIM	Centrum für internationale Migration und Entwicklung
CSR	Corporate Social Responsibility
DaMigra	Dachverband der Migrantinnenorganisationen
DaMost	Dachverband der Migrantenorganisationen in Ostdeutschland e V
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
DMS	Dachverband sächsischer Migrantenorganisationen e V
DSE	Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GTZ	Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
IGD	Iranische Gemeinde in Deutschland e V
IHK	Industrie- und Handelskammern
MDGs	Millennium Development Goals
MDO	Migrantische Diasporaorganisation
MIR	Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg e V
MSO	Migrantenselbstorganisationen
NeMO	Netzwerke von Migrantenorganisationen e V
NeMO NRW	Netzwerk Migrantenorganisationen NRW
SDGs	Sustainable Development Goals
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
TANG	The African Network of Germany e V
UCLG	United Cities and Local Governments
UN	United Nations
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
VDSH	Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e V
VMDO	Verband der Migrantenorganisationen in Dortmund
ZAGD	Zentralrat der Afrikanischen Gemeinde in Deutschland
ZKE	Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

LITERATURVERZEICHNIS

- Abel, P (2020) Wanderausstellung „An(ge)kommen“ Abgerufen am 15 März 2020:
<https://www.forum-der-kulturen.de/angebote/wanderausstellung-angekommen/>
- agl - Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e V (August 2018) Migration und „Entwicklung“: Perspektiven einer migrationsgerechten Eine-Welt-Arbeit Berlin: Working Paper des agl-Fachforums „Migration, Diaspora und Entwicklung“
- Assmann, D , Honold, J , Grabow, B , & Roose, J (2018) SDG-Indikatoren für Kommunen: Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Urbanistik, Engagement Global
- Balleis, S (2017) Kommunale Wege deutscher Entwicklungspolitik Politische Studien, S 52-61
- Baraulina, T , Hilber, D , & Kreienbrink, A (10 Januar 2013) Migration und Entwicklung - Explorative Untersuchung des Handlungsfeldes auf Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen Abgerufen am 11 Juni 2019 von Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/WorkingPapers/wp49-migration-und-entwicklung.html>
- Bertelsmann Stiftung (2019) Für einen globalen Gesellschaftsvertrag für Migration und Entwicklung Abgerufen am 19 Juli 2019: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/migration-fair-gestalten/projekt-nachrichten/global-forum-on-migration-and-development/>
- Boppel, H -C (2016) „Die SKEW - Eine der wichtigsten Innovationen in der Geschichte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ In SKEW, Kommunale Entwicklungspolitik 1996-2016: 20 Jahre bundesweiter Service in Bonn (S 36-39) Bonn: SKEW
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (18 Dezember 2017) Neue Strukturförderung Abgerufen am 14 November 2019:
<https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2017/20171218-am-neue-strukturfoerderung.html>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (Februar 2011) Migrationsbericht 2009 Abgerufen am 26 Juli 2019:
<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2009.html>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (Februar 2012) Migrationsbericht 2010 Abgerufen am 26 Juli 2019:
<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2010.html;jsessionid=31BA2421408DCD5D0CBAA2A159B0E284.internet271?nn=283568>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (Januar 2014) Migrationsbericht 2011 Abgerufen am 13 November 2019: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2011.html;jsessionid=31BA2421408DCD5D0CBAA2A159B0E284.internet271?nn=283568>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (Januar 2015) Migrationsbericht 2013 Abgerufen am 22 Juni 2019:
<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2013.html;jsessionid=31BA2421408DCD5D0CBAA2A159B0E284.internet271?nn=283568>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (Januar 2016a) Migrationsbericht 2014 Abgerufen am 11 November 2019: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2014.html;jsessionid=31BA2421408DCD5D0CBAA2A159B0E284.internet271?nn=283568>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2016b) Migrationsbericht 2015 Abgerufen am 22 Juni 2019:
<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2015.html;jsessionid=31BA2421408DCD5D0CBAA2A159B0E284.internet271?nn=283568>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (Januar 2019) Migrationsbericht 2016/2017 Abgerufen am 13 November 2019:
<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2016-2017.html;jsessionid=31BA2421408DCD5D0CBAA2A159B0E284.internet271?nn=283568>
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (2017) Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland Berlin: Referat Öffentlichkeitsarbeit
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2020) Im Detail: Die einzelnen Akteure Abgerufen am 15 März 2020:
https://www.bmz.de/de/ministerium/wege/bilaterale_ez/akteure_ez/einzelakteure/index.html

- Bundesregierung (November 2016) Strategie für Migration und Entwicklung Aktionsplan für die Außendimension der Migrations- und Flüchtlingspolitik (D Bundesregierung, Hrsg.) Abgerufen am 11. November 2019: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/publikationen/strategie-fuer-migration-und-entwicklung-735206>
- Candan, M. (2013) Die irakische Diaspora in Deutschland und ihr Beitrag im Wiederaufbauprozess im Irak nach 2003. Diskurs, S. 65
- Castles, S., & Delgado Wise, R. (2008) Migration and development: Perspectives from the South. Zacatecas: Universidad Autónoma de Zacatecas
- Citizens for Syria (2020) Capacity and Needs of Syrian Civil Society Organizations <https://citizensforsyria.org/syrian-cso-capacity/>
- Engagement Global gGmbH (2019c) Kommunale Entwicklungspolitik öffnet Türen: Gute Beispiele aus engagierten Kommunen. Bonn: SKEW
- Engagement Global gGmbH (2012) Migration und kommunale Entwicklungspolitik 2012. Aktueller Stand und Potenziale des Zusammenwirkens von Diasporen und kommunaler Entwicklungspolitik in ausgewählten Kommunen. Bonn: Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) (Nr. 27)
- Engagement Global gGmbH (2014) Handreichung zur Kommunalen Entwicklungspolitik: Ein Theorie- und Praxisleitfaden. Bonn: SKEW
- Engagement Global gGmbH (2015) Beispiele guter Praxis zu Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene. Bonn: Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) (Nr. 33)
- Engagement Global gGmbH (2019a) Partizipation von Geflüchteten in der kommunalen Entwicklungspolitik. Gutachten. Bonn: Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) (Nr. 36)
- Engagement Global gGmbH (2019b) Kommunale Entwicklungspolitik öffnet Türen: Gute Beispiele aus engagierten Kommunen. SKEW: Bonn
- Engagement Global gGmbH (2020) Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Ihre Partnerin zu allen Fragen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Abgerufen am 15. März 2020: <https://skew-engagement-global.de/>
- Engagement Global gGmbH (2020) Kommune bewegt Welt - Steckbriefe der Preisträgerinnen und Preisträger <https://skew-engagement-global.de/preistraeger-kommune-bewegt-welt.html#anker04>
- EPN Hessen e. V. (2019) Kommunale Entwicklungspolitik. Abgerufen am 1. Dezember 2019: <https://www.epn-hessen.de/epol-in-hessen/ez-der-landesregierung-05/>
- Fischer, C. (2. April 2019) Afghanische Migration nach Deutschland: Geschichte und aktuelle Debatten. Abgerufen am 26. Juli 2019 von Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/288717/afghanische-migration-nachdeutschland>
- Fröhlich, K., & Lämmlein, B. (2009) Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
- FSI Forum für soziale Innovation gGmbH (2019) Faire Moschee NRW. Abgerufen am 15. März 2020: <http://www.fairemoschee.de/faire-moschee-nrw/>
- Global Forum on Migration and Development (GMFD) (2019) Background. Abgerufen am 19. Juli 2019: <https://gfmd.org/process/background>
- Heinrich Böll Stiftung (2012) Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Abgerufen am 09. Januar 2020 von KommunalWiki: http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Bundesministerium_f%C3%BCr_wirtschaftliche_Zusammenarbeit_und_Entwicklung
- Hilliges, G. (2016) Von Florenz über Mainz, Köln, Berlin nach Bonn. In SKEW, Kommunale Entwicklungspolitik 1996-2016: 20 Jahre bundesweiter Service (S. 9-13). Bonn
- Hillmann, F., & Rudolph, H. (1996) Jenseits des brain drain. Zur Mobilität westlicher Fach- und Führungskräfte nach Polen. Wissenschaftszentrum Berlin: Discussion Paper FS I 96-103
- Hossaini, S. (2013) Afghanische Diaspora und Brain Drain. Abgerufen von Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/internationales/asien/afghanistan-das-zweite-gesicht/153504/afghanische-diaspora-und-brain-drain>
- Hunger, U. (2000) Vom ‚brain drain‘ zum ‚brain gain‘. Migration, Netzwerkbildung und sozio-ökonomische Entwicklung: das Beispiel der indischen ‚Software-Migranten‘. IMIS-Beiträge, H. 16, S. 7-22

- Hunger, U (Oktober 2002) Von der Betreuung zur Eigenverantwortung Neuere Entwicklungstendenzen bei Migrantenvereinen in Deutschland
- Hunger, U (2004) Wie können Migrantenselbstorganisationen den Integrationsprozess betreuen? Münster/Osnabrück/Nürnberg: Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration
- Hunger, U , & Candan, M (2017) Die irakische Diaspora-Community in Deutschland Umfang, Formen und Gründe des freiwilligen Engagements Von Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ) abgerufen
- Hunger, U , & Metzger, S (2013) Erfolgs- und Misserfolgsbedingungen für Kooperationen zwischen etablierten Trägern und Migrantenorganisationen Ergebnisse einer Feldstudie in Berlin In L. Dies, Neue Wege der Kooperation und Partizipation (S 35-126) Berlin/Münster: Lit-Verlag
- Hunger, U , Metzger, S , & Bostanci, S (2018) Migrantenselbstorganisation In I Gogolin, V Georgi, M Krüger-Potratz, D Lengyel, & U Sandfuchs, Handbuch „Interkulturelle Pädagogik“ (S 403-406) Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt
- Hunger, U , Metzger, S , & Krannich, S (2011) Integration und entwicklungsbezogenes Engagement von Migranten auf Ebene der Bundesländer und Kommunen Eschborn: Expertise im Auftrag der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) (unveröffentlicht, 31 S)
- Hunger, U , Stiller, M , & Kröger, J (2017) Die syrische Diaspora-Community in Deutschland Umfang, Formen und Gründe des freiwilligen Engagements Von Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ) abgerufen
- Initiative Kommunales Know-How für Nahost (2019) Qualifizierung von syrischen Geflüchteten in deutschen Kommunalverwaltungen Abgerufen am 13. November 2019:
<https://www.initiative-nahost.de/de/aktivitaeten-zur-qualifizierung-syrischer-gefluechteter.html>
- Internationale Organisation für Migration (IOM) (2018) Migration and the 2030 Agenda: A Guide for Practitioners Genf: International Organization for Migration
- InWEnt gGmbH – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (2008) Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit Gutachten zum aktuellen Stand und den Potenzialen des Zusammenwirkens Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 31
- Itzigsohn, J , Cabral, C D , Medina, E H , & Vazquez, O (1999) Mapping Dominican transnationalism: narrow and broad transnational practices Ethnic and Racial studies, 22(2), S 316-339
- Kessler, C , & Rother, S (2016) Democratization through migration?: political remittances and participation of Philippine return migrants Lanham: Lexington Books
- Lee, E S (1972) Eine Theorie der Wanderung In G Széll (Hrsg), Regionale Mobilität (S 117-129) Nymphenburger Verlag 1982
- Leitermann, W (2016) Die Gründerjahre der SKEW In SKEW, Kommunale Entwicklungspolitik 1996-2016 (S 19-21) Bonn
- Levitt, P , & Lamba-Nieves, D (2011) Social remittances revisited Journal of Ethnic and Migration Studies, S 1-22
- Mayring, P (1991) Qualitative Inhaltsanalyse In U Flick, E von Kardoff, H Keupp, L von Rosenstiel, & S Wolff, Handbuch qualitative Forschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen (S 209-213) München: Beltz - Psychologie Verl Union
- Neugebauer, U , & Beywl, W (2006) Methoden zur Netzwerkanalyse Zeitschrift für Evaluation, S 249-286
- Nitschke, U (2016) Aufbau und Etablierung der SKEW In SKEW, Kommunale Entwicklungspolitik 1996-2016 (S 22-25) Bonn
- OECD/DAC (2009) Glossar entwicklungspolitischer Schlüsselbegriffe aus den Bereichen Evaluierung und ergebnisorientiertes Management Abgerufen am 1. Dezember 2019:
<http://www.oecd.org/dac/evaluation/dcdndep/43184177.pdf>
- Özer, C (2016) Welche Bedeutung haben Migrantenorganisationen für die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund? Abgerufen am 11. November 2019 von Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement: <https://expydoc.com/doc/9477748/welche-bedeutung-haben-migrantenorganisationen-f%C3%BCr-die>
- Özer, C , & Keser, Ş (August 2011) Migranten(dach)organisationen in Deutschland (M gGmbH, Hrsg) Abgerufen am 11. November 2019 von Zuhause im Kreis Soest: <https://www.zuhause-im-kreis-soest.de/integration/downloads/2012-04-25-migrantenorganisationen-in-deutschland.pdf>

- Özer, C , & Knabe, E (2009) Verbindliche Kooperationen von Kommunen und Migrantenorganisationen Bielefeld
- Portes, A , Escobar, C , & Walton Radford, A (2005) Immigrant Transnational Organizations and Development: A Comparative Study Princeton University: Center for Migration and Development Working Paper 05-07
- Pries, L (25 April 2013) Umfang und Struktur von Migrantenorganisationen in Deutschland Abgerufen am 14 November 2019 von Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdoessiers/158871/umfang-und-struktur>
- Ragab, N , Rahmeier, L , & Siegel, M (2017) Mapping the Syrian diaspora in Germany Contributions to peace, reconstruction and potentials for collaboration with German Development Cooperation Maastricht: UNU MERIT
- Rivera-Salgado, G , Bada, X , & Rabadán, L E (2005) Participación cívica y política de los migrantes mexicanos en Estados Unidos: las asociaciones de paisanos en Los Ángeles y Chicago Washington, D C : Woodrow Wilson International Center for Scholars
- Safran, W (1991) Diasporas in modern societies: Myths of homeland and return Diaspora: A journal of transnational studies, 1(1), S 83-99
- Saxenian, A L (2002) Silicon Valley's new immigrant high-growth entrepreneurs Economic development quarterly, 16(1), S 30-31
- Sidel, M (2007) Vietnamese-American Diaspora Philanthropy to Vietnam Iowa: University of Iowa
- Skrbis, Z (2007) From migrants to pilgrim tourists: diasporic imagining and visits to Medjugorje Journal of Ethnic and Migration Studies, 33(2), S 313-329
- Skrbiš, Z , Baldassar, L , & Poynting, S (2007) Introduction-negotiating belonging: migration and generations Journal of intercultural studies, 28(3), S 261-269
- Smith, H A , & Stares, P (2007) Diasporas in conflict: peace-makers or peace-wreckers? Tokio: United Nations University Press
- Statistisches Bundesamt (1 Juli 2009) Bevölkerung und Erwerbstätigkeit Ausländische Bevölkerung Ergebnisse des Ausländerzentralregisters Fachserie 1, Reihe 2
- Statistisches Bundesamt (15 April 2019) Bevölkerung und Erwerbstätigkeit Ausländische Bevölkerung Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2018 Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2, 2018
- Statistisches Bundesamt (2019b) Nachhaltigkeitsindikatoren Abgerufen am 1 Dezember 2019: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Nachhaltigkeitsindikatoren/_inhalt.html
- Sultan, M M (2021) Migrantenorganisationen in Zeiten der Wiedervereinigung Abgerufen am 28.09.2021 von Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/migrantische-perspektiven/325185/migrantenorganisationen-in-zeiten-der-wiedervereinigung>
- Thränhardt, D (2005) Entwicklung durch Migration: Ein neuer Forschungsansatz Aus Politik und Zeitgeschichte 27, S 3-11
- Thränhardt, D , & Diergesweiler, R (1999) Bestandsaufnahme der Potentiale und Strukturen von Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten mit Ausnahme der Selbstorganisationen türkischer, bosnischer und maghrebinischer Herkunft in Nordrhein-Westfalen In S u Ministerium für Arbeit, Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW Wissenschaftliche Bestandsaufnahme (S 1-73) Düsseldorf: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport
- United Nations (UN) (2015) Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung New York: Generalversammlung der Vereinten Nationen
- United Nations Department of Economic and Social Affairs (2016) International Migration Report 2015 Highlights Abgerufen am 14 November 2019: https://www.un.org/en/development/desa/population/migration/publications/migrationreport/docs/MigrationReport2015_Highlights.pdf
- United Nations Department of Economic and Social Affairs (Dezember 2017) International Migration Report 2017 Abgerufen am 26 Juli 2019: <https://www.un.org/en/development/desa/population/migration/publications/migrationreport/docs/MigrationReport2017.pdf>
- United Nations Department of Economic and Social Affairs (Dezember 2017a) International Migration Report 2017 Abgerufen am 13 November 2019: <https://www.un.org/en/development/desa/population/migration/publications/migrationreport/docs/MigrationReport2017.pdf>

- United Nations Department of Economic and Social Affairs (2017b) International Migration Report 2017 Highlights
Abgerufen am 13. November 2019:
<https://www.un.org/development/desa/publications/international-migration-report-2017.html>
- Warnecke, A., Brethfeld, J., & Franke, V. (April 2007) Die Rolle der afrikanischen Diaspora im Konfliktgeschehen
Konzeptpapier zum Workshop: Konfliktfaktor oder Krisenschlichter? Die Rolle der afrikanischen Diaspora im
Konfliktgeschehen
- Winterhagen, J. (2015) Entwicklungspolitisches Engagement migrantischer Organisationen in Deutschland
Osnabrück: IMIS-Beiträge
- Witteler-Stiepelmann, D. (2016) Wo steht die kommunale Entwicklungspolitik und wie geht es weiter? In SKEW,
Kommunale Entwicklungspolitik 1996-2016: 20 Jahre bundesweiter Service in Bonn (S. 49-52). Bonn: SKEW
- Zhu, Z. (2007) Two Diasporas: Overseas Chinese and Non-resident Indians in their Homelands' Political Economy
Journal of Chinese Political Science 12(3), S. 281-296

VERZEICHNIS DER BEFRAGTEN QUALITATIVE INTERVIEWS

Person	Institution
Übergeordnet/Allgemein	
1	Tatjana Baraulina Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Migrations- und Integrationsforschung, BAMF
2	Dr Christoph Grammer Staatsministerium Baden-Württemberg, Leiter der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg
3	Dr Eva Dick Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik & Mitglied des Programmbeirates der SKEW
4	Hans Wietert-Wehkamp Gründer des Instituts für soziale Innovation, Solingen
5	Petra Schmettow Mitbegründerin und Vorstand von finep – Forum für internationale Entwicklung und Planung
Kommunen/Kommunale Spitzenverbände	
6	Sorya Lippert Zweite Bürgermeisterin Stadt Schweinfurt
7	Anna Gatzke Integrationsbeauftragte der Stadt Greifswald
8	Dr David Tchakoura Integrationsbeauftragter der Stadt Konstanz
9	Franziska Heine Integrationskoordination und Prozessmanagement, Burgenlandkreis Sachsen-Anhalt
10	Jonas Wiggers Kordinator für kommunale Entwicklungspolitik, Verband Kommunaler Unternehmen
11	Miriam Elsässer Kordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik, Deutscher Landkreistag
12	Susanne Rietkötter Büro für Internationales, Stadt Münster
Zivilgesellschaftliche / Migrantische Akteure	
13	Lilli Christin Kardouh Geschäftsführerin des Verbandes deutsch-syrischer Hilfsvereine
14	Carlos dos Santos Bildungsreferent für globales Lernen, ebase e V Mainz
15	Dr Sylvie Nantcha Gründerin The African Network of Germany (TANG) e V
16	Paulino Miguel Geschäftsstelle Forum der Kulturen Stuttgart e V
17	Safouh Labanieh Geschäftsführer des deutsch-syrischen Vereines e V
28	Petra Schmettow Mitbegründerin und Vorstand von finep

Landesnetzwerke		
19	Dorsa Moinipour	Eine-Welt-Promotorin für interkulturelle Öffnung im Regierungsbezirk Köln, Migrafrica e V
20	Hans Christoph Boppel	Mitglied des Vorstandes des Eine-Welt-Netzwerkes NRW, Mitglied des Vorstandes VENRO e V
21	Tzehaie Semere	Fachpromotor „Migration, Diaspora und Partizipation“, Entwicklungspolitisches Netzwerk (EPN) Hessen e V
22	Gabriele Radeke	Eine-Welt-Promotorin für Information, Beratung, Qualifizierung und Vernetzung, Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) e V
23	Jesuathan Nageswaran	Bundeskoordinator Migration/Diaspora, Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e V
GIZ/CIM		
24	Dr Ralf Sanftenberg	Auftragsverantwortlicher Programm Migration für Entwicklung, GIZ/CIM
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)		
25	Dr Stefan Wilhelmy	Bereichsleiter der SKEW, Engagement Global
26	Dorea Pfafferott	Projektleiterin Migration und Entwicklung kommunal, SKEW, Engagement Global

PUBLIKATIONEN DER SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfrei-
en Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit:

→ <https://skew-engagement-global.de/publikationen.html>

„Dialog Global“-Schriftenreihe

- Nr 62: Grenzenlos nachhaltig – Kommunale Umsetzung der Agenda 2030 in der Bodenseeregion Bonn, Oktober 2021
- Nr 61: Klimapartnerschaften – Dokumentation der sechsten Projektphase Bonn, Februar 2021
- Nr 60: Ökosoziale Beschaffung – Gemeinsam auf kommunaler Ebene vorangehen Eine Einführung mit Tipps für Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft Bonn, Januar 2021
- Nr 59: ASA-Kommunal, Dokumentation der Jahrgänge 1 bis 7 (2013 bis 2019) Bonn, Dezember 2020
- Nr 58: Hauptstadt des Fairen Handels 2019 Bonn, September 2020
- Nr 57: Finanzielle Unterstützung für kommunale Partnerschaften – Über die Schulter geschaut: Aus den Erfahrungen anderer lernen Bonn, September 2020
- Nr 56: Einbindung sozialer Kriterien nach der Vergaberechtsreform im Unterschwellenbereich Bonn, März 2020
- Nr 55: Gute Beispiele „Migration und Entwicklung“ Bonn, Februar 2020
- Nr 54: Kommune bewegt Welt 2018 - Der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung Bonn, Mai 2019
- Nr 53: Kommunale Klimapartnerschaften Dokumentation der fünften Projektphase Bonn, April 2019
- Nr 52: Rechtliche Aspekte des entwicklungspolitischen Engagements kommunaler Unternehmen Bonn, März 2019
- Nr 51: Hauptstadt des Fairen Handels 2017 Bonn, April 2018
- Nr 50: Agenda 2030 vor Ort Kommunen in Niedersachsen zeigen, wie es geht Bonn, April 2018

„Material“-Schriftenreihe:

- Nr 109: Gesamtdokumentation – Global Nachhaltige Kommune Schleswig-Holstein, Bonn, April 2021
- Nr 108: 5 Baruther Schlossgespräche für eine Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg, 16. September 2020 in Baruth/Mark Bonn, Januar 2021
- Nr 107: Vierte Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“, 9. bis 11. September 2019 in Hannover Bonn, März 2020
- Nr 105: Internationaler Auftaktworkshop der siebten Phase im Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“, 14. bis 16. Mai 2019 in Münster Bonn, Dezember 2019
- Nr 104: Internationaler Auftaktworkshop der sechsten Phase im Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“, 9. bis 11. Oktober 2017 in Bremen Bonn, August 2019
- Nr 103: Dritte deutsch-ukrainische kommunale Partnerschaftskonferenz, 10. bis 11. Oktober 2018 in Freiburg im Breisgau Bonn, Juli 2019

Sonstige Publikationen:

- Unsere Angebote Bonn 2020
- Über uns Kurzprofil der Servicestelle Bonn 2018
- Kommunale Entwicklungspolitik öffnet Türen Gute Beispiele aus engagierten Kommunen Bonn, Mai 2019
- Starke kommunale Partner Wie Städte, Gemeinden und Landkreise sich für globale Nachhaltigkeit engagieren Ein Dossier in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 7-2019 von welt-sichten)

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen

*****Eine-Welt-Nachrichten*** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter**

→ www.service-eine-welt.de

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich Ebert-Allee 40 • 53113 Bonn
Postfach 12 05 25 • 53047 Bonn
Telefon +49 228 20 717 0
info@engagement global.de
www.engagement global.de

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

